

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Wilfried Schubarth/Ronald Pschierer/Thomas Schmidt

Verordneter Antifaschismus und die Folgen

Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR

Hans-Helmuth Knütter

Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung

Jens Reich

Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozeß

Rolf Schörken

Zur Ausgangslage der politischen Bildung in den neuen Bundesländern

B 9/91

22. Februar 1991

Wilfried Schubarth, Dr. phil., geb. 1955; Diplom-Pädagoge; wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Jugendinstitut München, Außenstelle Leipzig (ehemaliges Zentralinstitut für Jugendforschung).

Veröffentlichungen u. a.: Geschichtslose DDR-Jugend?, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 18 (1990) 3–4; Zu Veränderungen im politischen Denken von DDR-Jugendlichen, in: Geschichte Erziehung Politik, 1 (1990) 4; Rechtsextremes Einstellungspotential unter Jugendlichen heute, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR, 26 (1990) 1; Fremde als Sündenböcke, in: Spiegel Spezial, (1991) 1.

Ronald Pschierer, Dr. phil., geb. 1956; Diplom-Historiker; wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Leipzig.

Forschungen zur Entwicklung der Kulturschaffenden in den siebziger Jahren in der DDR.

Thomas Schmidt, Dr. sc. phil., geb. 1959; Diplom-Historiker; wissenschaftlicher Assistent an der Universität Leipzig.

Veröffentlichungen u. a. zur Ideengeschichte des deutschen Kommunismus sowie zur Geschichte der Faschismustheorien und -interpretationen.

Hans-Helmuth Knütter, Dr. phil., geb. 1934; Professor für Politische Wissenschaft an der Universität Bonn.

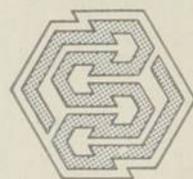
Veröffentlichungen u. a.: Ideologien des Rechtsradikalismus im Nachkriegsdeutschland, Bonn 1962²; Antifaschismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen/Hans-Helmuth Knütter/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Demokratie und Diktatur, Bonn 1986 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 250); Kritik des Antifaschismus, Bornheim 1990 (Studien und Berichte aus dem Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, Nr. 2).

Jens Georg Reich, Dr. med., geb. 1939 in Göttingen; Professor für Biomathematik; Studium an der Humboldt Universität Berlin; 1961–1968 am Institut für Biochemie der Friedrich-Schiller-Universität Jena; seit 1968 am Institut für Molekularbiologie der Akademie der Wissenschaften (Abt. Mathematische Biologie und Computermodellierung); Gründungsmitglied der Bürgervereinigung „Neues Forum“; Volkskammerabgeordneter für das „Bündnis 90“ von März bis zum 3. Oktober 1990.

Veröffentlichungen: Außer zahlreichen naturwissenschaftlichen Publikationen Zeitschriftenaufsätze zur politischen Entwicklung der Jahre 1989 und 1990; Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation, München 1991 (im Druck).

Rolf Schörken, Dr. phil., geb. 1928; Professor für Didaktik der Geschichte und der politischen Bildung an der Universität-Gesamthochschule Duisburg.

Veröffentlichungen u. a.: Geschichte in der Alltagswelt, Stuttgart 1981; Luftwaffenhelfer und Drittes Reich, Stuttgart 1984; Jugend 1945, Leverkusen 1990.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Heinz Ulrich Brinkmann, Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62–65, 5500 Trier, Tel. 06 51/46 04 186, möglichst Telefax 06 51/46 04 153, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Verordneter Antifaschismus und die Folgen

Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR

An der Jahreswende 1989/90 schien die Deutschen in der DDR ihre Vergangenheit wieder einzuholen. Rechtsradikale Gruppierungen nutzten als Trittbrettfahrer die Kundgebungen gegen die SED, um sich eine größere Öffentlichkeit zu verschaffen. Nazistische Schmierereien tauchten an Gedenkstätten und auf Friedhöfen auf. In den folgenden Monaten trat in der DDR ein rechtsradikales Potential hervor, das sich bisher im Verborgenen entwickelt hatte. Die Gründung von Organisationen der Republikaner bzw. der Mitteldeutschen Nationaldemokraten fiel auf fruchtbaren Boden. Zugleich häuften sich Überfälle von Skinheads und Neofaschisten auf alternative Cafés und Clubs, auf linke Demonstranten und Ausländer.

Die Öffentlichkeit der als „Hort des Antifaschismus“ gepriesenen DDR erwies sich als weitgehend hilflos. Die von der SED inszenierte Großkundgebung am 3. Januar 1990 in Treptow spitzte die innenpolitische Polarisierung weiter zu. Nicht zu Unrecht fürchtete die demokratische Opposition ihre Vereinnahmung seitens der alten Staatspartei mittels der Losung „Einheitsfront gegen rechts“. Diese Aktion beschleunigte letztlich den Niedergang der SED. Bei verschiedenen anderen Demonstrationen reagierten Jugendliche auf Auftritte der Rechtsradikalen mit dem Ruf „Nazis raus!“. Zusammenstöße zwischen linken Autonomen und Rechtsradikalen in Berlin und Leipzig führten zu keiner Sensibilisierung der Öffentlichkeit, sondern bewirkten eher eine Selbstisolierung der Jugendszene. Ob der am 12./13. Mai 1990 gegründete Bund der Antifaschisten eine wirkungsvolle Alternative darstellt, bleibt abzuwarten.

Antifaschismus wurde immer als zentraler Bestandteil der Identität der DDR proklamiert. Der Amtsmißbrauch durch frühere antifaschistische Widerstandskämpfer aus den Reihen der „Staats- und Parteiführung“, aber auch die Enthüllungen über den stalinistischen Terror in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der DDR haben diese Identifikationsmöglichkeit moralisch zutiefst erschüttert. Die Forschung muß die Frage erst noch klären, ob und unter welchen Voraussetzungen die Mehrheit der Deutschen in der DDR diese Identifikation früher überhaupt angenommen hatte.

Die Entwicklung in der Jugendszene auf dem Gebiet der ehemaligen DDR zeigte bereits Jahre vor dem Zusammenbruch des „realen Sozialismus“ gravierende Bewußtseinsänderungen auch in diesem Bereich an. So vermag es nicht zu verwundern, daß sich bei einer Befragung im Sommer 1990 zwei Prozent der fünfzehn- und sechzehnjährigen GroßstadtschülerInnen in der DDR als zugehörig zu den Republikanern und Neofaschisten bekannten, weitere fünf Prozent als Sympathisanten dieser Gruppen¹⁾. Die Ergebnisse der Landtagswahlen vom 14. Oktober 1990 und der Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 scheinen dagegen die Mobilisierungsfähigkeit des politischen Rechtsradikalismus zu relativieren, erreichten doch die Republikaner in den neuen Bundesländern nur 0,57 bzw. 1,3 Prozent der Stimmen. Da sich die Jugendszene jedoch schon oft als Seismograph gesellschaftlicher Krisenprozesse erwiesen hat, sind die von ihr ausgehenden Signale ernst zu nehmen. Ein Rückblick auf den in Gesellschaft und Schule der DDR praktizierten Antifaschismus kann dazu beitragen, heutige Bewußtseinslagen der Ostdeutschen aufzuhellen.

I. Die Entstehung des Mythos von den „Siegern der Geschichte“

Das Jahr 1945 wurde oft als „Stunde Null“ bezeichnet; dahinter verbarg sich der Glaube an einen völligen Neubeginn. Vielen schien eine Möglichkeit zur moralischen Selbstreinigung durch Sühne und Wiedergutmachung gegeben: „Die beispiellose Radikalität des Zusammenbruchs, die Ungeheuerlichkeit des verbrecherischen Unheils, das die Deut-

schen über die Welt und sich selbst gebracht hatten – und an dem doch jeder von uns beteiligt gewesen war, auch der, der das Glück gehabt hatte, nicht

¹⁾ Das ergaben mehrere vom Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) Leipzig im Jahre 1990 durchgeführte Befragungen.

persönlich schuldig geworden zu sein —, die aus beidem folgende Riesendimension der Aufgaben, die vor denen lagen, die es nun anders und endlich besser machen wollten: all das begünstigte das einfache Denken in einigen, sehr absolut verstandenen Kategorien. Zum Großen Nein, das so unabweisbar nötig war, gehörte das Große Ja zur radikalen, Neubau von Grund auf versprechenden Alternative.“²⁾

Der Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 enthielt ein eindeutiges Bekenntnis zur Schuld des deutschen Volkes. Auch die anderen Parteien in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) — SPD, LDPD und CDU — sahen die Aufgabe der Deutschen angesichts der Last der Vergangenheit darin, strukturelle Voraussetzungen des Nationalsozialismus zu beseitigen, eine antifaschistisch-demokratische Ordnung zu errichten und der Pflicht zur Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus nachzukommen.

Für den einzelnen Bürger wurde das Abtragen von Mitschuld vor allem als Wahrnehmen von Mitverantwortung für den „neuen Weg“ angestrebt. Zugleich führte man in der SBZ eine personelle Säuberung der Verwaltungen und der Wirtschaft durch, die alle Profiteure und Funktionselemente der NS-Herrschaft treffen sollte. In die gleiche Richtung zielte die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher vom Juni 1946. Damit entstand jedoch das Problem, daß einerseits ein Bekenntnis zum Antifaschismus als glaubwürdige Abkehr vom Nationalsozialismus gelten konnte, andererseits der Grad persönlicher Belastung nicht differenziert genug berücksichtigt wurde. Oft war die Zugehörigkeit zu einer sozialen Schicht entscheidender als das individuelle Verhalten im faschistischen Deutschland³⁾.

Im Verständnis der die ostdeutsche Gesellschaft bald dominierenden SED trugen Großindustrielle, Junker und Militärs die Hauptverantwortung für den Nationalsozialismus. Mit deren Enteignung sollten die „Wurzeln von Nazismus und Chauvinismus“ ausgerottet und zugleich die Weichen für eine neue sozialökonomische Ordnung gestellt werden. Die kommunistische Faschismusinterpretation fand unter neuen Rahmenbedingungen statt. War sie in den dreißiger Jahren durchaus den Bemühungen um eine tragfähige politische Strategie zur Selbstbe-

freiung der Deutschen geschuldet, so reduzierte sich ihre Funktion zunehmend auf die historische Legitimierung eines Führungsanspruchs der SED. Der Widerstand der alten Eliten (Verschwörung des 20. Juli 1944) geriet sehr bald in ein negatives Licht⁴⁾.

Angehörige der mittelständischen Schichten wurden in den Darstellungen der SED meist als Mitläufer des Nationalsozialismus eingestuft. Dazu dienten vor allem Wahlanalysen der Weimarer Zeit, in denen man die Wählerwanderung von den bürgerlichen Parteien zur NSDAP nachwies. Zugleich galt die Warnung: „Die politischen Instinkte, die der Mittelstand der jetzigen Nachkriegszeit in sich trägt, unterscheiden sich vorläufig nur wenig von denen der gleichen Bevölkerungsschicht in den zwanziger Jahren.“⁵⁾

Die Arbeiterklasse erhielt dagegen von Anfang an einen antifaschistischen Mythos zugesprochen, der ihre politische Führungsrolle in der SBZ untermauern sollte. Besonders nach der Gründung der SED fanden Darstellungen Verbreitung, in denen der Arbeiterschaft durchgängig Immunität und prinzipielle Gegnerschaft gegenüber dem Nationalsozialismus bescheinigt wurde. Nur ihre politische Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten habe ihre Kräfte gelähmt und die anderen Schichten des deutschen Volkes „führerlos“ gemacht⁶⁾. Die Arbeiterklasse erschien so als der Träger eines „sozialistischen Widerstandes“ aus dem „Lager des konsequenten Marxismus“, später des „kommunistischen Widerstandes“, den Alexander Abusch als „das Licht in der deutschen Düsternis“ beschwor⁷⁾.

4) Am 21. Juli 1944 hatte Anton Ackermann, Mitglied des Politbüros der KPD, im Sender „Freies Deutschland“ erklärt: „Wir wissen nicht, wer die Männer alle gewesen sind, die gegen Hitler gehandelt haben. Aber wir fragen auch nicht danach. Wer gegen Hitler kämpft, wer diesen schlimmsten Feind der Nation stürzen will, dem gehört die aktive Unterstützung aller ehrlichen Deutschen, aller Generale, Offiziere und Soldaten, die Unterstützung des ganzen Volkes.“ (Zit. nach Kurt Finker/Annerose Busse, Stauffenberg und der 20. Juli 1944, Berlin 1984, S. 278). Bereits drei Jahre später sah sich der gleiche Autor zu einer grundsätzlichen Revision dieses Urteils veranlaßt: „Die Stunde hätte einen kompromißlosen Kampf für die sofortige Beendigung des Krieges durch den Sturz der Hitlerdiktatur erfordert. Keiner der Generale erwies sich zu einem solchen Kampf im Interesse von Volk und Vaterland fähig. Die eine Art der reaktionären Diktatur sollte nur von einer anderen abgelöst werden, und dieser Kreis war durchaus bereit, selbst den Krieg fortzusetzen.“ (Anton Ackermann, Legende und Wahrheit über den 20. Juli 1944, in: Einheit, 2 [1947] 12, S. 1182).

5) Bernhard Kockel, Mittelstand und Nationalsozialismus, in: ebd., 2 (1947) 2, S. 181.

6) Vgl. Wilhelm Pieck, Der deutsche Imperialismus — Die Lehren aus seiner Entwicklung, in: ebd., 1 (1946) 1, S. 69–70.

7) Alexander Abusch, Der Irrweg einer Nation, Berlin 1946, S. 260.

2) Fritz Klein, Laßt uns die Wahrheit sagen, in: Die Weltbühne, Nr. 44 vom 31. Oktober 1989.

3) Der am 18. Juli 1990 vom Deutschen Fernsehfunk I gesendete Film „Auch er wollte Hitler stürzen“ dokumentierte beispielsweise die Weigerung der DDR-Behörden, Carl-Hans Graf von Hardenberg postum als Widerständler des 20. Juli anzuerkennen. Das von seinen Vorfahren gegründete Dorf „Neuhardenberg“ wurde nach 1945 in „Marxwalde“ umbenannt und erhielt erst kürzlich auf Wunsch der Einwohner den früheren Namen zurück.

Dennoch überwogen in den ersten Jahren die zurückhaltenden, nachdenklichen Töne in den Selbstdarstellungen der SED. Erst die Übernahme des stalinistischen Gesellschaftsmodells in den Jahren 1948–1950 führte zu nachhaltigeren Modifikationen in der Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit der Deutschen in der SBZ/DDR. Die internationale Polarisierung infolge des „Kalten Krieges“ begünstigte in beiden deutschen Staaten die Verdrängung sowie Schuldzuweisungen an den jeweils anderen⁸⁾.

Das Glückwunschtelegramm Stalins zur Gründung der DDR verstärkte die revisionistischen Tendenzen im ideologischen Selbstverständnis der SED. Der entscheidende, später vielzitierte Satz lautete: „Die Bildung der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas.“⁹⁾ Damit wurde das Trauma der deutschen Kommunisten aufgehoben, bei den entscheidenden Zäsuren 1918, 1933 und 1939 – im Gegensatz zur sowjetischen Bruderpartei – versagt zu haben. Es ist erstaunlich, wie nachhaltig das Stalin-Telegramm in der Presse der jungen DDR behandelt wurde. Die Stalinsche Formel vom „Wendepunkt“ ging in das Schulbucharsenal dieser Republik ein, auch wenn die Propagandisten den geistigen Vater bald vergaßen.

Diese Formel nährte aber nicht nur die heroischen Illusionen der ostdeutschen Kommunisten, sie öffnete auch den Weg zur Verdrängung für die anderen Bürger dieses Landes. Das CDU-Blatt „Neue Zeit“ hob anlässlich des Telegrammes hervor, daß sich der herzliche Tonfall des Generalissimus nicht nur auf die Kommunisten, sondern auf das ganze deutsche Volk bezogen habe¹⁰⁾. Der Verdrängungsprozeß korrespondierte mit der Gründung der Nationalen Front in der DDR. In der Entschließung des Parteivorstandes der SED vom 4. Oktober 1949 wurde nochmals an die Mitschuld des deutschen Volkes erinnert, denn es habe das Naziregime geduldet, die Verbrechen nicht bekämpft und in seiner überwiegenden Mehrheit sogar die Kriegspolitik aktiv unterstützt. Der Parteivorstand stellte fest, daß diese Schuld ihre historische Sühne bereits gefunden habe. Allerdings seien noch nicht überall die Hauptschuldigen – die Nazi- und Kriegsverbrecher – ihrer gerechten Strafe zugeführt, der

Ungeist des Nazismus und Militarismus keineswegs schon ausgerottet und überwunden¹¹⁾.

Antikommunistische und antisowjetische Vorbehalte, die Ablehnung eines sozialistischen Weges der DDR, wurden zunehmend mit einem Fortwirken der faschistischen Ideologie gleichgesetzt. Eine solche Wortwahl begann mit der Denunziation Jugoslawiens als „faschistisches Tito-Regime“, setzte sich mit dem Vorwurf eines „faschistischen Terrors der Bonner Regierung“ fort, gipfelte schließlich in der Bewertung des 17. Juni 1953 als „faschistischer Putsch“. Folgerichtig wurde die Mauer als „antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet. Damit wurden die Begriffe „Faschismus“ und „Antifaschismus“ zunehmend zu Worthülsen der Propaganda.

Der III. Parteitag der SED im Juli 1950 traf die Feststellung, daß in der DDR „die Wurzeln des Faschismus ausgerottet worden“ seien¹²⁾. Die Orientierung auf die Entwicklung eines „demokratischen Nationalbewußtseins“ in der deutschen Arbeiterklasse korrespondierte mit der Suche nach der historischen Legitimation der Herrschaft der SED. Die unter Walter Ulbricht vollzogene Hinwendung zur breiten Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung schloß die Legendenbildung über den antifaschistischen Widerstand ein. Mitte der fünfziger Jahre war die Vereinnahmung dieser Tradition abgeschlossen. Man verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Verschwörung des 20. Juli 1944 habe das Ziel verfolgt, eine revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse und patriotischer Offiziere gegen das NS-Regime zu verhindern. Erst durch die Verluste, die die Arbeiterklasse im Gefolge des 20. Juli erlitt, sei sie zum Sturz Hitlers aus eigener Kraft nicht mehr in der Lage gewesen¹³⁾.

In den sechziger Jahren setzten sich die Versuche fort, die DDR als Gegenstück zur Bundesrepublik, als Verwirklichung der antifaschistischen Traditionen zu betrachten. 1960 sprach Walter Ulbricht bereits von der „großen und starken Gemeinschaft der Werktätigen, die den Faschismus radikal ausgerottete“¹⁴⁾. Aufgrund der Reduzierung des Faschismus auf ein Produkt von Kapitalismus und Imperialismus wurde für die Bundesrepublik und Berlin (West) eine noch ausstehende Abrechnung

⁸⁾ Vgl. Dietrich Staritz, Die „Sieger der Geschichte“ oder die „Gnade der späten Geburt“. Vom Umgang mit der gemeinsamen Erblast in Ost- und Westdeutschland, in: German Studies, Aston University 1989, S. 2–6.

⁹⁾ Telegramm des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, J. W. Stalin, in: Neues Deutschland vom 14. Oktober 1949, Extra-Ausgabe, S. 1.

¹⁰⁾ Vgl. Neues Deutschland vom 16. Oktober 1949, S. 2.

¹¹⁾ Vgl. Die Nationale Front des demokratischen Deutschland und die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. Entschließung des Parteivorstandes vom 4. Oktober 1949, in: Dokumente der SED, Bd. II, Berlin 1952, S. 352–353.

¹²⁾ Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: ebd., Bd. III, Berlin 1952, S. 97.

¹³⁾ Vgl. Walter Ulbricht, Zehn Jahre Kampf um ein einiges, friedliebendes, demokratisches Deutschland, in: Neues Deutschland vom 7. Mai 1955, S. 3.

¹⁴⁾ Ders., Die DDR ist ihres Sieges gewiß. Ansprache auf der Festveranstaltung, in: ebd. vom 8. Mai 1960, S. 4.

mit dem deutschen Faschismus eingeklagt. Bei der Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit der Sowjetunion am 12. Juni 1964 in Moskau fiel folgerichtig der Satz Walter Ulbrichts: „Wer mit der Sowjetunion und den anderen Ländern geht, der befindet sich auf der historisch erprobten Straße des sicheren Sieges.“¹⁵⁾ Dieser Spruch wurde in den Folgejahren geringfügig verändert: „Wer mit der Sowjetunion im Bunde ist, der wird immer zu den Siegern gehören – der marschiert mit der Vorhut der Menschheit.“¹⁶⁾ Noch einige Jahre vergingen, bis sich am 5. Mai 1975 der Traum Erich Honeckers erfüllte: „Der 30. Jahrestag der Befreiung sieht uns alle . . . bei den Siegern der Geschichte.“¹⁷⁾ Noch Anfang 1989 bemühte sich die offizielle Geschichtsschreibung in der DDR, diese Formel von den „Siegern der Geschichte“ zu rechtfertigen und zu interpretieren¹⁸⁾.

Aus Äußerungen von einigen Intellektuellen der DDR läßt sich jedoch auch eine gewisse kritische Distanz zu diesem Begriff ablesen: „Man ernannte sich selbst zum Sieger der Geschichte. Diese Formel breitete sich sofort aus, wie Kreise in einem Wasser, in das man einen Stein geworfen hat, jeder Bürger der DDR konnte sich nun als Sieger der Geschichte fühlen. Dadurch, daß man dem Volk

diese Schmeichelei sagte und es entlastete, war es dann auch leichter zu regieren.“¹⁹⁾ „Die ‚Sieger der Geschichte‘ hörten auf, sich mit ihrer wirklichen Vergangenheit, der der Mitläufer, der Verführten, der Gläubigen in der Zeit des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Ihren Kindern erzählten sie meistens wenig oder nichts von ihrer eigenen Kindheit und Jugend.“²⁰⁾

Es ist für die sechziger und siebziger Jahre nicht auszuschließen, daß ein größerer Teil der Bevölkerung mit Stolz die NS-Vergangenheit für die DDR als „bewältigt“ betrachtete bzw. sich diesen Fragen überhaupt nicht mehr stellte. Die offiziellen Mythen und Propaganda-Formeln stießen dagegen bei der heranwachsenden Generation in den achtziger Jahren zunehmend auf Skepsis und Ablehnung. Umfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig ergaben dafür folgendes Bild: Der Aussage „Die Gründung der DDR ist ein Wendepunkt in der Geschichte des deutschen Volkes“ stimmten 1978 87 Prozent der befragten SchülerInnen und 94 Prozent der StudentInnen vorbehaltlos zu. Im Jahre 1988 waren es dagegen nur noch 46 Prozent der SchülerInnen und 78 Prozent der StudentInnen²¹⁾.

II. Antifaschismus als Pflicht in Schule und Gesellschaft

Antifaschistische Erziehung wurde zu einem Grundpfeiler der Volksbildung in der DDR gezählt. Pflege, Aneignung und weitere Erschließung der Traditionen des Widerstandes waren feste Bestandteile der Arbeit der Schule, der Kinder- und Jugendorganisationen sowie der Medien. Zusammenkünfte mit ehemaligen antifaschistischen Widerstandskämpfern, Besuche nationaler Mahn- und Gedenkstätten, Kundgebungen sowie „Namensträgerbewegungen“ von Schülerkollektiven, Jugendbrigaden, Freier Deutscher Jugend (FDJ) und der vormilitärischen Gesellschaft für Sport und Technik

(GST) bildeten die hauptsächlichen Formen des Umgangs mit der deutschen Geschichte von 1933 bis 1945. Das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR mit seinen verschiedenen territorialen Gliederungen und die Kommissionen „Traditionsarbeit“ bei den Bezirks- und Kreisleitungen der SED führten allein im Jahre 1988 36 000 Veranstaltungen mit weit mehr als 1,6 Millionen TeilnehmerInnen durch. Diese „Erfolgsbilanz“ wurde anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der DDR in der vom ZK der SED herausgegebenen Zeitschrift „Einheit“ im Oktober 1989 veröffentlicht²²⁾.

In den alljährlich stattfindenden thematischen Mitgliederversammlungen der FDJ, die 1989 unter dem Motto „Die DDR – mein sozialistisches Vaterland“ standen, ging es vornehmlich um das Ver-

¹⁵⁾ Ders., Sicherung des Friedens ist für unser Volk eine Frage von Sein oder Nichtsein. Rede auf der Freundschaftskundgebung im Kongreßpalast des Kreml, in: ebd. vom 13. Juni 1964, S. 4.

¹⁶⁾ Georg Ewald, Freundschaft zur UdSSR – Kraftquell unseres Volkes. Ansprache auf der Festveranstaltung aus Anlaß des 22. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus, in: ebd. vom 6. Mai 1967, S. 3.

¹⁷⁾ Erich Honecker, Siegeszug des Sozialismus prägt Gang der Geschichte. Ansprache, in: ebd. vom 6. Mai 1975, S. 3.

¹⁸⁾ Vgl. Rolf Richter/Erich Geier/Rolf Leonhardt/Helmut Maier (Hrsg.), Bewährte Strategie – Erfolgreiche Praxis. Beiträge zur Geschichte der SED und der DDR in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1989 (Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED), S. 44.

¹⁹⁾ Stephan Hermlin, Äußerungen 1944–1982, Berlin–Weimar 1982, S. 399.

²⁰⁾ Christa Wolf, Das haben wir nicht gelernt, in: dies., Reden im Herbst, Berlin–Weimar 1990, S. 96.

²¹⁾ Nach Befragungen des ZIJ Leipzig aus den Jahren 1978 und 1988 (Projektleiter: Peter Förster bzw. Günter Lange).

²²⁾ Vgl. Siegfried Vietzke, Antifaschismus prägt unseren Weg, unsere Macht, in: Einheit, 44 (1989) 9–10, S. 940.

mächtnis der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Besuche und Gesprächsrunden mit Veteranen waren jedoch reine Pflichtübungen, die man oftmals einzig deshalb zelebrierte, weil es der Lehrplan oder der Kalender vorsah. Auch wurden die „Geschichten durch die Häufigkeit ihrer Reproduktion nicht frischer“²³⁾. Fragwürdig blieb oft der angestrebte erzieherische Effekt. Auf dem Historikerkongreß der DDR im Februar 1989 schilderte der Journalist Frank Schumann Beobachtungen bei Besuchen Jugendlicher in Gedenkstätten. „Zu dieser Generation gehört leider auch ein dummer Junge, den ich in Sachsenhausen von einem Krematoriumsschieber zerren mußte, auf den er sich – unter dem Gelächter seiner Klassenkameraden – zum ‚Probeliegen‘ niedergelassen hatte.“²⁴⁾

Immer wieder setzten sich Künstler mit Wirkungen des offiziell propagierten Antifaschismus auf die DDR-Jugend auseinander. Nach ihrer Meinung sollte die antifaschistische Erziehung jeweils an sich wandelnde Bedingungen und Verhältnisse angepaßt werden²⁵⁾. Im Jahre 1975 resümierte Christa Wolf, „daß wir über die Zeit, über die wir schon so ungeheuer viel geschrieben haben, im Grunde immer noch sehr wenig wissen – ich meine die Zeit des Faschismus in Deutschland – und daß die Frage ‚Wie war es möglich, und wie war es wirklich?‘ im Grunde nicht beantwortet ist.“²⁶⁾

Alle Lehrbücher in der DDR seit 1951 hatten die Rollen der Faschisten als „Handlanger und Agenten“ und des Großkapitals als „Auftraggeber und Profiteure“ festgeschrieben. Die SchülerInnen erfuhren vom Terror und von der Demagogie der Nationalsozialisten, von der kontinuierlichen Kriegsvorbereitung Deutschlands, vom rassistisch begründeten Terror und der Ausplünderung fremder Völker. Als Alternative wurden die KPD mit ihrem Widerstandskampf sowie die Sowjetunion mit ihrer Außenpolitik und ihren Leistungen im Krieg herausgestellt. Dagegen fehlten Informationen über das Alltagsleben der Deutschen unter dem Nationalsozialismus, über das Sichanpassen der Bürger an die Diktatur, über die Erfahrungswelt der Wehrmachtsangehörigen. Die von sehr vielen wahrgenommenen Aufstiegschancen in die NS-Eliten sowie wirtschaftliche und technische Leistungen der deutschen Industrie wurden kaum berührt. Die

Gestalten der NS-Prominenz verkamen zu Karikaturen. Die Probleme des Führerkultes und der Verführbarkeit der Massen wurden den SchülerInnen weder emotional noch rational nahegebracht.

In den Schulen der DDR wurden die Fragen nach Schuld und Mitschuld aller Deutschen immer weniger diskutiert. Am Anfang der fünfziger Jahre thematisierte man dieses Problem zumindest noch im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Sowjetunion, aber kaum in Verbindung mit dem Holocaust. Später liefen die Lehrbuchdarstellungen mehr darauf hinaus, das deutsche Volk als die „Belogenen“ und „Verführten“ zu betrachten. Anfang der siebziger Jahre stellte man sogar fest, daß das deutsche Volk neben der Sowjetunion und Polen selbst die größten Opfer bringen mußte. Im letzten Geschichtslehrbuch der DDR war das Problem auf das „Schuldenkonto des Imperialismus“²⁷⁾ reduziert.

Der antifaschistische Widerstandskampf nahm dagegen einen immer größeren Platz im Lehrstoff der Schulen ein. Im Verhältnis zum gesamten Textumfang für die Zeit 1933–1945 erhöhte sich der Anteil der Darstellung des deutschen Widerstandes von 14 Prozent 1951 auf 23 Prozent 1957 und 30 Prozent 1970. Dabei wurde fast ausschließlich der Kampf der KPD behandelt, Sozialdemokraten und christliche Kreise nur summarisch genannt. Bis in die achtziger Jahre definierten die Lehrbücher den antifaschistischen Widerstand als „Klassenkampf der Arbeiterklasse sowie der anderen Werktätigen gegen die Monopolbourgeoisie und ihre Machtorgane“²⁸⁾. Folgerichtig blieb der Verschwörung des 20. Juli 1944 bis in die achtziger Jahre die Anerkennung als Widerstand im Lehrwerk der DDR-Schulen verwehrt. Zunächst wurden diese Ereignisse negativ als „Versuch zur Rettung der Grundlagen des deutschen Imperialismus“ gewertet. 1984 führte man die Sprachregelung „antinazistische Tat“ ein, bis man sich 1988 zu der Erklärung durchrang: „Das Attentat war eine mutige antifaschistische Tat.“²⁹⁾

Alle zwischen 1951 und 1988 erschienenen Geschichtslehrbücher folgten der 1935 aus der Faschismusdefinition von Georgi Dimitroff abgeleiteten Interpretation des Nationalsozialismus. Sie besagt, der Faschismus sei die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Dennoch gibt es Unterschiede zwischen den Lehrbuchausgaben, die eine wachsende Tendenz zur Schematisierung und Stigmati-

²³⁾ Rolf Richter/Hermann Simon/Frank Schumann/Manfred Weißbecker, Antifaschismus in der DDR. Traditionswurzeln, geschichtliche Leistungen, neue Anforderungen, in: Rolf Richter u. a. (Anm. 18), S. 54.

²⁴⁾ Ebd., S. 53.

²⁵⁾ Vgl. Konrad Wolf im Dialog, Berlin 1985, S. 358–359, 375.

²⁶⁾ Christa Wolf, Erfahrungsmuster. Diskussion zu „Kindheitsmuster“, in: dies., Die Dimensionen des Autors, Bd. II, Berlin-Weimar 1986, S. 350.

²⁷⁾ Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9, Berlin 1988, S. 200.

²⁸⁾ Geschichte. Lehrbuch für Klasse 9, Berlin 1984, S. 123.

²⁹⁾ Geschichte (Anm. 27), S. 190.

sierung historischer Erscheinungen erkennen lassen. Das von Heinz Siegel und Herbert Mühlstädt 1957 verfaßte Lehrbuch kam dem Anspruch am nächsten, die SchülerInnen zu einer eigenen und kritischen Urteilsfindung zu befähigen. Dazu trug wesentlich ein Dokumentenanhang mit weniger verbreiteten Quellen (Ermächtigungsgesetz, SD-Bericht über die „Reichskristallnacht“, Kommissarbefehl u. a.) bei. Das Lehrbuch bot auch die ausführlichste Darstellung des 30. Juni 1934, des Tages des sogenannten Röhm-Putsches (der seit 1970 verschwiegen wurde), und verwies auf die gleichgeschalteten Wahlen der NS-Zeit³⁰⁾.

Diese Ansätze zur Befähigung der SchülerInnen zu einem historisch-kritischen Denken waren offenbar den Umständen der kurzen Tauwetterperiode der „Entstalinisierung“ geschuldet. Sie wurden von den folgenden, unter der Leitung von Hans Joachim Gensch (1961), Walter Nimtz (1970) und Wolfgang Bleyer (1984, 1988) verfaßten Lehrbüchern wieder aufgegeben. Historische Erscheinungen, die den Grundschemata des Lehrstoffes widersprachen, fanden keine Berücksichtigung mehr. Dies betraf eine kritische Sicht der ultralinken KPD-Politik 1933/34, die Bewertung der Haltung der SPD zu Beginn der NS-Diktatur und die Einschätzung von internen Auseinandersetzungen innerhalb der faschistischen Bewegung. Nicht einmal der Selbstmord der NS-Prominenz zu Kriegsende fand mehr Erwähnung.

In die Lehr- und Erziehungsinhalte der DDR-Schulen fanden differenzierte wissenschaftliche und künstlerische Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus nur schwer Eingang bzw. wurden wieder verdrängt. Dazu zählten zum Beispiel die 1981 von Heinz Bergschicker herausgegebene „Deutsche Chronik 1933–1945. Bilder, Daten, Dokumente“, einzelne Dokumentarfilme des DDR-Fernsehens über die Verschwörung des 20. Juli 1944, literarische Arbeiten von Franz Fühmann, Hermann Kant, Erich Loest, Ruth Werner, Christa Wolf u. a.³¹⁾. Einige Historiker, z. B. Kurt Gossweiler, stellten bereits Anfang der achtziger Jahre die Reduzierung des Widerstandskampfes auf Klassenkampf in Frage.

Neue Herangehensweisen an die Aufarbeitung der Vergangenheit wurden von offizieller Seite stets mit Argwohn betrachtet. Christa Wolf warf man beispielsweise vor, in ihrem Buch „Kindheitsmuster“ die Auseinandersetzung mit „Oberflächenerschei-

nungen eines ‚gewöhnlichen‘ Faschismus, die vornehmlich einzelne Verhaltensweisen zu betreffen scheint“, geführt zu haben³²⁾.

Die offiziell gehegte Angst, man dürfe keine falschen Fragen in die Jugend hineinragen, hat das Verstehen zwischen den Generationen in der DDR zusätzlich belastet. Das führte letztlich dazu, daß die Schule ihren SchülerInnen eine echte Fragestellung gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus abgewöhnt hat³³⁾. Junge Menschen erhielten kaum Auskunft von jenen Zeitzeugen, die dem nationalsozialistischen System nicht widerstanden hatten. Die Fixierung auf die Antipoden – hier Widerstandskämpfer, dort faschistische Schergen – war zwangsläufig mit einer Vereinfachung des Geschichtsbildes verbunden. Es gab keinen Platz für die Millionen Menschen, die das Regime ge- und erduldet bzw. mitgetragen hatten.

In den achtziger Jahren verwiesen Intellektuelle auf eine Art „pauschaler Bewußtseinsverschiebung“, die darauf hinauslief, sich selbst und seine Vorfahren von vornherein außerhalb der Verantwortung im Hinblick auf den Krieg zu empfinden. Nach den Worten Stephan Hermlins lebten manche „in der stillschweigenden Annahme, etwa die Hälfte der deutschen Bevölkerung sei in den Jahren der Nazi-herrschaft antifaschistisch gewesen“³⁴⁾.

Die trügerische Annahme, daß aus Millionen Menschen – quasi über Nacht – aktive Erbauer des Sozialismus geworden seien, führte schließlich zu Bestürzung, Fassungslosigkeit und Naivität im Umgang mit rechtsextremistischen, nationalistischen und neofaschistischen Erscheinungen in der DDR. Nahezu hilflos muteten erste Veröffentlichungen in der Presse (meist nur in Lokalzeitungen) über das Anwachsen rechtsradikaler Aktivitäten an. Skinheads wurden als eine „vom Habitus und Wesen her besonders widerliche Erscheinung der krisenhaften gesellschaftlichen Situation in kapitalistischen Ländern“, als „Ausfluß des vergeblichen Versuchs, die Perspektivlosigkeit vieler Jugendlicher zu überwinden“ dargestellt³⁵⁾. Sie seien „verirrte Geister, bei denen alle Bemühungen der Gesellschaft, sie über Ursachen, Wesen und Folgen des Faschismus zu unterrichten, nicht zu dem Geschichtsbewußtsein führten, das immun macht gegen solche ‚modischen‘ Einflüsse von außen“³⁶⁾.

³²⁾ Hans Koch, Kunst und realer Sozialismus, in: Neues Deutschland vom 15./16. April 1978, S. 4.

³³⁾ Vgl. Chr. Wolf (Anm. 26), S. 361.

³⁴⁾ Zit. nach Klaus Höpcke, Wider gewisse Vergeblichkeit, in: Die Weltbühne, Nr. 42 vom 18. Oktober 1988, S. 1316.

³⁵⁾ Helmut Vogt, Unweit von Sachsenhausen, in: ebd., Nr. 21 vom 24. Mai 1988, S. 646.

³⁶⁾ Ebd.

³⁰⁾ Vgl. Lehrbuch für den Geschichtsunterricht der Oberschule. Neueste Zeit, Teil II, Berlin 1957.

³¹⁾ Vgl. Christel Berger, Gewissensfrage Antifaschismus. Analysen – Interpretationen – Interviews, Berlin 1990.

Die öffentliche Reaktion auf rechtsextreme Gruppierungen blieb stehen beim Konstatieren von äußeren Einflüssen, von Äußerlichkeiten und ihren zumeist brutalen Auftritten, die von antisemitischen und rassistischen Ausfällen, von Alkoholexzessen und Gewalttätigkeiten begleitet wurden.

Ende der siebziger Jahre vermutete man hinter Hakenkreuzschmierereien und Hitlergruß „Unkenntnis“, „Leichtsinn“ und „Rowdytum“³⁷⁾. Zehn Jahre später wurden neofaschistische Äußerungen in ein „Halbdunkel“ aus „mangelhafter Bildung, pubertärem Geltungsdrang, emotionaler Unausgefülltheit und angestauten Aggressionen“ gerückt³⁸⁾. Offiziell hatte der Faschismus in der DDR

keinen „gesellschaftlichen Boden“. „Nährboden für Faschismus“ gab es nur „jenseits der mit vollem geschichtlichen Recht so wohlbeschützten Grenzen“³⁹⁾.

Die rechtsextreme Szene ist ein Produkt der gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Auch der verordnete Antifaschismus spielte dabei eine Rolle, denn junge Leute, die sich mit rechten Weltbildern befaßten, taten dies auch aus Protest gegen das vorherrschende System. „Indem sie den zur Schau getragenen Antifaschismus angriffen, haben sie die Gesellschaft an ihrer empfindlichsten Stelle getroffen. Schließlich war dieser Antifaschismus ein ganz wesentlicher Teil des Selbstverständnisses und der Identität der Mächtigen.“⁴⁰⁾

III. Wirkungen antifaschistischer Erziehung in der DDR

Es ist ein außerordentlich schwieriges Unterfangen, die Wirkungen des beschriebenen verordneten Antifaschismus und die Ausprägung antifaschistischer Haltungen bei verschiedenen Generationen von DDR-BürgerInnen im Laufe der 41jährigen Existenz dieses Staates feststellen zu wollen. Während in der Bundesrepublik mindestens seit den fünfziger Jahren unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen regelmäßig empirische Daten zum historisch-politischen Bewußtsein, darunter auch zur Einstellung gegenüber der NS-Vergangenheit, erhoben wurden⁴¹⁾, waren soziologische Untersuchungen zu

diesen – wie zu allen anderen ideologisch relevanten – Fragen in der DDR verboten bzw. unterlagen strengster Geheimhaltung. So nimmt es nicht wunder, daß bis Ende der achtziger Jahre keine ernsthaften soziologischen Analysen zum genannten Themenkreis vorgenommen wurden⁴²⁾. Diese hätten möglicherweise schon früher das heile Bild von der „im antifaschistischen Geist erzogenen“ DDR-Bevölkerung zerschlagen.

Eine der ersten ausführlicheren Arbeiten, die sich der Probleme neofaschistischer Tendenzen unter Jugendlichen annahm, war die Studie von Konrad Weiß „Die alte neue Gefahr“⁴³⁾. Allerdings enthält sie kein empirisches Datenmaterial und wurde erst nach der Wende einer größeren Öffentlichkeit zugänglich. Ähnlich erging es der Studie „Zum Geschichtsbewußtsein Jugendlicher“, die im Jahre 1988 vom Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig durchgeführt wurde⁴⁴⁾.

1. Zum Bewußtseinszustand Jugendlicher 1988

Diese Untersuchung ergab, daß neben einer zunehmenden Ablehnung des offiziell vermittelten Bildes von der Geschichte der DDR und einer wenig aus-

hard Jesse, Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1990²⁾.

⁴²⁾ Auch die beiden von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED in der Reihe „Thematische Informationen und Dokumente“ zum Thema „Sozialistisches Geschichtsbewußtsein“ herausgegebenen Hefte 9/1978 und 53/1986 bieten diesbezüglich keine Anhaltspunkte.

⁴³⁾ Konrad Weiß, Die alte neue Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: Kontext. Beiträge aus Kirche, Gesellschaft & Kultur (nur für den innerkirchlichen Gebrauch), Berlin-Treptow, Nr. 5 vom März 1989.

⁴⁴⁾ Im Rahmen der Untersuchung zum Geschichtsbewußtsein Jugendlicher im Jahre 1988 (Forschungsleiter Günter Lange) wurden ca. 2 000 Jugendliche, darunter 325 SchülerInnen und 444 Lehrlinge befragt.

³⁷⁾ K. Wolf (Anm. 25), S. 350–351.

³⁸⁾ Regina Scheer, Der gelbe Fleck, in: Die Weltbühne, Nr. 41 vom 11. Oktober 1988, S. 1286.

³⁹⁾ K. Wolf (Anm. 25), S. 350.

⁴⁰⁾ Die rechtsradikale Szene hat Zulauf. Gespräch mit Bernd Wagner, Zentrales Kriminalamt beim Innenministerium, in: Leipziger Volkszeitung vom 12. September 1990, S. 3.

⁴¹⁾ Vgl. Bodo von Borries, Erinnerung, Beschwörung, Verdrängung. Zum Umgang mit dem 30. Januar 1933 seit dem 8. Mai 1945, in: 1933 in Gesellschaft und Wissenschaft, Teil I, Hamburg (Pressestelle der Universität) 1983, S. 7–36; Sibylle Hübner-Funk, Nationale Identität – Neubeginn und Kontinuität, in: Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.), Immer diese Jugend! Ein zeitgeschichtliches Mosaik – 1945 bis heute, München 1985, S. 494–508; Jürgen Zinnecker, Politik, Parteien, Nationalsozialismus, in: Jugendliche und Erwachsene '85. Generationen im Vergleich, Bd. 3: Jugend der fünfziger Jahre – heute, Opladen 1985, S. 322–408; Peter Dudek, Jugendliche Rechtsextremisten. Zwischen Hakenkreuz und Odalsrune 1945 bis heute, Köln 1985; Werner Weidenfeld (Hrsg.), Geschichtsbewußtsein der Deutschen, Köln 1987; Gerhard Paul (Hrsg.), Hitlers Schatten verblaßt. Die Normalisierung des Rechtsextremismus, Bonn 1989; Wolfgang Benz (Hrsg.), Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen, Frankfurt a. M. 1989; Felix Ph. Lutz, Empirisches Datenmaterial zum historisch-politischen Bewußtsein, in: Bundesrepublik Deutschland. Geschichte, Bewußtsein, Bonn (Bundeszentrale für politische Bildung) 1989, S. 150–169; Hanns-Fred Rathenow/Norbert H. Weber (Hrsg.), Erziehung nach Auschwitz. Pfaffenweiler 1990; Uwe Backes/Eck-

geprägten Identifikation mit ihr ein nicht geringes Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential gegenüber dem deutschen Faschismus vor allem unter SchülerInnen und Lehrlingen anzutreffen war⁴⁵⁾.

Es zeigte sich hier, daß das von der SED-Führung propagierte Bild von einer „geschichtsbewußten Jugend“, der das „Wissen um die revolutionären Traditionen unseres Kampfes . . . Stolz auf das von uns in harten Klassenauseinandersetzungen und unter Anstrengungen Erreichte (vermittelt) und (ihr) Kraft und Zuversicht für die Lösung der vor uns stehenden Aufgaben gibt“⁴⁶⁾, eine Fiktion war. Vielmehr waren die Kenntnisse gerade zur jüngsten Geschichte mehr als mangelhaft, und das Interesse für die Geschichte der DDR und ihrer Traditionen sank rapide, während das Interesse für die Geschichte der Bundesrepublik und für sogenannte „weiße Flecken“ in der DDR-Geschichtsschreibung deutlich anstieg.

Unter allen Gruppen Jugendlicher war ein ausgesprochen großes Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges zu verzeichnen: Mehr als die Hälfte interessierte sich für diesen Zeitabschnitt stark bzw. sehr stark. Damit nahmen diese Themenbereiche unter den Geschichtsinteressen Jugendlicher mit Abstand die vordersten Ränge ein. Allerdings gab es auch einen Teil desinteressierter Jugendlicher (ca. 20 Prozent) und einen größeren Teil, der Gleichgültigkeit und Übersättigung vor allem als Folge der bisherigen Darstellung und Vermittlung dieser Zeit artiku-

lierte. Besonders deutlich wurde dies in der Bewertung solcher Aussagen wie „Die Zeit des Faschismus hat mir nichts mehr zu sagen“, der 1988 jeder dritte Lehrling und jede/r vierte SchülerIn zustimmten (vgl. Tabelle 1).

Typische Antworten von SchülerInnen und Lehrlingen auf die Frage, was sie empfinden, wenn sie an die Zeit des Nationalsozialismus denken, waren u. a. folgende: „Ich denke zuerst an die Konzentrationslager. Selbst empfinde ich nicht viel, weil ich zu dieser Zeit noch nicht gelebt habe und mir es schwer fällt, mich in diese Zeit hineinzusetzen . . .“ „Wenn ich an die Zeit des Faschismus denke, kann ich mir eigentlich gar nichts groß darunter vorstellen. Ich kann nur das sagen, was ich höre und was mir andere sagen. Ich will nicht in der Zeit leben, das weiß ich, sie war bestimmt grausam. Was ich dabei empfinde, wenn ich die Wahrheit sagen soll, nichts. Ich habe nicht in der Zeit gelebt . . .“

Schon damals gab es aber auch vereinzelt solche Äußerungen: „Die Zeit des Hitlerfaschismus war eine Sternstunde in der deutschen Geschichte, jedenfalls auf die Ziele Hitlers bezogen. Die Art und Weise der Durchsetzung dabei war aber nicht so gut.“

Mangelnde Sensibilität und Betroffenheit, fehlendes Mitgefühl mit den Opfern und Abgestumpftheit gingen einher mit moralisch haltlosen, tendenziell rechtsextremen Sichtweisen auf die Zeit des Faschismus. So waren schon 1988 Tendenzen einer Verharmlosung dieser Zeit und nationalistische Ansichten unter einem nicht unbeträchtlichen Teil von Jugendlichen anzutreffen (vgl. Tabelle 2).

Zumindest unter SchülerInnen und Lehrlingen war ein bestimmtes Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential für nationalsozialistische Ideologiefragmente von 10 bis 15 Prozent zu registrieren. Diese Tendenzen spiegelten sich auch im Faschismusbild der DDR-Jugendlichen wider. Eine quantitative Auswertung positiver wie negativer Merkmale des deut-

⁴⁵⁾ Vgl. Wilfried Schubarth, Einstellungen Jugendlicher zum Faschismus, in: Geschichte und Staatsbürgerkunde, 32 (1990) 4, S. 328–331; ders., Zur Wirksamkeit des Geschichtsunterrichts. Ergebnisse einer soziologischen Befragung, in: ebd., 32 (1990) 1, S. 35–39; ders., Geschichtskult contra Geschichtsbewußtsein, in: deutsche jugend. Zeitschrift für Jugendarbeit, 38 (1990) 10, S. 449–453.

⁴⁶⁾ 6. Tagung des Zentralkomitees der SED. 9.–10. Juni 1988. Aus dem Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee der SED. Berichterstatter: Genosse Kurt Hager, Berlin 1988, S. 79.

Tabelle 1: Einstellungen von DDR-Jugendlichen zum deutschen Faschismus (1988, in Prozent)

	SchülerInnen		Lehrlinge	
	eher zustimmend	eher ablehnend	eher zustimmend	eher ablehnend
Die Zeit des Faschismus hat mir nichts mehr zu sagen	27	39	31	41
Vom Faschismus will ich nichts mehr hören	25	41	27	44
Wenn ich an die Zeit des Faschismus denke, dann fühle ich mich betroffen	40	38	41	30

Tabelle 2: Auffassungen Jugendlicher zum deutschen Faschismus (1988, in Prozent)

	SchülerInnen		Lehrlinge	
	eher zustimmend	eher ablehnend	eher zustimmend	eher ablehnend
Der Faschismus hatte auch seine guten Seiten	12	77	15	75
Hitler wollte nur das Beste für das deutsche Volk	4	87	11	82
Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte	12	68	15	69

Tabelle 3: Merkmale des deutschen Faschismus im Urteil DDR-Jugendlicher (1988)

	Anzahl der Nennungen (n = 53, Mehrfachnennungen möglich)
<i>1. negative Merkmale:</i>	
KZ/Terror/Mord	20
Grausamkeit/Unmenschlichkeit	17
Leiden/Not/unschuldige Opfer/viele Tote	14
Russenhaß/Judenverfolgung	14
Krieg/Weltherrschaft	12
Verblendung	5
Verschleppung	3
Vernichtung Andersdenkender	2
Menschenrechtsverletzungen	2
Spaltung Deutschlands	2
Bücherverbrennung	1
Fanatismus	1
<i>2. positive Merkmale</i>	
wenig Arbeitslose	6
wissenschaftlich-technische Erfindungen und Leistungen	3
ökonomischer Aufschwung	2
Jugendförderung	2
Nationalstolz	1
Kraft durch Freude	1
<i>3. neutrale, relativierende Urteile:</i>	
Vor- und Nachteile/Schlechtes und Gutes	8
kein Urteil, da Zeit nicht miterlebt	2
Hitler hat nichts anderes gemacht als andere vor ihm (Cäsar, Dreißigjähriger Krieg)	2
gut/fortschrittlich gedacht, aber schlecht ausgeführt	2

schen Faschismus, wie sie von einer kleineren Gruppe von SchülerInnen und Lehrlingen genannt wurden, zeigt Tabelle 3.

Wie aus der Übersicht hervorgeht, dominierten insgesamt zwar die negativen Bewertungen, doch beziehen sich diese vor allem auf markante Erscheinungsformen des Nationalsozialismus, während wesentliche konstitutive Merkmale wie Diktatur, Manipulation, Gleichschaltung, Unterdrückung und Vernichtung Andersdenkender kaum bzw. überhaupt nicht genannt wurden. Die im Geschichtsunterricht häufig überstrapazierte sozialökonomische Deutung des Faschismus spielte im Meinungsbild der SchülerInnen keine Rolle. Die in der vorliegenden Studie erfaßten Jugendlichen leugneten die Verbrechen der Nationalsozialisten zwar nicht, relativierten und verharmlosten sie aber durch Verweise auf positive Seiten des Systems, beispielsweise: „Meine Meinung dazu wäre, daß diese Zeit viel Schlechtes beinhaltete, aber auch in vielen Dingen Gutes einschloß. Dieses Schlechte ist ja schon zur Genüge bekannt (z. B. KZ, Judenverfolgung usw.), und ich möchte darüber nichts mehr schreiben. Das Gute an dieser Sache war wiederum, daß es z. B. nur wenige Arbeitslose gab.“

Die Jugendlichen äußerten sich kaum über Verantwortung und Beteiligung großer Teile der Bevölkerung. Dafür wurden die außergewöhnlichen Umstände zur Entschuldigung menschlichen Verhaltens herangezogen und die Menschen der damaligen Zeit fast ausnahmslos als Opfer gesehen:

„Es sind ja sehr viele Hitler gefolgt. Viele waren sich nicht bewußt, was sie taten. Damals hieß es: entweder du bist auf Seiten der Faschisten oder das KZ wartet. Das war keine große Auswahl.“

„Die Leute, die damals Hitler gefolgt sind, kann man in gewissem Sinne verstehen, denn Hitler hat ja allen alles versprochen. Bevor Hitler an die Macht kam, gab es Arbeitslose, Hunger, Armut usw. Ich bin der Meinung, Hitler war damals so etwas wie der Retter in der Not, und deshalb kann man es den Leuten nicht verübeln.“

Insgesamt überwog ein pragmatischer, distanziert-beobachtender Standpunkt, wie er z. B. in folgenden Antworten auf die Frage „Angenommen, Ihr Opa wäre Mitglied der NSDAP gewesen, wie würden Sie heute darüber urteilen?“ zum Ausdruck kommt:

„Ich weiß es nicht. Es kommt darauf an, ob er nur zahlendes Mitglied oder aktiv in dieser Partei gewesen wäre. Man müßte wohl herausfinden, welche Stellung er heute dazu bezieht. Wenn er aus Unwissenheit eingetreten ist, so ist das, finde ich, zu verzeihen. Wenn er aber sein Handeln auch heute noch

als richtig empfindet, so finde ich es verurteilungswert.“

„Ich würde ihn nicht verachten deswegen. Ich bin auch der Meinung, daß man eigentlich keinen Anhänger der NSDAP oder anderer faschistischer Gruppierungen nur deswegen verachten oder gar an dem ganzen Unheil, das der Faschismus angerichtet hat, Schuld geben kann. Diese Menschen haben vielleicht in diesen Vereinigungen ihre Ideale verwirklicht gesehen.“

Viele Äußerungen der Jugendlichen machten Unsicherheiten in der persönlichen Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus sowie Berührungängste und Verdrängungsprozesse sichtbar. Die gezogenen Parallelen zum „realen Sozialismus“ verdeutlichten eine wachsende Entfremdung und Distanz der Jugendlichen zum gesellschaftlichen System der DDR, dessen propagandistische Selbstdarstellung sie zunehmend durchschauten und ablehnten:

„In dieser Zeit war die NSDAP eine Partei wie die heutigen Parteien. Keiner empfand es als schlecht, Mitglied dort zu sein. Es gab Arbeit, etwas zu essen und auch kulturelle Erlebnisse.“

„Wenn er aus Überzeugung eingetreten wäre (nicht wie bei der FDJ), und auch dazu gestanden hätte bis zum Schluß, wäre ich stolz auf ihn.“

„Es liegt u. a. an den typischen Merkmalen der Deutschen, die zwar ein Volk der Dichter und Denker sind, aber meistens viel zu wenig Zivilcourage haben. Auch sind die Deutschen heute noch typische Mitläufer. Es gibt sehr viele, die in die FDJ und SED eintreten, dabei gar nicht von der Sache überzeugt sind, aber sich dadurch Vorteile erhoffen.“

Hinzu kommt, daß die Jugendlichen über wesentliche Seiten des Nationalsozialismus, insbesondere über das Alltagsleben, nur wenig erfuhren. Ebenso wurden Fragen nach den Ursachen und Mechanismen der Verführbarkeit großer Teile des deutschen Volkes, nach der Masse der Schweigenden und Mitläufer nahezu ausgeblendet. Eine Studentin schrieb dazu 1988 in einem Aufsatz:

„Ich frage mich immer . . . , warum konnten Millionen Menschen ihre Augen geschlossen halten. Vielleicht können wir das heute nicht mehr einschätzen, haben wir auch nicht das Recht, über die damalige ‚allgemeine Masse‘ zu richten, denn sie war sich sicherlich nicht bewußt, was auf sie zukommen würde. Über diese Ereignisse fühle ich mich noch zu wenig informiert. Filme, die diese Zeit darstellen, sind oft zu einseitig. Sie zeigen die Positionen der Gegner des Faschismus, aber nie wird richtig dargestellt, wie der faschistische Apparat so viele Menschen zum Narren halten konnte.“

Tabelle 4: Entwicklung politisch-historischer Einstellungen bei SchülerInnen im Herbst 1989 (in Prozent)

	eher zustimmend		eher ablehnend	
	Oktober	Dezember	Oktober	Dezember
Die antifaschistischen Ziele und Ideale sind in der DDR verwirklicht	54	37	16	28
Der Faschismus hatte auch seine guten Seiten	8	15	79	67
Der Faschismus war im Grunde eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde	5	8	85	76
Ich finde Skinheads durchaus sympathisch	16	16	68	58
Mich stören die vielen Ausländer in unserem Land	32	46	44	32

2. Empirische Befunde während und nach der „Wende“

Im Zusammenhang mit dem gesellschaftlichen Umbruch seit dem Herbst 1989 vollzogen und vollziehen sich unter den Jugendlichen der DDR gravierende Veränderungen im politischen und historischen Denken. Der bereits Mitte der achtziger Jahre einsetzende Verfall „sozialistischen Bewußtseins“ beschleunigte sich, was sich besonders in einem Einstellungswandel gegenüber der SED, der DDR und ihrer Geschichte bemerkbar machte. Wie eine Wiederholungsbefragung bei einer identischen Schülerpopulation im Oktober und Dezember 1989 zeigte, kam es in diesem Zeitraum bei den SchülerInnen zu einer spürbaren Zunahme profaschistischen Akzeptanzpotentials sowie rechtsextremer und ausländerfeindlicher Orientierungsmuster⁴⁷⁾. Zugleich wurde, ähnlich wie bei anderen bisher als unumstößlich geltenden Werten, der antifaschistische Charakter der DDR von immer mehr Jugendlichen in Zweifel gezogen (vgl. Tab. 4).

Die zum Teil deutlichen Veränderungen in den Einstellungen junger Menschen lassen sich nur aus der konkret-historischen Situation des Herbstes 1989 erklären. Wut und Zorn über Amtsanmaßung und Korruption, Machenschaften der Staatssicherheit und Mißbrauch der Ideale führten bei vielen zu einer psycho-sozialen Kränkung, die sich oftmals in pauschalen Schuldzuweisungen oder aggressivem Verhalten entlud. Aus diesem Grunde ist auch eine

⁴⁷⁾ Hierbei handelt es sich um eine Befragung von rund 350 Schülern der 8. Klasse aus verschiedenen Städten der DDR, die im Zeitraum von Oktober bis Dezember 1989 dreimal befragt wurden, vor dem Besuch der Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, unmittelbar danach und etwa vier Wochen später. Zu den Ergebnissen vgl. Wilfried Schubarth, Gedenkstättenarbeit – eine Analyse, in: antiFA, (1990) 9, S. 2–5.

Labilisierung antifaschistischer Haltungen unter Teilen der Jugendlichen erklärbar. Ob sie nur zeitweiliger Natur oder dauerhaft ist, werden die kommenden Monate beweisen müssen.

Einen ersten Aufschluß über längerfristige Entwicklungstrends in dieser Hinsicht erbrachte eine Studie unter Jugendlichen, die Mitte 1990 – also etwa ein halbes Jahr nach den Herbstereignissen – durchgeführt wurde und deren Ergebnisse mit der Studie zum Geschichtsbewußtsein von 1988 vergleichbar sind⁴⁸⁾. Wie diese Studie ergab, hat das Interesse Jugendlicher an der Geschichte des Nationalsozialismus in den letzten beiden Jahren nicht abgenommen, sondern ist eher noch gestiegen. Nach wie vor interessiert sich weit über die Hälfte der Jugendlichen stark für diese Zeit, etwa jeder fünfte sogar sehr stark. Gleichzeitig ist auch die Angst vor einer Wiederkehr des Faschismus deutlich angewachsen – rund zwei Drittel der Jugendlichen verspüren mittlerweile diesbezüglich große Angst.

Im Vergleichszeitraum 1988–1990 kam es zwar nicht zu einer eindeutigen Zunahme positiver Bewertungen des deutschen Faschismus und kaum zu einem Anstieg des Anteils Jugendlicher mit einer indifferenten Haltung ihm gegenüber, dennoch muß man davon ausgehen, daß faschistoides Gedankengut stärkere Verbreitung gefunden hat. Nationalistische Sichtweisen sind weitaus häufiger anzutreffen: Unter SchülerInnen ist z. B. der Anteil derer, die die Ansicht von einer besonderen Rolle der Deutschen vertreten, in den zwei Jahren auf etwa das Doppelte gestiegen (vgl. Tab. 5).

⁴⁸⁾ In diese Studie des ZIJ Leipzig von 1990 (Forschungsleiter: Günter Lange) wurden ca. 1 000 Jugendliche, darunter 350 Schüler und 307 Lehrlinge, einbezogen.

Tabelle 5: Entwicklung historisch-politischer Einstellungen von SchülerInnen und Lehrlingen der DDR 1988–1990 (in Prozent)

		eher zustimmend		eher ablehnend	
		1988	1990	1988	1990
Ich habe Angst, daß sich der Faschismus wiederholen könnte	SchülerInnen:	55	63	26	19
	Lehrlinge:	48	63	23	18
Wenn ich an die Zeit des Faschismus denke, dann fühle ich mich betroffen	SchülerInnen:	40	43	38	29
	Lehrlinge:	41	41	30	32
Die Zeit des Faschismus hat mir nichts mehr zu sagen	SchülerInnen:	27	32	39	38
	Lehrlinge:	31	28	41	43
Der Faschismus hatte auch seine guten Seiten	SchülerInnen:	12	14	77	76
	Lehrlinge:	15	15	75	70
Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Gesellschaft	SchülerInnen:	12	23	68	60
	Lehrlinge:	15	20	69	59

In der Untersuchung von 1990 wurde erstmals auch die Einstellung zu Adolf Hitler erfragt. Es zeigte sich, daß er von einem Teil der DDR-Jugendlichen verehrt wird: 7 Prozent der SchülerInnen und Lehrlinge empfinden ihm gegenüber Achtung und Sympathie; unter den GroßstadtschülerInnen sind es sogar 11 Prozent⁴⁹⁾, und der Anteil steigt bis auf 15 Prozent, wenn man nur männliche Schüler und Lehrlinge in Betracht zieht. Zwischen der Bewertung der Zeit des Nationalsozialismus bzw. der Person Hitlers und der politischen Orientierung ist ein enger Zusammenhang nachweisbar: Je mehr sich Jugendliche dem rechten politischen Spektrum zuordnen, desto mehr tolerieren und akzeptieren sie nationalsozialistische Ideologiefragmente. Jugendliche, die ganz rechts stehen, z. B. AnhängerInnen der Republikaner, sympathisieren mehrheitlich mit Hitler und dem Nationalsozialismus. Allerdings gibt es unter ihnen auch einen kleineren Teil, der dem Nationalsozialismus ablehnend gegenübersteht.

Es liegt die Schlußfolgerung nahe, daß das Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential für den Nationalsozialismus unter Jugendlichen relativ konstant zu sein scheint und sich bei SchülerInnen und Lehrlingen um die 15 Prozent bewegt, bei männlichen Jugendlichen z. T. noch deutlich darüber. Es kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, daß es im Zusammenhang mit einer weiteren Verbreitung na-

⁴⁹⁾ Die deutsch-deutsche SchülerInnenbefragung, die im Juni/Juli 1990 vom ZIJ Leipzig und dem Deutschen Jugendinstitut München durchgeführt wurde, erfaßte jeweils über 1 000 Schüler der 9. Klasse aus Großstädten der DDR (Berlin-Ost, Leipzig, Magdeburg) und der Bundesrepublik (Berlin-West, Köln, München).

tionalistischer Sichtweisen und einer zunehmenden Enttabuisierung deutscher Geschichte anwächst.

Die Vergleiche zwischen dem Nationalsozialismus und dem „realen Sozialismus“ fielen bei DDR-Jugendlichen 1990 noch drastischer aus:

„Ich finde, die alte DDR-Regierung hat uns genauso behandelt, wie die Regierung des Faschismus. Sie hat uns aber das Leben gelassen.“

„Sozialismus und Faschismus können als Unterteilung des Kapitalismus gelten. Beide wollten Welt-herrschaft, und beide waren Fehltritte.“

„Wir regen uns über die Vergangenheit auf, die Gegenwart des Sozialismus war schlimmer.“

Schon der Begriff des Antifaschismus ist bei Jugendlichen stark diskreditiert. Der Antifaschismus wird von vielen als das Werk der Alten abgetan, andererseits mit Linksextremismus und linksradikalem Terror in Verbindung gebracht:

„Der Begriff Antifaschismus wird heute ziemlich übertrieben. Viele Antifaschisten sind genau solche Chaoten wie die Reps, Skins usw.“

„Momentan sehe ich zwischen den Antifaschisten und den rechten Kräften keinen Unterschied. Die Linksextremen schlagen doch auch Leute zusammen, die anderer politischer Ansicht sind.“

Eine mangelnde Kultur des politischen Streits und die Radikalisierung der Auseinandersetzungen unter jugendlichen Gruppen lassen sich ebenfalls dokumentieren: „Rechtsextremismus muß bekämpft werden, und ich würde mir mit Skinheads und Reps neben großen Debatten auch noch gewaltige Stra-

Beschlachten liefern. Wie man so oft den Satz hört: ‚Gewalt muß mit Gewalt bekämpft werden.‘ Wenn vernünftige Menschen nicht . . . liberal zu stimmen sind. Natürlich versuche ich vorher jeden umzustimmen . . . Wenn sich gegenseitig Linke und Rechte töten, bleiben die Liberalen . . .“

3. Ergebnisse einer deutsch-deutschen SchülerInnenbefragung

Interessant ist ein Vergleich des Bildes vom Nationalsozialismus bei Jugendlichen aus Ost- und Westdeutschland. In Auswertung einer deutsch-deutschen SchülerInnenbefragung unter fünfzehn- und sechzehnjährigen GroßstadtschülerInnen von Mitte 1990 sind dazu erste Aussagen möglich⁵⁰⁾.

So ist das Geschichtsinteresse von ost- und westdeutschen SchülerInnen trotz gewisser Differenzierungen ähnlich strukturiert. Bei beiden Vergleichsgruppen steht die Geschichte des Nationalsozialismus mit an vorderster Stelle der Interessenskala. Mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede lassen auch die Befragungsergebnisse hinsichtlich der Einstellungen gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus erkennen. Es dominiert dabei eine negative Bewertung dieser Zeit, doch tendiert sowohl bei ost- als auch bei westdeutschen SchülerInnen eine nicht geringe Minderheit (11 bzw. 13 Prozent) zu der Auffassung, daß der deutsche Faschismus im Grunde eine gute Idee war, die nur schlecht ausge-

⁵⁰⁾ Vgl. Anm. 49.

führt wurde. Ebenso unterscheidet sich der Anteil der AnhängerInnen und BewundererInnen Hitlers in beiden Gruppen nur geringfügig: 11 Prozent bei den ostdeutschen stehen 8 Prozent bei den westdeutschen GroßstadtschülerInnen gegenüber.

Ängste und Befürchtungen der SchülerInnen vor einer möglichen Wiederkehr des Nationalsozialismus sind ähnlich stark ausgeprägt. Gleiches gilt für die Beantwortung der Frage, ob sich Jugendliche für den deutschen Faschismus noch schämen sollten. Größere Unterschiede gibt es dagegen bei der Forderung nach einem starken Führer an der Spitze Deutschlands. Eine solche Forderung wird von DDR-SchülerInnen, insbesondere von männlichen, viel stärker befürwortet als von den SchülerInnen der Bundesrepublik: 16 Prozent der ostdeutschen im Vergleich zu 7 Prozent der westdeutschen SchülerInnen. Von den DDR-SchülerInnen unterstützt sogar mehr als jede/r fünfte den Ruf nach einem starken Mann. Auch hinsichtlich der Rolle der Deutschen in der Geschichte gibt es deutlich unterschiedliche Bewertungen (vgl. Tab. 6).

Bei aller gebotenen Vorsicht in der Interpretation sprechen die Untersuchungsergebnisse doch dafür, daß sich trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Entwicklungsbedingungen und Erziehungssysteme die Einstellungen gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus nur unwesentlich unterscheiden. So ist das Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential für den Nationalsozialismus und Hitler etwa gleich groß. Weiterführende, über die Einstellungsebene hin-

Tabelle 6: Historisch-politische Einstellungen von SchülerInnen der DDR und der Bundesrepublik (1990, in Prozent)

	eher zustimmend		eher ablehnend	
	DDR	Bundesrepublik	DDR	Bundesrepublik
Ich habe Angst, daß sich der deutsche Faschismus wiederholen könnte	49	52	30	26
Der deutsche Faschismus war im Grunde eine gute Sache, die nur schlecht ausgeführt wurde	11	13	79	72
Leute meines Alters brauchen sich für den deutschen Faschismus nicht mehr zu schämen	39	37	38	40
Wir sollten wieder einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert	16	7	71	88
Die Deutschen waren schon immer die Größten in der Geschichte	24	13	51	49
Mich stören die vielen Ausländer bei uns	42	26	29	56

ausgehende Untersuchungen könnten Klarheit darüber erbringen, ob dies mit gleichen oder ähnlichen Kenntnissen, Erfahrungen und Verhaltensmustern verbunden ist. Von besonderem Interesse ist darüber hinaus die Frage, welche Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten es in den Mechanismen zur Herausbildung und Entwicklung historisch-politischen Bewußtseins in beiden Systemen gab — eine Frage, die nur im Rahmen einer vergleichenden Sozialisationsforschung beantwortet werden kann.

Das autoritär-nationalistische Einstellungspotential unter SchülerInnen der ehemaligen DDR scheint z. T. beträchtlich größer zu sein als unter den SchülerInnen der alten Bundesrepublik. Die Ursachen dafür müssen vor allem in den bisherigen Gesellschaftsstrukturen, insbesondere im autoritär-indoktrinären Erziehungssystem, sowie im massenhaften Verlust an Identität und Selbstwertgefühl im Gefolge des gesellschaftlichen Umbruchs gesucht werden.

IV. Schlußbemerkungen

Der Mythos von der DDR als „Hort des Antifaschismus“ ist mit dem gesellschaftlichen Wandel vom Herbst 1989 endgültig zusammengebrochen. Indem man von Anfang an die Zeit des Nationalsozialismus der Bundesrepublik als Erblast zuteilte und dafür die Legende von den „Siegern der Geschichte“ und der „Stunde Null“ erfand — sich gewissermaßen den Antifaschismus a priori verlieh —, entzog man sich, bis auf wenige Ausnahmen etwa unter den Künstlern und Schriftstellern, der mühsamen und schmerzlichen, aber notwendigen Trauerarbeit und damit einer ehrlichen und tiefgehenden individuellen und gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Schwer wiegt auch die Instrumentalisierung des Antifaschismus, sein Mißbrauch zur Legitimation des politischen Systems der DDR. „Fackelzüge und gymnastische Massendresuren“ zeigten ein „geistiges Vakuum“ an und vergrößerten es. Sie waren nicht geeignet, „jene Bindungen zu erzeugen, die nur in tätiger Mit-

verantwortung für die Gesellschaft wachsen können“⁵¹⁾.

Ein Teil der durch autoritäre Erziehung geprägten Jugendlichen der ehemaligen DDR sucht offenbar einen Ausweg aus der Wertekrise in der Anlehnung an neue autoritäre Strukturen bzw. in der Auffindung einer eigenen Autorität auf der Grundlage traditioneller Orientierungen des Nationalismus und Chauvinismus. Empirische Befunde sprechen z. T. für ähnliche Tendenzen unter westdeutschen Jugendlichen, die in ihrem Bildungs- und Erziehungssystem völlig andere Erfahrungen mit der Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit gemacht haben. Dies sollte Anlaß genug sein, gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in Ost und West darüber nachzudenken, welchen Platz historische Traditionen des Antifaschismus in einer humanistischen Bildung und Erziehung einnehmen können.

⁵¹⁾ Chr. Wolf (Anm. 20), S. 96.

Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung

I. Die grundlegende Bedeutung des Antifaschismus für die frühere DDR

Dieses Thema in der heutigen Zeit zu behandeln, bedarf der Rechtfertigung. Mit den grundlegenden innen-, außen- und weltpolitischen Veränderungen der Jahre 1989/90 ist auch eine Neubewertung des Antifaschismus nötig. Nicht mehr — wie bisher — muß nur die nationalsozialistische Vergangenheit bewältigt werden, sondern seit der „Wende“ auch die des bisher „real existierenden Sozialismus“.

Der Antifaschismus hatte stets mehrere Funktionen — innenpolitische und außenpolitische. In der Zeit des „Kalten Krieges“ dienten die Kampagnen dem Ziel, die Bundesrepublik Deutschland zu isolieren und bei ihren westlichen Verbündeten die Befürchtung zu wecken, sie sei in geistiger und personeller Hinsicht die Fortsetzung des nationalsozialistischen „Dritten Reiches“. In der öffentlichen Meinung der westlichen Staaten sollte der Eindruck geweckt werden, dieser Verbündete sei es nicht wert, unterstützt zu werden, weil die Opfer von gestern mit den Tätern in ein widernatürliches Bündnis gezwungen seien. Außerdem wurde unterstellt, daß die kriegerische Mentalität, das Revanchestreiben der nach wie vor in der Bundesrepublik herrschenden unverbesserlichen und unbelehrbaren Kräfte, die Verbündeten in einen neuen Krieg ziehen würde. Es sei deswegen moralisch geboten und auch zu verantworten, von den Bündnisverpflichtungen Abstand zu nehmen und die Bundesrepublik Deutschland fallen zu lassen. Diese Kampagnen haben im Laufe der Jahre zwar Wirkung, aber letztlich keinen Erfolg gehabt.

In innenpolitischer Hinsicht diente der Antifaschismus dem Zweck, die parlamentarische Demokratie zu destabilisieren und oppositionelle Kräfte zu integrieren. Unter dem Generalnenner „Antifaschismus“ ließen sich viele Kräfte zusammenfassen, die mit einer positiven Zielsetzung nicht zu vereinen gewesen wären, weil die Ziele zu verschiedenartig waren.

Es liegt auf der Hand, daß sich mit den Wandlungen der Jahre 1989/90 die außen- wie innenpolitische Konstellation verändert hat. Dennoch behält der Antifaschismus als politisches Manipulations- und Kampfmittel Bedeutung, wie zu zeigen sein wird. Der Zerfall des Sozialismus in seiner sogenannten

real existierenden Form läßt nun seine heimatlosen Anhänger nach geistiger und politischer Integration suchen. Hier bietet sich als eine Art Ideologiersatz der Antifaschismus an. Diese veränderte, aber fortwirkende Bedeutung rechtfertigt, ja erfordert die Behandlung des Themas, um das Problem ins Bewußtsein zu heben.

Weshalb bietet sich der Antifaschismus als wirksames politisches Kampfmittel an? Zur Antwort auf diese Frage ist eine Definition dieses Kampfbegriffes notwendig¹⁾. Dabei ist zunächst die Klärung angebracht, was unter „Faschismus“ zu verstehen ist. Seit der Gründung der faschistischen Bewegung durch Mussolini 1919 gilt die Bezeichnung zunächst für das italienische System und seine Ideen (1922 bis 1943/45), aber auch als Kennzeichen und Gattungsbezeichnung ähnlicher, jedoch in vielen Einzelheiten andersartiger europäischer Herrschaftssysteme und Ideen. Diese Ausweitung als Gattungsbegriff entspricht nicht dem Selbstverständnis der so Bezeichneten, sondern geht von einem marxistischen Verständnis aus. Der „Faschismus“ gilt danach als die „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“. Diese von Georgi Dimitroff — damals Kominternfunktionär, nach 1945 bulgarischer Ministerpräsident — im Jahre 1935 geprägte Definition hat für die kommunistische Faschismuseinschätzung bis in die jüngste Zeit hinein Geltung²⁾.

Zusammenfassend kann diese Sichtweise so interpretiert werden, daß der „Faschismus“ als Krisenerscheinung solcher Gesellschaften gilt, in denen es private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel gibt. In kritischen Situationen neigen dieser Auffassung zufolge die Eigentümer der Produktionsmittel

1) Zur Herleitung der Begriffe Faschismus und Antifaschismus vgl. Bundesminister des Innern (Hrsg.), Bedeutung und Funktion des Antifaschismus. Bonn 1990, hier vor allem: Manfred Funke, Faschismus und Antifaschismus — Versuch einer historisch-politischen Begriffsbestimmung, S. 7 ff., und Hans-Helmuth Knütter, Internationale Antifaschismuskampagnen und ihre Rückwirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland, S. 83 ff.

2) Vgl. den Artikel „Faschismus“ in: Kleines Politisches Wörterbuch, Neuausgabe, (Ost-)Berlin 1988.

dazu, sich eine Schutztruppe gegen die Bedrohung durch die sozialistische Bewegung zu halten. Deswegen sei die Gefahr des „Faschismus“ erst gebannt, wenn die private Verfügung über Produktionsmittel in einer sozialistischen Gesellschaft aufgehoben ist. Alle Ordnungen, in denen das nicht der Fall ist, gelten als potentiell „faschistisch“.

Seit den zwanziger Jahren hat der „Faschismus“-Begriff zwei Funktionen: Einmal handelt es sich um ein Schlagwort im tagespolitischen Kampf, das der Abstempelung des politischen Gegners dient. Besonders seit dem Ende der sogenannten „faschistischen“ Systeme (1945) hat dieses Schlagwort im Rahmen der „Bewältigung der Vergangenheit“ Bedeutung als innen- und außenpolitisches Kampf- und Diffamierungsmittel gewonnen. Zum anderen dient der „Faschismus“-Begriff als Mittel sozialwissenschaftlicher Analyse, deren Ziel die nähere Bestimmung einer neuen Form ideologisch legitimierter totaler Herrschaft ist.

Grund für die Aufmerksamkeit, die der Streit um „Faschismus“ und „Antifaschismus“ auch noch nach dem Ende der totalitären Systeme in Italien und Deutschland findet, ist ihr Gebrauch als Schlagworte im tagespolitischen Kampf. „Antifaschismus“ diene als Methode, eine sozialistisch-kommunistische Gesellschaftsordnung zu rechtfertigen. Hier ist seit 1989/90 ein Wandel zu beobachten. Den desorientierten Mitgliedern und Anhängern sozialistischer Parteien und ihnen nahestehenden Intellektuellen geht es darum, früheres Verhalten zu rechtfertigen und in ungünstiger Zeit von der Ideologie zu retten, was zu retten ist. Es gilt, den moralischen Gehalt des Antifaschismus dafür zu nutzen. Gerade wegen des manipulativen Gehalts des Antifaschismusbegriffs bedurfte es auch bisher schon des öfteren neuer Definitionen, die erweitert und ergänzt werden mußten³⁾.

Der Versuch, diese Antivorstellung positiv zu fassen, führt zu folgenden 14 Merkmalen, Eigenschaften und Verhaltensweisen: Der „Antifaschist“ betrachtet sich als humanitär, liberal, demokratisch (im weitesten Sinne des Begriffs), aufklärerisch, rational, revolutionär (mindestens im Sinne der Französischen Revolution von 1789), radikal (hier verstanden im Sinne von aufklärerisch, nicht etwa als subversiv), individualistisch, den Menschenrechten, der Freiheit der Person sowie der Gleichheit und Gleichberechtigung verpflichtet. Ferner ist er Gegner des Antikommunismus, da dieser konstitutives Merkmal des „Faschismus“ sei. Allerdings wird neuerdings zwischen Antikommunismus und Antistalinismus unterschieden. Stalinismus gilt als zu bekämpfende Entartungsform des Sozialismus bzw. Kommunismus. Da der Antikommunismus

den Sozialismus mit allen Mitteln vernichten will, hängen Antikommunismus und Krieg zusammen. Schließlich versteht er sich als friedliebend (verstanden in dem Sinne, daß der „Antifaschist“ weiß, daß Frieden nur im Sozialismus möglich ist, weil die Kriege aus Klassenspannungen entstehen; Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel ist also eine Voraussetzung des Friedens).

Bis zum Herbst 1989 war ein konstitutives Merkmal des Antifaschismus auch die Sympathie für die „Er rungenschaften des Sozialismus“, die verteidigt werden sollten. Der Kommunismus sowjetischer Prägung wurde als unerläßliche Stütze des „Antifaschismus“ eingeschätzt. Seither hat sich die Sympathie einem idealen Sozialismus zugewendet, der sich, wie bereits angedeutet, vom sogenannten „Stalinismus“ absetzt. Ein Argument, das sich gegen den „Stalinismus“ wendet, ist, daß dieser den Antifaschismus z. B. durch den Hitler-Stalin-Pakt, aber auch durch Methoden des Zwangs und der Verfolgung verraten habe. Auf jeden Fall gehört aber auch zum noch unscharfen neuen, idealen Sozialismus eine antikapitalistische Grundeinstellung.

Aus dem Gesagten folgt, daß der „Antifaschismus“ eine Integrationsideologie darstellt, auf deren Basis sich sehr gegensätzliche politische Kräfte treffen können, und zwar umso leichter, je diffuser die Vorstellungen von dem sind, was als „antifaschistisch“ gilt. Sozialisten und Nichtsozialisten, Atheisten und Christen, Bürgerliche verschiedener Richtung und Kommunisten, uneinig über jede andere politische Frage, sehen im „Faschismus“ ein Feindbild, dessen Bedrohlichkeit die Notwendigkeit des Zusammenhaltes suggeriert und jede Abweichung als Begünstigung des absolut Bösen moralisch ins Zwielficht rückt. Die moralische Komponente des Antifaschismus fungiert seit 1989/90 als Strohalm zur Rettung des diskreditierten Sozialismus.

Der Antifaschismus hatte immer konstitutive Bedeutung für die DDR. Nach der „Wende“ wurde versucht, durch Ausgrenzung der SED-Führung, der abgesprochen wurde, aus „ehrlichen“ Antifaschisten zu bestehen, oder die als „ehemalige“ Antifaschisten bezeichnet wurden, die antifaschistische Kontinuität von der Gründungszeit bis zur angestrebten erneuerten DDR zu wahren. Man stehe „erschüttert vor der Einsicht, daß die alte SED-Führung in übler, pragmatischer, demagogischer Weise den ehrlichen Antifaschismus, auf den wir stolz sind, zur Rechtfertigung ihrer gescheiterten Politik mißbrauchte“, heißt es in einer Aussage vom Frühjahr 1990. Zum gleichen Zeitpunkt äußerte sich Dr. Heinrich Toeplitz, als Mitglied des Obersten Gerichts der DDR selbst belastet, nun-

³⁾ Vgl. H.-H. Knütter (Anm. 1).

mehr Leiter eines Untersuchungsausschusses, der sich mit „Machtmißbrauch und persönlicher Bereicherung“ ehemaliger Funktionäre zu befassen hatte, die größte Belastung sei für ihn „die sich ständig erweiternde Erkenntnis, in welchem Umfang ehemalige Antifaschisten Machtmißbrauch getrieben . . . haben“. Er kommt jedoch zum Ergebnis, „daß der belastete Personenkreis nur einen kleinen Teil der antifaschistischen Widerstandskämpfer betrifft . . . deshalb kann für mich das würdelose Verhalten einer kleinen Gruppe ehemaliger Widerstandskämpfer das Erbe des Antifaschismus als wichtigen Bestandteil einer deutschen Zukunft nicht beeinträchtigen“⁴⁾.

Die grundlegende Bedeutung des Antifaschismus für die DDR hat Walter Ulbricht bereits in den fünfziger Jahren festgelegt. Als sich die Herrschaftsform des deutschen Monopolkapitals in seiner Niedergangsperiode befunden habe, hätten die Herren der Schwerindustrie angesichts der Gefahr, vom deutschen arbeitenden Volk hinweggefegt zu werden, die Regierung den Nationalsozialisten übertragen, die durch Volksbetrug und Terror Massenanhänger gewonnen hätten⁵⁾. Deshalb müsse der konsequente antifaschistische Kampf darauf gerichtet sein, „die Wurzeln des Faschismus — die Herrschaft des Finanzkapitals“ — zu beseitigen⁶⁾. Nach der Niederlage des „Faschismus“ im Zweiten Weltkrieg dürfe sich das „nationale Unglück“ — Wiederherstellung der alten Machtstrukturen nach dem Ersten Weltkrieg — nicht wiederholen⁷⁾. Bereits 1945 stellte Ulbricht folgenden Maßnahmenkatalog zur Erreichung dieser Ziele zusammen:

1. Säuberung des Verwaltungsapparats in Staat, Gemeinden und Wirtschaft von allen faschistischen Elementen.
2. Enteignung des Großgrundbesitzes, der Konzerne und Bankherren.
3. Säuberung aller wissenschaftlichen Institute und Lehranstalten von faschistischen Einflüssen und Lehrmethoden.
4. Kampf zur Beseitigung der faschistischen Ideologie und gegen alle Ideologien, an die der Faschismus anknüpfen konnte⁸⁾.

⁴⁾ Beide Zitate in: antiFA. (1990) 4, S. 3. Diese Zeitschrift hieß bis zum Dezember 1989 „Der antifaschistische Widerstandskämpfer“ und wurde vom Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer der DDR herausgegeben.

⁵⁾ Vgl. Walter Ulbricht, Der faschistische deutsche Imperialismus (1933—1945), (Ost-)Berlin 1956, S. 99 f., 104.

⁶⁾ Dietrich Eichholtz (Hrsg.), Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, (Ost-)Berlin 1980, S. 16.

⁷⁾ Vgl. Walter Ulbricht, Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Aus Reden und Aufsätzen, (Ost-)Berlin 1955⁴, Bd. 2, 1933—1946, S. 610.

⁸⁾ Vgl. W. Ulbricht (Anm. 5), S. 110.

Nach diesem Katalog wurde von 1945 bis 1949 und darüber hinaus bis etwa 1952 in der sowjetischen Besatzungszone die „antifaschistisch-demokratische“ Umwälzung vorgenommen. Obwohl das Reizwort „Sozialismus“ vermieden wurde, ging es nicht um eine Ausschaltung der „faschistischen“, sondern der bürgerlichen Kräfte insgesamt. Zugleich wurde der Widerstand der bürgerlichen Parteien und ihrer Anhänger gelähmt, weil jeder Widerstand als „faschistisch“ diffamiert werden konnte.

Daß Herstellung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung tatsächlich dann nichts anderes bedeutete als die Einführung des Sozialismus, wurde später in der Geschichtswissenschaft der DDR ohne weiteres zugestanden: „Die Grundfrage dieser Periode war die Eroberung der Hegemonie der Arbeiterklasse; sie wurde durch die breite Bündnispolitik im Rahmen des antifaschistischen Blocks und durch die Schaffung einheitlicher demokratischer Massenorganisationen verwirklicht, später in der Volkskongreßbewegung und der Nationalen Front des demokratischen Deutschland weiterentwickelt und durch die Einheit der Arbeiterklasse sowie die Ausbildung einheitlicher freier Gewerkschaften gesichert. Die Eroberung der Hegemonie der Arbeiterklasse sowie der entscheidenden Positionen in Staat und Wirtschaft schuf zugleich mit der Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution die Voraussetzungen für deren Hinüberwachen zur sozialistischen Revolution. W. I. Lenin lehrt, daß die Hegemonie des Proletariats in der demokratischen Revolution bereits den Keim der Diktatur des Proletariats darstellt.“⁹⁾

Als im Februar 1948 die letzten Entnazifizierungskommissionen aufgelöst wurden, waren bis zu diesem Zeitpunkt über 520 000 Personen aus dem Öffentlichen Dienst und aus der Wirtschaft entfernt worden¹⁰⁾. In der Spätzeit der DDR, als die Legitimitätskrise des Systems bereits spürbar war, wurde versucht, die nachlassende Bindekraft des Marxismus-Leninismus einerseits durch Berufung auf nationale Traditionen (etwa ab 1978), andererseits aber durch die verstärkte Betonung des Antifaschismus zu stützen. Zwei Beispiele mögen das belegen.

⁹⁾ Werner Horn, Grundprobleme der Entwicklung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Heinz Heitzer, DDR — Geschichte in der Übergangsperiode (1945—1961), (Ost-)Berlin 1987, S. 83; vgl. auch die ergänzenden Ausführungen im gleichen Sammelband von Stefan Doernberg, Die revolutionäre Umwälzung in der Deutschen Demokratischen Republik und ihre Etappen, S. 88 f.

¹⁰⁾ Vgl. Agnes Blänsdorf, Zur Konfrontation mit der NS-Vergangenheit in der Bundesrepublik, der DDR und Österreich. Entnazifizierung und Wiedergutmachungsleistungen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/87, S. 12.

Im März 1989 hielt Kurt Hager es für nötig, auf die in der Sowjetunion zunehmende Kritik am Stalinismus zu reagieren. Das moralische Gewicht der DDR suchte er mit der antifaschistischen Tradition zu betonen: „Die DDR ist anerkannt in der Welt durch einen sie tief prägenden Humanismus und Antifaschismus. Ein grundlegender Unterschied zwischen der DDR und der BRD besteht darin, daß bei uns schon unmittelbar nach der Befreiung durch die Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten die ökonomischen Wurzeln des Imperialismus ausgerottet wurden, während sie in der BRD entgegen dem erklärten Willen der Mehrheit der Bürger erhalten blieben und so das Wiedererstarken der Macht der Monopole möglich wurde. Die Überwindung des faschistischen Ungeistes im Bildungswesen und auf kulturellem Gebiet hat bei uns zu einer demokratischen Reform der Schule und zur Erneuerung der humanistischen Kultur geführt. Man könne angesichts dieser Tatsache, die der gesellschaftlichen Entwicklung und dem geistig-kulturellen Leben in unserem Lande seit Jahrzehnten das Gepräge geben, nur staunen über die Unbedarftheit, mit der westliche Historiker und Publizisten zum Umgang der DDR mit der Geschichte des Faschismus Stellung nehmen und unsere konsequente Abrechnung mit den faschistischen Verbrechen und Verbrechern herabzusetzen versuchen.“¹¹⁾

Fast unmittelbar vor dem Zusammenbruch des DDR-Systems, als die steigende Unzufriedenheit der Bevölkerung sich in einer Fluchtwelle äußerte, stellte Professor Otto Reinhold, Mitglied des ZK der SED und seit 1962 Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED fest: „Die DDR ist nur als antifaschistischer, sozialistischer Staat, als sozialistische Alternative zur BRD denkbar.“¹²⁾ Bezeichnenderweise rangiert der Antifaschismus als systemstabilisierender und -legitimierender Integrationsfaktor noch vor dem Sozialismus.

Viele Linke, sowohl in Westdeutschland, als auch in der ehemaligen DDR, kritisieren seit der Wende den „offiziellen Antifaschismus“ als starr, wirkungslos und äußerlich. Sie treten für einen „anderen“ Antifaschismus, der auf eine unbestimmte Weise reiner, moralischer und damit vermutlich wirksamer sein soll, ein. Gegenüber dieser Legendenbildung ist darauf hinzuweisen, daß der „offizielle“ Antifaschismus genau das geleistet hat, was

¹¹⁾ Geschichte — Erfahrungsstoff für Gesellschaftsstrategie, in: Neues Deutschland vom 8./9. April 1989 (hier zitiert nach: Pressespiegel, Nr. 7 vom 17. April 1989).

¹²⁾ Zit. nach Peter Jochen Winters, Eine Stimmung in der DDR wie 1961. Warum die SED keine Reformen will, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 24. August 1989, S. 12.

viele Linke in Westdeutschland wollen und weshalb sie vor 1989 die DDR positiv betrachtet haben: Der Antifaschismus in der DDR hat in sozio-struktureller, strafrechtlicher und pädagogischer Hinsicht alles getan, um den „Faschismus“ im marxistischen Verständnis zu bekämpfen und ihm die Grundlage zu entziehen. Auch das leiseste Anzeichen „faschistischer“ Propaganda wurde unterdrückt. Genau das wollen aber auch westdeutsche Linke, wenn sie für Verbote „faschistischer“ Organisationen eintreten. Sie wollen genau jene staatliche Repression, die plötzlich ab 1989 in der DDR als erfolglos denunziert wird. Dies mag ein Zeichen für die Verwirrung auch im westlichen Lager sein. Dafür spricht auch der Widerspruch zwischen dem entschiedenen Kampf gegen den „Faschismus“, der gefordert wird, obwohl andererseits Repressionen abgelehnt werden, die aber gleichwohl ausgeübt werden, wo nur die Möglichkeit dazu besteht: etwa Saalverweigerung und Veranstaltungsstörungen in Wahlzeiten. Die Widersprüchlichkeit wird verstärkt durch die Kritik an der Bewältigung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik — hier werde nicht genug getan, nicht hart genug vorgegangen.

Bezeichnend für die konsequente strafrechtliche Verfolgung sogenannter „faschistischer“ Erscheinungen im öffentlichen Leben ist ein Prozeß gegen sechs Skinheads, der in Schwerin im Februar 1989 stattfand. Wegen „faschistischer“ Parolen und Sachbeschädigungen wurden Strafen zwischen 12 und 18 Monaten mit anschließenden staatlichen Kontrollmaßnahmen, Geldstrafen sowie „Arbeitsplatzbindung“ ausgesprochen. In der Begründung wird das „Unverständnis für solche Auswüchse“ ausgedrückt, „die in unserer Gesellschaft keine Grundlage haben. Für uns gilt nach wie vor der Schwur der Buchenwaldhäftlinge, den Faschismus mit Stumpf und Stiel auszurotten . . . Die jungen Menschen (wußten) aufgrund ihrer Geschicknisse aus der Schule genau, was Faschismus bedeutet und welche Zwecke er verfolgt.“¹³⁾

Der Antifaschismus hat im Bereich sozialistischer Systeme und sozialistischer Parteien stets eine legitimierende und integrierende Funktion gehabt. Das gilt für die KPD vor 1933, für die Sowjetunion während des Krieges und in ihrer Rolle als Besatzungsmacht sowie für die SED für die gesamte Zeit ihres Bestehens. Allerdings hat der Antifaschismus in dieser Zeit Veränderungen durchgemacht. Seine sozio-ökonomische Komponente hat für die SED im Vordergrund gestanden, weil mit seiner Hilfe

¹³⁾ Miserable Mutproben, in: Norddeutsche Zeitung (Schwerin) vom 18./19. Februar 1989 (zitiert nach: Pressespiegel vom 16. März 1989).

eine sozio-strukturelle Umgestaltung der Gesellschaft legitimiert wurde. Gegen Ende der zerbröckelnden SED-Herrschaft rückte die andere, die moralische Komponente in den Vordergrund. Insofern ist 1989/90 ein grundsätzlicher Wandel eingetreten, obwohl die marxistische Faschismusedeutung seither weiter in den Hintergrund getreten ist und das moralische Gewicht noch stärker betont wird. Wäh-

rend aber der Antifaschismus sowohl seitens der Sowjetunion als auch von seiten der DDR gegen den Westen in den sechziger Jahren offensiv eingesetzt wurde, dient er seit dem Herbst 1989 nahezu ausschließlich der Defensive und Selbstrechtfertigung. Insofern kann man trotz des fließenden Überganges von einer neuen Qualität des Antifaschismus nach der „Wende“ sprechen.

II. Die neue Qualität des Antifaschismus nach der „Wende“

Zu den Veränderungen der „antifaschistischen“ Bewegungen seit dem Herbst 1989 gehört, daß ihre Argumente und Präsentationsformen vielfältiger, widersprüchlicher und auf jeden Fall schwächer theoretisch, d. h. marxistisch fundiert sind. Die Antifaschisten neigen dazu, ihre Anhänger nicht mehr mit Theorien zu mobilisieren, sondern durch aktuelle Konflikte. So entsteht eine „antifaschistische“ Subkultur, etwa ein „antifaschistisches Café“ als Kommunikationszentrum, Informationsbörse und als Zentrum zur Vermittlung eines Gemeinschaftsgefühls¹⁴⁾.

Das Abrücken von der marxistischen Faschismusinterpretation bietet historisch den Vorteil, bisher ausgegrenzte Kreise in den „antifaschistischen“ Widerstand einzubeziehen. Während in der Zeit der ungebrochenen SED-Vorherrschaft die KPD als stärkste Kraft des antifaschistischen Widerstands galt und bürgerliche Kreise entweder gar nicht oder nur am Rande erwähnt wurden, werden jetzt auch bürgerliche Widerstandskämpfer unter ausdrücklicher Kritik an der gegenteiligen Haltung der SED einbezogen. Im Neuen Deutschland wird Carl Goerdeler als „Antifaschist“ gewürdigt, und es wird beklagt, daß ihm nach 1945 lange diese Anerkennung versagt wurde, weil er kein Kommunist war¹⁵⁾. Die Potsdamer PDS rühmt in einem Gedenkartikel zum 20. Juli 1944 zahlreiche adelige hohe Offiziere, die dort stationiert waren, und folgert für die Gegenwart: „Viele der Genannten sind im Kampf gegen das Nazi-Regime gefallen. Ihr Vermächtnis kann nur lauten: Antifaschismus als Grundkonsens, dem sich alle deutschen Parteien und politischen Bewegungen verpflichtet fühlen sollten.“¹⁶⁾

Mit dieser Erweiterung um bisher abgelehnte „bürgerliche“ Widerstandskämpfer, die nun auch als „Antifaschisten“ gelten, kann sich die PDS zwar nunmehr auch auf im Westen hochgeschätzte Angehörige des Widerstandes berufen, zugleich rückt sie aber von einem theoretisch fundierten Antifaschismusverständnis ab. Denn wenn im Sinne der oben zitierten Äußerungen Antifaschismus gleichzusetzen ist mit Antikapitalismus, und wenn echter Antifaschismus Aufhebung der privaten Verfügungsgewalt über Produktionsmittel bedeutet, so kann in der Tat nur der kommunistische Widerstand als genuin antifaschistisch anerkannt werden. Bürgerliche Widerstandskämpfer wie Goerdeler sind in diesem Sinne auf keinen Fall Antifaschisten, da ihnen nichts ferner lag, als eine sozialistische oder kommunistische Neuordnung zu erstreben.

Ein Musterbeispiel für die gewandelte Einstellung zum Antifaschismus ist die Behandlung Ernst Thälmanns. Bis zur „Wende“ galt er geradezu als Typ des antifaschistischen Widerstandskämpfers, in dem die moralischen und sozio-strukturelle Komponenten des Antifaschismus vereint sind. Seitdem Kritik an dem staatsoffiziellen und offenbar wenig wirksamen und überzeugenden Antifaschismus zugenommen hat, wird auch an Ernst Thälmann kritisiert, daß er die KPD stalinisiert habe. Während es bis 1928/29 noch Alternativen zu einer stalinistisch strukturierten und zunehmend von Moskau ferngesteuerten KPD gegeben habe, sei unter seiner Mitwirkung eine verhängnisvolle Entwicklung eingeleitet worden, die verheerende Folgen für den Kampf gegen den „Hitlerfaschismus“ gehabt habe. Es seien das bedeutende antifaschistische Potential der KPD geschwächt und Bündnispartner abgeschreckt worden. So wird Thälmann nunmehr als eine tragische Gestalt betrachtet, der in der SED-Zeit zum Mythos wurde, aus dem nachfolgende Parteiführungen ihre Legitimation ableiteten¹⁷⁾.

¹⁴⁾ Als Beispiel möge das „Antifaschistische Café“ in Köln dienen, das Ende 1989 eingerichtet wurde.

¹⁵⁾ Vgl. Helmut Ernst, ... damit die 58jährige Odyssee endlich ein Ende findet, in: Neues Deutschland vom 23. August 1990.

¹⁶⁾ Vgl. Kurt Finker (Historiker an der Pädagogischen Hochschule „Karl Liebknecht“, Potsdam). Die Bombe lag in Potsdam, in: PDS Info. Extrablatt für Bonn (ohne Datum, Juli 1990).

¹⁷⁾ Vgl. Klaus Kinner, Thälmann – Deutschlands unsterblicher Sohn oder der harte Mann Stalins in der KPD?, in: Berliner Zeitung vom 24. August 1990, S. 13.

Die Appelle laufen darauf hinaus, die historische Kraft des Antifaschismus lebendig zu erhalten, um ein positives Bild von einem antifaschistischen Deutschland der „aufkeimenden Großmannssucht und Deutschtümelei“ entgegenzusetzen¹⁸⁾. Die Benutzung dieses ausgeweiteten Antifaschismusverständnisses, in das alle, auch nichtsozialistische, Widerstandsangehörige einbezogen werden, dient nicht nur der Legitimation der verunsicherten Sozialisten, sondern soll auch einer Relativierung nationalsozialistischer Verbrechen durch die Entdeckung sowjetzonaler Konzentrationslager entgegenwirken. Die Tatsache, daß nicht nur ehemals nationalsozialistische Konzentrationslager wie Buchenwald nach 1945 weitergeführt wurden, sondern daß auch andere Lager eingerichtet wurden, in denen nicht nur ehemalige Nationalsozialisten und „Kriegsverbrecher“ interniert wurden, sondern alle, die der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED unbequem wurden, führt zu einem starken Rechtfertigungsdruck¹⁹⁾. Von diesen sogenannten „stalinistischen“ Verbrechen erfolgt eine sehr allgemein gehaltene Distanzierung, der gegenüber der Hinweis auf die nationalsozialistischen (die „faschistischen“) Verbrechen ablenken soll. Immerhin ist die vor 1989 übliche Rechtfertigung des Stalinismus, er sei immerhin antifaschistisch gewesen, und die harten Maßnahmen seien zur Abwehr der faschistischen Gefahr notwendig gewesen, aufgegeben worden.

Von besonderer Bedeutung für die Funktion des Antifaschismus in moralischer und tagespolitischer Hinsicht war die „antifaschistische Kampfdemonstration“ der SED/PDS am 3. Januar 1990 am sowjetischen Ehrenmal in Treptow, das am 28. Dezember 1989 mit Parolen beschmiert worden war, die von der SED als „neofaschistisch“ bezeichnet und zum Anlaß für eine Solidarisierungsaktion genommen wurden. Ebenfalls am 28. Dezember hatte das FDJ-Organ „Junge Welt“ einen Artikel über „Ursachen des Entstehens, des politischen Wesens und der Ausbreitung rechtsradikaler, neonazistischer Organisationen in der DDR von 1986 bis Oktober 1989“ veröffentlicht. Der Autor berichtete, daß in der Zeit vor der „Wende“ die politische Führung der DDR nicht an einer offenen Erörterung

interessiert gewesen sei. Nunmehr warnte aber nicht nur der in Ost-Berlin tagende „Runde Tisch“ vor „neofaschistischen Tendenzen“ in der DDR, sondern zahlreiche Organisationen schlossen sich der SED/PDS an, so das Komitee der antifaschistischen Widerstandskämpfer, die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft, die ehemaligen Blockparteien mit Ausnahme der CDU, der FDGB, die FDJ, eine neu gegründete linke Gruppe die „Nelken“, ferner spartakistische und trotzkistische Gruppen, die SEW und die SDAJ²⁰⁾.

An der Veranstaltung in Treptow nahmen zwischen 100 000 und 250 000 Demonstranten teil, darunter der damals amtierende Vorsitzende des Staatsrats, Manfred Gerlach, Außenminister Oskar Fischer, der Ost-Berliner Oberbürgermeister Krack und der UdSSR-Botschafter Kotschemassow. In Reden und Parolen wurde gefordert „Nazis raus – kein Drittes Reich“, „Rotfront gegen rechts“, „Schönhuber mit seiner braunen Pest hat bei uns keine Chance“, „Perestroika ja – Nazis nein“. Die Sudeleien, so hieß es, beleidigten und verhöhten die gefallenen sowjetischen Soldaten, die Völker der Sowjetunion sowie alle Antifaschisten. Es dürfe nicht zugelassen werden, daß die engen Bande der Freundschaft durch solche Provokateure zerrissen werden. In der Rede Gregor Gysis hieß es: „Unser Land ist in Gefahr, und zwar von rechts. Wir müssen diese Gefahr bannen, sonst brauchen wir über demokratischen Meinungsstreit und anderes gar nicht erst zu diskutieren. Wie wollen wir denn demokratisch wählen, wenn hier die Neonazis alle Freiräume besetzen.“²¹⁾

Diese eindrucksvolle Kundgebung hatte aber für die Veranstalter ungeahnte und unbeabsichtigte Folgen. Zunächst berührte seltsam, daß die angeblichen „neofaschistischen Schmierereien“ nie zitiert oder im Bilde gezeigt wurden. Sie lauteten: „Besatzer raus“, „Volksgemeinschaft statt Klassenkampf“ und „Nationalismus für ein Europa freier Völker“²²⁾. Von der Tatsache der Sachbeschädigung abgesehen, rechtfertigte die Aussage der Parolen die antifaschistische Emotion nicht. Deshalb kamen sehr bald Vermutungen auf, daß es sich bei dem ganzen Vorgang um eine Manipulation der SED/PDS handele, die sich auf diese Weise moralisch legitimieren wollte und überdies mit Blick auf die Volkskammerwahlen agiere, die damals noch für den 6. Mai 1990 geplant waren. Schon während der Kundgebung wuchs bei zahlreichen Teilnehmern

²⁰⁾ Aufgezählt in Unser Land braucht eine breite Einheitsfront gegen rechts, in: Neues Deutschland vom 4. Januar 1990, S. 1.

²¹⁾ Alle Zitate ebd.

²²⁾ Zit. in Neonazistische Aktivitäten nehmen zu, in: FAZ vom 29. Dezember 1989.

¹⁸⁾ Hans Coppi, Die lebendige Kraft des Antifaschismus, in: Junge Welt vom 22. Februar 1990.

¹⁹⁾ Die Tatsache dieser Lager ist zwar prinzipiell im Westen bekannt gewesen, wurde aber auch dort äußerst zurückhaltend behandelt; vgl. Gerhard Finn, Die politischen Häftlinge der Sowjetzone 1945–1959, Köln 1989 (1. Aufl. 1960). Zur Verdrängung der Lager bei ehemaligen SED-Anhängern vgl. Gerhard Finn, Wieder einmal nichts gewußt. „Vergangenheitsbewältigung“ in Buchenwald, in: Deutschland Archiv, 23 (1990) 8, S. 1251–1259. Eine sehr gute Übersicht gibt Dieter Krüger, Fünfeichen 1945–1948. Briefe Betroffener und Hinterbliebener, Neubrandenburg 1990.

offenbar das Gefühl, für die Zwecke der SED/PDS mißbraucht zu werden²³⁾.

Die SED/PDS glaubte offenbar zu diesem Zeitpunkt, eine günstige Stimmung für sich zu spüren, wenn sie gegen „faschistische Tendenzen“ auftrat. Auch bei den Montagsdemonstrationen in Leipzig hatten sich Anfang Dezember Stimmen gehäuft, die gegen Rechtsextremismus und Wiedervereinigung agitierten²⁴⁾. Als die Demonstration in Treptow zeigte, daß die SED/PDS mit ihren antifaschistischen Appellen durchaus wirksam war, setzten heftige Widerstände ein, die letzten Endes dazu führten, daß der Erfolg sich gegen die Urheber der Demonstration wandte. In der alternativen „Tageszeitung“ (taz) wurde der SED vorgeworfen, durch die Art ihres Vorgehens eine Einigkeit unter DDR-Parteien und -Gruppen geradezu zu verhindern; die Terminologie wie „Kampfdemonstration“, „Einheitsfront gegen rechts“ sei die Sprache von gestern, und der Verdacht liege nahe, es werde ein Spiel mit der Angst getrieben. Der Antifaschismus als Legitimation des realsozialistischen Staates sei ruiniert. Er habe eine Auseinandersetzung mit rechten Tendenzen geradezu verhindert, Antifaschismus als Legitimation im Wahlkampf mache die SED nicht glaubwürdiger, dafür aber den Antifaschismus unglaubwürdig: „Da die Partei nach wie vor ratlos den Scheiterhaufen ihrer stalinistischen Vergangenheit anstarre, ist der Weg gewiß verführerisch, sich um einen sicheren Kern einer unveräußerlichen Identität zu scharen. Antifaschismus als Wagenburgmentalität und Wahlkampf als Abwehrkampf, das wäre der bequemste und fatalste Ausweg aus der unbewältigten Gegenwart der Partei.“²⁵⁾

Bald tauchten Verdächtigungen auf, die Überreste des Staatssicherheitsdienstes hätten die Parolen geschmiert, und die ganze Aktion wurde als Betrugsmanöver und schwerer taktischer Fehler der neuen SED-Spitze gedeutet²⁶⁾. Da die manipulative Absicht beim Vorgehen der SED/PDS ganz offenkundig war, hat der Plan, eine antifaschistische Volksfront zu schaffen, keinen Erfolg gehabt. Von einer Erneuerung des Antifaschismus kann also keine Rede sein.

Zum Mißerfolg der Aktion vom 3. Januar 1990 hat sicherlich auch beigetragen, daß die Verbindungen

²³⁾ Vgl. Monika Zimmermann, Die neuen Töne erinnern wieder an alte Zeiten. Eine Demonstration gegen Faschismus am Treptower Ehrenmal, in: FAZ vom 5. Januar 1990.

²⁴⁾ Vgl. Wolfgang Schneider, Leipziger Demontagebuch, Leipzig-Weimar 1990, S. 140f.

²⁵⁾ Klaus Hartung, Antifaschismus und Wahlkampf. Der bequeme Ausweg der SED, in: taz vom 3. Januar 1990.

²⁶⁾ In diesem Sinne Jürgen Leinemann, Verkrüppelt und gezeichnet, in: Der Spiegel, Nr. 4 vom 22. Januar 1990, S. 76; Betrugsversuch, in: FAZ vom 30. Dezember 1989.

zum gerade überwundenen „Honecker-Sozialismus“ sehr deutlich waren. Im Anschluß an die Demonstration richtete die FDJ-Zeitung „Die Junge Welt“ eine spezielle antifaschistische Seite ein, die vom 4. Januar an jede Woche Plattform einer „breiten antifaschistischen Abwehrfront gegen alle Formen von Neonazismus“ sein sollte. In der ersten Ausgabe findet sich ein ausdrücklicher Appell gegen den Versuch, statt Antifaschismus vom „Antinationalsozialismus“ zu sprechen, da dieser letztlich antisozialistisch sein werde. In Anlehnung an Heinrich Mann heißt es: „Der neue Humanismus wird sozialistisch sein.“²⁷⁾

In der gleichen Ausgabe wird ausgerechnet das Ministerium für Staatssicherheit gerühmt, weil es „neben den vielen negativen Sachen, die über dieses Ministerium an das Tageslicht gekommen sind“ gerade bei der Abwehr der „Nazis“ eine gute Arbeit geleistet habe. Deswegen solle der Teil des Ministeriums bestehen bleiben, der für dieses Gebiet verantwortlich gewesen ist. Denn im früheren MfS habe es auch viele gute, ehrliche Leute gegeben und nicht nur „solche Verbrecher wie Mielke und Konsorten“²⁸⁾. Kein Wunder, daß angesichts solcher Äußerungen den Mitdemonstranten der SED/PDS Bedenken kamen.

Der Versuch der SED/PDS, mit Hilfe antifaschistischer Bündnisse verlorenes Terrain wiederzugewinnen, Macht, Einfluß und Positionen zu sichern, mobilisierte in einem so erheblichen Umfange Gegenkräfte, daß ab Januar 1990 die Entmachtung und Auflösung des Staatssicherheitsdienstes, die Beseitigung personeller SED-Verflechtungen und das Einheitsstreben verstärkt wurden. Insgesamt hat die Aktion gegenüber der ursprünglichen Absicht genau die gegenteilige Wirkung gehabt. Wenn der Antifaschismus dennoch weiter propagiert wurde, mag das als Indiz für den ideologischen Zusammenbruch der SED-Herrschaft gelten, der jetzt der Antifaschismus als kleinster gemeinsamer Nenner blieb. Das kann man dem Gründungsaufruf „zur Gründung einer Organisation der Antifaschisten der DDR“ vom März 1990 entnehmen. Dort heißt es:

²⁷⁾ Roger Reisch, Eine Offensive des Humanismus, in: Junge Welt vom 4. Januar 1990.

²⁸⁾ Wer schützt uns vor Nazis?, in: Junge Welt vom 4. Januar 1990. Im Neuen Deutschland vom 4. Januar 1990, S. 8, wird ausdrücklich bedauert, daß die Ehrenmalschänder noch unbekannt seien, weil die Ermittlungen erheblich erschwert würden, da im ehemaligen Amt für Nationale Sicherheit Erkenntnisse zu verfassungsfeindlichen Organisationen, die grenzüberschreitend wirken (soll wohl heißen: aus Westdeutschland und West-Berlin), versiegelt lagern, jedoch dringend für die Ermittlungen benötigt werden. (Überschrift des Artikels: „Ehrenmalschänder noch unbekannt – nationalistische Plakate aus der BRD gefunden“).

„Heute stehen wir gemeinsam in der großen Verantwortung, die antifaschistischen Werte unserer Gesellschaft entschlossen zu verteidigen und zugleich in den begonnenen Prozeß zur Herstellung der Einheit Deutschlands einen lebendigen und erneuerten Antifaschismus, getragen von einer breiten demokratischen Basis, als aktives Element einzubringen. Mit tiefer Sorge sehen wir aber auch die Gefahren, die sich in unserem Lande zunehmend für den Antifaschismus, Humanismus und die Demokratie auf tun und die sich derzeit vor allem in rechtsextremen, neonazistischen, antisemitischen, revanchistischen, ausländerfeindlichen Erscheinungen, in Verletzungen der Menschenwürde und Intoleranz zeigen.“ Der Aufruf tritt auch für die Rehabilitierung „aller Opfer des Stalinismus“ ein und erstrebt „unabhängig von politischer Ordnung, Konfession, Nationalität und Hautfarbe“ ein „antifaschistisches Vaterland“. Abschließend heißt es „Laßt uns im breitesten antifaschistischen Konsens zusammengehen für die deutsche Volkssouveränität, für uneingeschränkte Menschenrechte und demokratische Freiheiten, für die Rechte der Jugend und der Frauen, für eine antifaschistisch-demokratische und humanistische Bildungsarbeit, für soziale Gerechtigkeit, für die Gleichberechtigung unserer ausländischer Mitbürger, für eine Welt ohne Waffen, für ein friedliches Europäisches Haus und eine umweltfreundliche, auf den Wohlstand gerichtete Zukunft der Menschen.“²⁹⁾

Dieser Gründungsauftritt ist in einer bezeichnenden defensiven Sprache gehalten, enthält keinerlei Anklänge mehr an sozialistische Vorstellungen, ist aber gleichwohl von mobilisierender Kraft, vor allem wegen des Hinweises auf akute „neonazistische“ Gefahren.

Die Bedeutung des Antifaschismus hat auch dadurch abgenommen, daß die Opposition sich dieses Schlagwortes bediente, um sich selbst zu legitimieren, Gegenaktionen der noch an der Macht befindlichen SED zu unterlaufen (die sich ja nicht gut gegen den von ihr selbst propagierten Antifaschismus wenden konnte) sowie insgesamt die SED und die Linken in eine Verteidigungssituation zu drängen, indem diese selbst dem Faschismusverdacht ausgesetzt wurden.

So gelang es noch in der Endphase der DDR einem nicht unmaßgeblichen Repräsentanten des Systems, dem Vorsitzenden der LDPD, Manfred Ger-

²⁹⁾ Aufruf zur Gründung einer Organisation der Antifaschisten der DDR, in: antiFA, (1990) 4, S. 1. Die Gründung des „Bundes der Antifaschisten der DDR – antiFA“ fand am 12. und 13. Mai 1990 in der ehemaligen FDJ-Hochschule am Bogensee statt. Vgl. auch Hans-Joachim Bloch, Aspekte des Antifaschismuskampfes der orthodoxen Kommunisten, in: Bundesminister des Innern (Anm. 1), S. 51.

lach, Mitglied des Staatsrates sowie Justizminister und nach der Wende zeitweilig amtierender Staatsratsvorsitzender, den Antifaschismus sowohl zur Rechtfertigung der Blockbindung seiner Partei an die SED heranzuziehen wie zugleich Selbständigkeitsbestrebungen der Opposition antifaschistisch zu begründen. Mittels des Antifaschismusbegriffs wurden gegensätzliche Bestrebungen mit dem Ziel der Selbstrechtfertigung und Selbstbehauptung zusammengefaßt. In einer Rede zum 40. Jahrestag der DDR stellte er fest: „Antifaschistische Politik war und ist ihrer Bestimmung her demokratische Politik, beruht sie doch auf den Lebensinteressen aller Klassen, Schichten, . . . erinnert sei in dieser Stunde an die Orientierung auf die antifaschistische Umwälzung in Deutschland, die die demokratischen Energien, den Erneuerungswillen und die Bereitschaft zur historischen Wende, die nach der Befreiung vom Faschismus überall im Lande zu verspüren waren und die auch die LDPD auf ihre Weise artikulierte, gleichsam bündelte, ihnen Ziel und Richtung gab.“³⁰⁾

Zur gleichen Zeit diente das Antifaschismusargument Gerlach als Mittel, die SED zur Toleranz zu mahnen. In einer Rede zum 100. Geburtstag von Carl von Ossietzky heißt es: „Was Ossietzky quälte, war die schreckliche Vorstellung, die Republik könne an der gegenseitigen Unduldsamkeit der Antifaschisten unterschiedlicher Weltansicht zugrunde gehen. Was Liberaldemokraten heute mit Sorge erfüllt, ist, daß sich politische Wachsamkeit auch gegen Bürger zu kehren beginnt, die sich, ihrem demokratischen Verständnis von Humanismus, von Da-sein für Mitmenschen folgend, kooperativ an der Gestaltung des Sozialismus beteiligen wollen, aber Gefahr laufen, als Quertreiber ausgegrenzt zu werden. In diesen Fällen melden wir uns zu Wort und sagen: Da wird guter Wille mißdeutet, da werden kritische Gedanken als Ausfluß bürgerlicher Ideologie in die anti-sozialistische Ecke gestellt, da werden zuweilen Tatbereitschaft und Engagement, nur weil sie sich nicht an gewohnte Regeln halten, als oppositioneller Versuch zurückgewiesen, und da wird die Frage, ob Militärparaden genauso wie früher ihren Sinn hätten, kurzer Hand mit Relegation von der erweiterten Oberschule geahndet, die obendrein den Namen Carl von Ossietzkys trägt.“³¹⁾

Hier wird der Antifaschismus benutzt, um Meinungsfreiheit für die sich im September 1989 for-

³⁰⁾ Manfred Gerlach, Standortbestimmung, hrsg. vom Sekretariat des Zentralvorstandes der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands, (Ost-)Berlin 1989, S. 2f. (Rede vom 19. September 1989: „40 Jahre DDR – historische Kontinuität und demokratische Erneuerung“).

³¹⁾ Ebda., S. 12f. (Rede vom 13. September 1989: „Carl von Ossietzky – Demokrat, Märtyrer, Mahner“).

mierende DDR-Opposition zu beanspruchen und sie moralisch zu adeln. Das unausgesprochene Angebot an die SED lautet: „Wir sind doch alle Antifaschisten. Verratet nicht den humanistischen Geist des Antifaschismus, in dem Ihr repressive, also faschistische Methoden anwendet.“

In ähnlicher Weise bedienten sich oppositionelle Kräfte antinationalsozialistischer und antifaschistischer Vorstellungen, offenbar um die SED an Aktionen gegen die Opposition zu hindern. In Leipzig wurde vor Beginn einer regimekritischen Demonstration am 4. September 1989 des Überfalls deutscher Truppen auf Polen und des namenlosen Leids, das damit über unser Nachbarvolk hereinbrach, gedacht³²). Hiergegen konnte die SED nicht gut vorgehen. In einem vom Demokratischen Aufbruch im Oktober 1989 in Ost-Berlin anlässlich einer Demonstration verteilten Flugblatt wird die Verwirklichung aller in der Verfassung garantierten Menschenrechte gefordert, so u. a. das Recht auf Freizügigkeit und auf Meinungsfreiheit mit der ausdrücklichen Einschränkung: „außer wenn damit faschistisches, chauvinistisches und militaristisches Gedankengut propagiert wird“³³).

Der DDR-Schriftsteller Rolf Schneider wandte sich gegen die SED/PDS-Versuche, den Antifaschismus im Januar 1990 zu instrumentalisieren mit der Bemerkung, Neonazis in der DDR seien Fleisch vom Fleisch der alten SED. Viele junge Neonazis kämen aus kommunistischen Funktionärsfamilien. Die SED/PDS sollte die Schuldfrage zuallererst bei sich stellen. „Stattdessen ruft sie pathetisch nach einer ‚Einheitsfront gegen rechts‘ und will das Land ‚nicht zur Heimstatt von Faschisten‘ werden lassen. Sie wirkt darin so glaubwürdig wie der Hitler-Stalin-Pakt. Nun bleibt Antifaschismus einer von den wenigen Begriffen, auf die sich in der DDR fast alle Leute einigen lassen, er läßt darum förmlich ein zur Demagogie.“³⁴)

Die SED/PDS sah sich öfter Angriffen ausgesetzt, in denen sie und ihre Methoden mit nationalsozialistischen Vorgehensweisen verglichen wurden. Selbst wenn es sich hier um polemische Angriffe handelt, war sie doch in eine Defensivposition versetzt, wenn solche elementaren Dinge wie Konzentrationslager vor und nach 1945 miteinander verglichen wurden³⁵). Auf diese Kritik reagiert die SED/PDS und ihre vor allem intellektuelle Anhänger-schaft mit Unsicherheit, teils aggressiv, teils defen-

siv, aber immer mit tagespolitischen, nie mit theoretisch vertieften Argumenten. So wird die Kritik am Antifaschismus selbst oft als tendenziell „faschistisch“ dargestellt. Die Funktion dieser Kritik am Antifaschismus sei es, das antifaschistische Engagement gegen die „Neofaschisten“, insbesondere gegen die Republikaner abzuschwächen³⁶).

Eine andere Methode des Reagierens ist die selbstkritische Distanzierung vom „ritualisierten“ SED-Antifaschismus. Die Schwierigkeiten, die mit dem Antifaschismus nach der „Wende“ entstanden seien, hätten ihre Ursache darin, daß der Antifaschismus zu den ehernen Prinzipien „einer in Veruruf gekommenen Staatspolitik“ gehört habe. Die Zunahme des Rechtsextremismus seit dem Herbst 1989 lege die Frage nach der Wirkung antifaschistischer Erziehung nahe. „Der offizielle Umgang mit dem Antifaschismus in der DDR hatte mehr und mehr stalinistisch geprägte Herrschaftsstrukturen zu legitimieren.“ Wegen des Mißbrauchs des Antifaschismus habe eine umfassende Humanisierung der Gesellschaft in der DDR nicht erreicht werden können. Die Chance, ihn zum Fundament einer politischen Kultur nach 1945 zu machen, sei nicht genutzt worden. „Andersdenkende“, d. h. Nichtsozialisten, seien ausgegrenzt worden. Es wird festgestellt, daß Faschismus und Stalinismus zwar von ihrer Herkunft und Zielsetzung nicht übereinstimmen, aber in einigen Formen der Herrschaftsstrukturen identisch zu sein „scheinen“. Die jetzt publizierten Berichte über die Verfolgung von Walter Janka³⁷) legten vom „Faschismus übernommene Verhaltensweisen offen. Antifaschistische Ideale seien mit falschen Inhalten besetzt worden, so daß man nunmehr vor einem Scherbenhaufen stehe. Andererseits aber sei nicht zu übersehen, daß der Antifaschismus Eingang in die Programmatik der meisten politischen Bewegungen und Parteien nach dem Oktober 1989 gefunden habe. Dieses Bekenntnis habe seine Ursache in der antifaschistischen Identität der DDR. Aktueller Handlungsbedarf bestehe angesichts zunehmender rechtsradikaler und neofaschistischer Erscheinungen. Allerdings bestehe die Schwierigkeit darin, einen Konsens für eine Arbeit zu finden, die (antifaschistische) Gemeinsamkeiten höher stellt und ermöglicht³⁸).

in dem die SED mit dem Nationalsozialismus verglichen wurde. Gregor Gysi habe sich dagegen gewendet, weil die Opfer des Faschismus damit verhöhnt würden. Es gehe offenbar darum, die PDS zu kriminalisieren.

³⁶) Heinz Engelstädter/Otto Seiffert, Die schleichende Gefahr. Europa, die Deutschen, Nationalismus und Neofaschismus, (Ost-)Berlin 1990, S. 59 f.

³⁷) Vgl. Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbek 1989.

³⁸) Vgl. Hans Coppi, Abschied und Neubeginn. Schwierigkeiten mit dem Antifaschismus in der DDR, in: Studien von Zeitfragen, (1990) 3, S. 15 f.

³²) Vgl. W. Schneider (Anm. 24), S. 13.

³³) Flugblatt des Demokratischen Aufbruchs: „Flugblatt für die Demokratie“, Oktober 1989.

³⁴) Rolf Schneider, Tricks und nette Leute, in: Der Spiegel, Nr. 2, 1990, S. 26.

³⁵) Im Neuen Deutschland vom 23. August 1990 („Fünf-Prozent-Klausel war nicht zu verhindern“) wird gegen einen Angriff seitens der DSU in der Volkskammer argumentiert.

Zur Selbstkritik am „ritualisierten“ Antifaschismus gehört der unzutreffende Hinweis, man habe sich in der DDR vor der Wende vom Oktober/November 1989 nicht wissenschaftlich mit dem Problem des Faschismus auseinandergesetzt³⁹⁾. Einer der seltenen Versuche, das Versagen des staatsoffiziellen Antifaschismus analytisch zu klären, besagt, daß die DDR-Gesellschaft undifferenziert harmonisch dargestellt worden sei. Dieses verkürzte und einseitige Geschichtsbild habe eine wirkliche Auseinandersetzung mit dem Faschismus unter dem Aspekt der individuellen Schuld verhindert und die offene Auseinandersetzung mit „neofaschistischen“ Tendenzen ausgeschlossen. Die DDR-Geschichte sei zu undifferenziert als konfliktfreier, stetiger Weg zum Besseren und nicht als widersprüchlicher, opferreicher Entscheidungsprozeß dargestellt worden⁴⁰⁾.

So lautet schließlich das Ergebnis, daß der Antifaschismus an sich zwar gut war, daß aber die Ver-

walter des antifaschistisch-demokratischen Erbes sich als schlecht erwiesen haben⁴¹⁾.

Der Antifaschismus hat auch nach den Erschütterungen durch die „Wende“ seine emotionale Mobilisierungskraft behalten, gerade weil er weniger rational und stärker emotional auftritt. Geschürt wird die Angst vor dem Rechtsextremismus – wirkungsvoll deswegen, weil in der gegenwärtigen Übergangsphase Unsicherheit und Desorientierung zugenommen haben. Für die PDS ist der Antifaschismus eine Art Lebensversicherung, denn es wird schwerfallen, gegen diese Partei vorzugehen, wenn sie vorgibt, gegen den Faschismus zu kämpfen und das Erbe seiner Opfer zu wahren⁴²⁾. Deshalb war es aus dieser Sicht auch durchaus konsequent, daß trotz aller Unsicherheiten des Faschismusverständnisses die Gründung eines „Bundes der Antifaschisten“ Anfang 1990 energisch vorangetrieben wurde.

III. Intellektuelle, die deutsche Einheit und der Antifaschismus

Intellektuellen und Künstlern in Ost und West diente der Antifaschismus als Mittel, die Eigenart der DDR zu erhalten und die Wiedervereinigung zu verhindern. Diese antinationale Zielsetzung war zugleich eine prosozialistische. Das Ziel war, unter Ablehnung des verkürzt und verfälschend als „Stalinismus“ bezeichneten „real existierenden“ Sozialismus eine sozialistische Erneuerung auf humanitärer Basis zu erstreben – eine Möglichkeit, die nur bei Aufrechterhaltung der Eigenstaatlichkeit der DDR gesehen wurde. Die antifaschistisch-demokratische Periode der SBZ bzw. DDR von 1945 bis 1949 wird als positive Zeit, als Aufbruch und Aufbau einer neuen, besseren Ordnung romantisiert. Daß gerade diese Jahre eine Zeit schlimmsten stalinistischen Terrors waren, wird verdrängt. Die Bundesrepublik gilt dem gegenüber als kapitalistisch, als Staat der Bourgeoisie, so daß eine Wiedervereinigung in Form eines „Anschlusses“ an die Bundesrepublik das Ende jeglichen Sozialismus bedeuten würde.

Ende November 1989 veröffentlichten zahlreiche Intellektuelle und Künstler den Aufruf „Für unser Land“, in dem es heißt: „Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen und versuchen, mit allen unseren Kräften und in Zusammenarbeit mit denjenigen Staaten und Interessengruppen, die dazu bereit sind, in unserem Land eine solidarische Gesellschaft zu entwickeln, in der Frieden und soziale Gerechtigkeit, Freiheit des einzelnen, Freizügigkeit aller und die Bewahrung der Umwelt gewährleistet sind. Oder wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen, ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird. Laßt uns den ersten Weg gehen. Noch haben wir die Chance, in gleichberechtigter Nachbarschaft zu allen Staaten Europas eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik zu entwickeln. Noch können wir uns be-

³⁹⁾ Vgl. Frank Fiedler, Offener Brief an meinen Freund, in: antiFA, (1990) 3, S. 1.

⁴⁰⁾ Vgl. „Zur Problematik sozialistischer Perspektiven von Reformen in der DDR“, in: Konferenzreader 1. DDR-weites Arbeitstreffen der Initiative Vereinigte Linke, 25./26. 11. 1989, S. 19. (Der Text stammt vom März 1989 und wurde im Dezember 1989 geringfügig überarbeitet).

⁴¹⁾ Vgl. W. Schneider (Anm. 24), S. 5, 7.

⁴²⁾ Vgl. Manfred Wilke, Statt der Arbeiterklasse die sozialen Bewegungen. Die „Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)“ und ihre Ziele, in: FAZ vom 30. Oktober 1990, S. 14; ders., Aufruf zur Gründung der West-Berliner PDS, in: FAZ vom 4. Juli 1990.

sinnen auf die antifaschistischen und humanistischen Ideale, von denen wir einst ausgegangen sind . . .“⁴³⁾

Dieser Aufruf wurde unterzeichnet von dem damaligen Dresdner Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer (SED), einem oppositionellen Intellektuellen wie Walter Janka, Schriftstellern wie Christa Wolf, Volker Braun, Stefan Heym, dem evangelischen Bischof Demke sowie zahlreichen Künstlern und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Daß auch Egon Krenz, damals noch Chef von Staat und Partei, unterzeichnete, schadete der moralischen Grundlage und Zielsetzung des Aufrufes sehr.

Der Antifaschismus wirkte hier als negative gesamtdeutsche Klammer zwischen DDR-Sozialisten alter und neuer Prägung und westdeutschen Linken, die sich einig waren gegen eine deutsche Einheit, die als kapitalistisch, imperialistisch, großdeutsch und als Triumph über den Sozialismus aufgefaßt wurde. Bei den Leipziger Montagsdemonstrationen, die offiziell am 9. Oktober 1989 begannen — obwohl bereits seit dem 12. September 1989 Demonstrationen stattfanden — tauchten erstmals am 6. November Parolen auf wie „Vom Stalin-Regen in die großdeutsche Traufe“. Den Höhepunkt derartiger Parolen brachte bezeichnenderweise die Demonstration am 4. Dezember 1989, kurz nachdem der Aufruf „Für unser Land“ veröffentlicht worden war. Unter den zahlreichen „antifaschistischen“ und gegen die Wiedervereinigung gerichteten Parolen hieß es: „Für Antifaschismus, Demokratie, Pluralismus!“ — „Wiedervereinigung? Und wo bleibt der aufrechte Gang?“ — „DDR als Bundesland? Wer das will, hat keinen Verstand!“ — „Wir lassen uns nicht von Thyssen küssen!“ — „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch! Wiedervereinigung? Wir wollen kein Viertes Reich!“ — „Jetzt keine Wiedervereinigung, sondern neuen Sozialismus!“⁴⁴⁾ Unter den westdeutschen Intellektuellen haben sich nicht

⁴³⁾ Zitiert nach Monika Zimmermann, Das war kein Sozialismus, sondern Stalinismus, in: FAZ vom 29. November 1989, S. 3. Ganz in diesem Sinne auch Freya Klier, Retten, was zu retten ist, in: Akut (Bonner Studentenzeitung), Nr. 238 vom 8. Dezember 1989, S. 9f.

⁴⁴⁾ Die Parolen sind dokumentiert im Demontagebuch (Anm. 24), S. 90 (6. 11. 1989), S. 104 (13. 11. 1989), S. 119 (20. 11. 1989), S. 128f. (27. 11. 1989). Den Höhepunkt der Parolen brachte die Montagsdemonstration am 4. Dezember 1989 (S. 140f.). Vom 11. Dezember an (S. 153) flauten die antifaschistischen und gegen die Wiedervereinigung gerichteten Parolen ab, zugleich nahmen die für die Wiedervereinigung eintretenden Parolen stark zu. Die Entwicklung ging von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“.

wenige — von denen besonders Günter Grass hervorzuheben ist — mit antifaschistischen Argumenten gegen die Einheit der Nation ausgesprochen. Die Belastungen durch die nationalsozialistische Vergangenheit, die Ängste der Nachbarn würden den Verzicht auf ein einheitliches Deutschland verlangen, das oft als Großdeutschland oder als „Viertes Reich“ bezeichnet wird⁴⁵⁾.

Mit der Erhaltung der DDR sollte der Sozialismus gerettet werden, der, in seiner bisher „real existierenden“ Form gescheitert, nunmehr als Utopie präsentiert wird. Es soll ein humanitärer Sozialismus sein, der allerdings durch die deutsche Einheit gefährdet werde, da Herstellung der Einheit Übergreifen des Kapitalismus auch auf die bisherige DDR bedeute.

Gerade hier ist die enge Verknüpfung von Sozialismus und Antifaschismus deutlich zu erkennen. Das wird selbst in einer verhältnismäßig abwägenden Stellungnahme deutlich: „Natürlich, wer die deutsche Einheit lauthals fordert, ist nicht deshalb ein Neonazi. Wer Kommunisten nicht mag oder keine(n) Farbige(n) heiraten will, ist darum kein Neofaschist. Antifaschisten denken so nicht . . . Antifaschismus ist mehr als Geschichtsaufarbeitung und Heldenverehrung — es ist der offensive Streit mit reaktionären, demokratiefeindlichen Positionen.“⁴⁶⁾

Stefan Heym vertritt die Ansicht, die Einheit werde negative psychische Folgen haben, sie werde eine Unsicherheit im Volke hervorrufen, die dazu führe, daß neue Feinde — Juden, Kommunisten, Fremde — gesucht werden⁴⁷⁾. Auf diese Weise wird das alte System moralisch gerechtfertigt nach dem Motto: Es war zwar fehlerhaft, aber das eine muß man ihm lassen — es war wenigstens konsequent antifaschistisch.

⁴⁵⁾ Über ein Streitgespräch zwischen Rudolf Augstein und Günter Grass wird berichtet in: Von Zügen und Gleisen, in: FAZ vom 16. Februar 1990. Siehe auch Jens Jessen, Leichtfertig. Günter Grass über Auschwitz, in: FAZ vom 15. Februar 1990; Zum „Vierten Reich“: Wo ist vorne, wo ist hinten?, in: FAZ vom 27. November 1990. Eine Zusammenfassung bei Oskar Fehrenbach, Das Trauma. Zur Rolle der linken Intelligenz: Einheit und Nation auf dem Opferaltar der Schuld, in: Die politische Meinung, Nr. 253, November/Dezember 1990, S. 63—68.

⁴⁶⁾ Frank Schumann, Was ist Neofaschismus? Mehr als nur Hakenkreuze und Gewalt, in: Junge Welt vom 11. Januar 1990, S. 3.

⁴⁷⁾ Vgl. Stefan Heym, Auf Sand gebaut. Sieben Geschichten aus der unmittelbaren Vergangenheit, München 1990.

IV. Funktion und Bedeutung des Antifaschismus nach der Wiedervereinigung

Die Ereignisse des Jahres 1990 haben das Selbstverständnis der Antifaschisten in Ost und West wie auch Ziel und Funktion des Antifaschismus beeinflusst. Es ist sogar die Frage angebracht, ob die Wiedervereinigung zum Ende des Antifaschismus geführt habe. Sicher hat sie eine andere Qualität bewirkt. Seit dem Ende der DDR bezieht sich die „Bewältigung der Vergangenheit“ nicht mehr ausschließlich auf das totalitäre System des Nationalsozialismus, sondern auch auf die Herrschaft der SED.

Gesamtdeutsch ist immerhin das Bestreben, antifaschistische Aktionen mit dem in der Tat seit der „Wende“ zunehmenden Rechtsextremismus zu rechtfertigen. Zwar haben die Wahlergebnisse der vier Wahlen (Volkskammer, Kommunalwahl, Landtagswahlen und Bundestagswahl) in der ehemaligen DDR sowie die verschiedenen Wahlen in der Bundesrepublik gezeigt, daß das Wählerpotential der Rechtsextremen gering ist, aktionistische Gruppen, insbesondere Jugendliche, sind aber verstärkt hervorgetreten. Die Aufmerksamkeit auf diese Erscheinungen zu lenken und aus ihnen Daseinsberechtigung abzuleiten, ist das Bestreben „antifaschistischer“ Organisationen in allen Teilen Deutschlands. Unter dem Vorwand eines notwendigen Selbstschutzes gegen den „Faschismus“ wird das staatliche Gewaltmonopol ausgehöhlt. Die „Antifaschisten“ konzentrieren sich dabei auf aktuelle Erscheinungen – Schmierereien, Schlägereien durch Skinheads und ähnliches –, die der Mobilisierung der eigenen Anhänger dienen. Eine theoretische Vertiefung und Analyse unterbleibt in der Regel. Würde sie nämlich vorgenommen, käme an den Tag, daß die Rechtsextremen weniger über eine bestimmte Ideologie verfügen, sondern daß es sich vielmehr weitgehend um Äußerungen von Frustration und Enttäuschung, um soziale und politische Orientierungslosigkeit handelt. Diese Theorielosigkeit ermöglicht gerade das Aufbauschen der Gefahr; Ansätze sozialwissenschaftlicher Analyse kommen zumeist zu gelassenen Einschätzungen⁴⁸⁾. Schließlich dient der Antifaschismus der Suche nach Bündnispartnern, insbesondere „Unverdächtigen“ oder „Seriösen“ wie z. B. Christen⁴⁹⁾.

Die Auffassung, der Antifaschismus sei in Deutschland nach 1945 eine Fundamentalnorm gewor-

den⁵⁰⁾, muß revidiert werden. Fundamental ist vielmehr der Wertewandel – fort von harten, asketischen, Opfer und Verzicht fordernden Werten hin zu hedonistischen, auf Selbstverwirklichung gerichteten Vorstellungen. In diesem Zusammenhang gilt der „Faschismus“ als Symbol für alles Harte, Kriegerische, Opfer bis hin zum Leben Verlangende. Hier liegt der entscheidende Grund, der gegen einen Erfolg des Rechtsextremismus spricht. Zwar bewirken Frustration, Suche nach Daseinssinn, Enttäuschungen und Desorientierungen rechtsextreme Verhaltensweisen; von der Möglichkeit der Wirklichkeitsgestaltung, der politischen Macht bleiben die Rechtsextremen aber weit entfernt. Der phrasenhafte Gebrauch des Antifaschismus wird trotz der hier festgestellten Krise dieses Begriffs jedoch Bedeutung behalten, da er für Begründungen politischer Aktionen nützlich bleibt⁵¹⁾.

Der Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ hat dem von der DDR propagierten Antifaschismus einen schweren Schlag versetzt, weil sozialistische Theorien und die Kompetenz des Marxismus zur Gesellschaftsdeutung erschüttert wurden. Deshalb spielen marxistische Faschismuserklärungen so gut wie keine Rolle mehr. Als Phrase, als Instrument politischer Mobilisierung und Wirkfaktor emotionaler Art wird er jedoch seine Bedeutung beibehalten. Diese Aussage gilt für die Gegenwart. Da die prognostische Kompetenz der Sozialwissenschaften gering ist, soll hier nur mit aller Vorsicht angedeutet werden, daß rechtsextreme Tendenzen – beispielsweise bewirkt durch soziale Probleme oder aufgrund von ethnischen Spannungen durch Zuwanderer aus der Dritten Welt – auch in Zukunft „antifaschistische“ Kampagnen ermöglichen werden. Gerade deswegen ist es aber heute und auch in Zukunft notwendig, Ursachen und Anspruch des „Antifaschismus“ kritisch zu untersuchen.

Den Versuchen, die wehrhafte Demokratie als „faschistisch“ zu diffamieren, kann nur durch einen kämpferischen Antitotalitarismus begegnet werden. In seiner propagandistischen Einseitigkeit hat der Antifaschismus der Rechtfertigung der totalitären SED-Herrschaft gedient. Diesen Mißbrauch gilt es zu entlarven, da die Demokratie nur als antitotalitäre Idee den Anfechtungen auf die Dauer widerstehen können.

⁴⁸⁾ Vgl. Benno Fischer, DDR-Rechtsextremismus als Vorboten der Systemkrise, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, (1990) 4, S. 332–338. Siehe auch Ulrich Heublein (Leipzig)/Rainer Brämer (Marburg), Studenten im Abseits der Vereinigung. Erste Befunde zur politischen Identität von Studierenden im deutsch-deutschen Umbruch, in: Deutschland Archiv, (1990) 9, S. 1397 ff., bes. S. 1401.

⁴⁹⁾ Vgl. den Artikel „Antifaschismus – wie weiter?“, in: Antifa, (1990) 3, S. 2.

⁵⁰⁾ In diesem Sinne Hans-Helmuth Knütter, Antifaschismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, in: Manfred Funke u. a. (Hrsg.), Demokratie und Diktatur, Düsseldorf 1987, S. 365 (auch: Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 250).

⁵¹⁾ Zahlreiche Belege finden sich in den vier Aufsätzen des Sammelbandes: Hans-Helmuth Knütter (Hrsg.), Kritik des Antifaschismus, Bornheim 1990 (Studien und Berichte aus dem Seminar für Politische Wissenschaft der Universität Bonn, Nr. 2).

Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozeß

Zuvor einige persönliche Bemerkungen, die jedoch mit dem Thema sachlich verbunden sind: Ich habe drei Jahrzehnte im naturwissenschaftlichen Forschungssystem der DDR gearbeitet; zunächst an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena, später an der Akademie der Wissenschaften in Berlin-Buch (Zentralinstitut für Molekularbiologie), jedoch nur in unteren und mittleren Funktionen; ich habe es im übrigen ‚bis an die Decke‘ gebracht, die man in politischer Distanz und ohne Parteizugehörigkeit äußerstenfalls erreichen konnte,

nämlich Leiter einer Abteilung von acht bis zehn wissenschaftlichen Mitarbeitern zu werden. Ich hatte dann seit Anfang der achtziger Jahre politisch motivierte Konflikte und konnte seither nur als einfacher wissenschaftlicher Mitarbeiter dabei sein. Eine besondere Erfahrung für mich war, daß ich zweimal für mehrere Jahre zu Arbeitsaufenthalten in die Sowjetunion geschickt worden bin. Dies gehört zu den prägenden Ereignissen meiner wissenschaftlichen und persönlichen Entwicklung.

I.

Die Naturwissenschaften, insbesondere auch die mir nahestehenden Disziplinen Genetik und Molekularbiologie, haben sehr zwiespältige Wertschätzung in der Praxis des ideologischen Systems des Sozialismus (des dialektischen Materialismus) erfahren. Sie genossen einerseits unverhohlene Hochachtung, weil sie sich mit der Erforschung und Beherrschung der Materie befaßten, deren Erscheinungsformen und Eigenschaften sich nichts von der Ideologie vorschreiben ließen und daher von Parteitagebeschlüssen und Zentralkomiteedekreten unbeeinflußbar waren.

Andererseits blieben die Naturwissenschaften in ihren Arbeitsergebnissen einigermaßen invariant oder neutral gegen die alles beherrschenden politischen Entscheidungen. Für die Politiker waren die Naturwissenschaftler deshalb nützliche, in ihrem störrischen Beharren auf ihren Idealen und Kriterien lästige Esel. Ihre Arbeit war allenfalls von langfristiger, nicht von aktueller Wichtigkeit. Für eine gewisse Zeit konnte daher die Politik die Naturwissenschaftler mit inhaltlichen Anordnungen — die Materie habe sich so und so zu verhalten — malträtiert, ohne daß die Folgen einen sofortigen Korrekturzwang bedeuteten hätten. Eine direkte Politikrelevanz hatten nur die Natur- und technischen Wissenschaften des militärischen Bereichs, etwa die Kernphysik. Entsprechend war ihre Sonderstellung.

Den Vertretern der Wissenschaft ging es ähnlich wie ihren Fächern. Sie waren zu politischem Verhalten gezwungen, obwohl ihre Tätigkeit mit Politik nur wenig zu tun hatte. Sie hatten den steten Loyalitätskonflikt auszutragen zwischen den Regeln und Tatsachen ihres Faches und den Verhaltensweisen und Pflichten in der Gesellschaft und in der Politik. Der Konflikt begann in der Ausbildung, wo man lernte, manche Defekte der fachlichen Erziehung zu ertragen und verdrießlich das notwendige Pensum an Gesellschaftswissenschaft einzupauken. Schon im Studium entschied über den zukünftigen Einsatzort und die Entwicklungsmöglichkeiten neben und oft vor den fachlichen Leistungen das politische Engagement. Da ein vordergründiges politisches Bekenntnis dem naturwissenschaftlichen Beruf gegenüber wesensfremd ist, erzeugte diese Verschränkung die Einteilung der Naturwissenschaftler in zwei Kategorien: Solche mit glatter Anpassung an die Laufbahnerfordernisse und solche mit glatter Anpassung an eine zurückgezogene, oft subalterne Lebens- und Arbeitsweise. In die Alltagssprache übersetzt: Die einen machten mit, um es als Wissenschaftler so weit wie möglich zu bringen (mit ihren kreativen Leistungen ebenso wie in ihrer Karriere), die anderen, um so weit wie möglich unbehelligt vor sich hinwerkeln zu können.

II.

Die eigentlich stalinistische Periode war in der Sowjetunion durch direkte politische Kommandos an die Naturwissenschaftler gekennzeichnet. Das Land war in einer Nachholperiode, und so ließ sich der Kommandostil einigermaßen rational erklären. Die sozialistische Gesellschaft hatte sozusagen das Investitionsvorhaben „Industrialisierung“ angekauft und verlangte von Naturwissenschaft und Technik nicht neue Erfindungen und Entdeckungen, sondern die Anwendung vorhandenen Wissens und die Meisterung importierter Technik.

Es ist erstaunlich und nach meiner Überzeugung nur durch das Trägheitsmoment historischer Traditionen zu erklären, daß das begabte russische Volk sogar unter diesen kreativitätsfeindlichen Bedingungen noch große Leistungen hervorgebracht hat. Hier hat die Akademie der Wissenschaften der UdSSR, deren Teufelspakt mit dem neuen System ihr das Überleben in den Wirren der Revolution und Nachrevolution ermöglichte, die Hauptleistung vollbracht. Es gelang ihr, für sich gewisse Freiräume zu bewahren und die Leistungskriterien der Gelehrtenrepublik weitgehend zu verteidigen. Als Eliteeinrichtung, die einen wesentlichen Anteil des nationalen Konsums beanspruchte, konnte sie im Bündnis mit dem ubiquitären (und ebenfalls traditionsreichen) Schlendrian wenigstens Oasen wissenschaftlicher Kreativität erhalten in der Wüste des gesellschaftlichen Niederganges, der heute als „Zeit der Stagnation“ bezeichnet wird.

Der zu zahlende Preis und die moralische Belastung waren und sind hoch. Zu den Belastungen gehört die Mißachtung der Entwicklung der Wissenschaften in den nicht-zentralen Gebieten Rußlands und in den nicht-russischen Republiken. Außerdem die Zugehörigkeit zur Herrschaftselite, die sie zum konservativen Gesellschaftsfaktor werden ließ und die sich zweifellos nachteilig in den kommenden Wirren auswirken wird.

In der DDR wirkte die eigentliche stalinistische Phase nur für ein Jahrzehnt und später nur noch mit ihren Ausläufern. Wir waren vor allem das Opfer der nachstalinistischen bürokratisch-administrativen Periode der Wissenschaftspolitik. Sie war da-

durch gekennzeichnet, daß nicht mehr direkte Eingriffe in die Inhalte und Thesen der Wissenschaften vorgenommen wurden, sondern unsere Gelehrten-Teilrepublik in eine drückende, staubige Abhängigkeit von der Büroherrschaft kam. Herrschaftswissen trat immer mehr neben und oft vor das Fachwissen. Ein Institutsdirektor, der nicht über Partei- und ZK-Kanäle darüber orientiert wurde, „wie der Hase läuft“, wurde mehr und mehr zum altmodischen Kauz, der nichts mehr beeinflussen und entscheiden konnte und bestenfalls als Aushängeschild taugte, wenn er Reputation hatte. Der Tendenz nach mußte der junge Wissenschaftler, wenn er über seinen Fachkirchturm hinauswachsen wollte, zu einem sehr frühen Zeitpunkt konsequent den Parteieintritt oder vergleichbar verpflichtende Bekennnisse wählen.

In der Praxis wirkte sich das als eine eigenartige Tributpflicht aus. Ich kenne einen begabten Wissenschaftler, der als Gegenleistung für ein halbes Jahr Arbeit in Straßburg (über ein Wissenschaftsabkommen) mehrere Jahre in unserer „Leitungsbaracke“ zubringen mußte und dort in der Wissenschaftsbürokratie schmorte. Abends um fünf Uhr kämpfte er sich dann in sein Labor durch, und wissenschaftliche Zeitschriften las er beim Mittagessen. Ein anderer hockte monatelang im wissenschaftlichen Sekretariat über Forschungspapieren und durfte dafür für ein halbes Jahr nach London in ein bekanntes College.

Eine wichtige Karriereleiter war die Stellung des nicht hauptamtlichen Parteisekretärs in den kleinen und mittleren Forschungsinstituten. Eine solche Position war einflußreich, aber sehr unbequem, auch für den politisch „überzeugten“ Wissenschaftler. Er wurde im Konfliktfall zum Transmissionsriemen der eigentlichen Parteibürokratie, hatte Entscheidungen ohne private Rücksichten „durchzustellen“ und konnte dabei in erhebliche Konflikte kommen. Außerdem bedeutete das Anwesenheitspflicht bei allen wichtigen und unwichtigen Beratungen, Kumpanei bei den nächdienstlichen Zusammenkünften und den jahrelangen Ausstieg aus wirklich intensiver Forschungsarbeit. Es war Frondienst als „Aufseher“.

III.

Das Karrieresystem der DDR-Naturwissenschaft war politisch dominiert, aber fachlich verbrämt. Es kam vor, daß mittelmäßige Wissenschaftler einen steilen Aufstieg in die höchsten Etagen nahmen,

weil sie genug bürokratische Geschmeidigkeit aufbrachten. Andere behielten die Begeisterung ihrer jungen Jahre für ihr Fach und litten unter den Deprivationen des Aufstiegs, der aber Ruhm und Ehre

einbrachte und für internationale Verbindungen unabdingbar war. Oberhalb eines gewissen „ceilings“ (Bereichsleiter, Institutsdirektor) wurde der Wissenschaftler zum „Nomenklaturkader“ und konnte sich seinen eigentlichen Beruf im besten Fall noch als Hobby leisten.

Ich möchte hier einschieben, daß mir bekannt ist, wie stark auch das westliche Wissenschaftssystem durch Beziehungsgeflechte und Bürokratie verfremdet ist. Ich weiß auch um die Gefahr eines „unpolitischen“ Wissenschaftsbereiches, wenn es um die Auswirkungen der Forschung auf die Gesellschaft und auf die Natur geht. Jedoch ist die absolute Herrschaft politischer Leistungskriterien im Karrieresystem von verheerender Wirkung auf das Niveau der Forschungsergebnisse selbst: Sie bedeutet einen nahezu unaufholbaren Auslesevorteil für mittelmäßige, „fleißige“, nach Vorgabeplan ablaufende Forschung. Sie programmiert eine Wissenschaft der Jahres- und Fünfjahresplanerfüllung, der vorhersehbaren und damit nicht kreativen Leistungen.

Mit dem Karrieresystem verfilzt war das Privilegiensystem. Soweit mir bekannt ist, hatten die Naturwissenschaftler nur beschränkte Privilegien. Es war aber so, daß die Arbeitsmittel zum Privileg wurden und Information zum Privateigentum. Auch hier weiß ich, daß es im Westen ähnliche Tendenzen zu privilegierter Ausstattung und Information gibt. Ihre gefährlichen Auswirkungen bei „Vervollkommnung“ kann man bei uns studieren.

„Reisekader“ war ein besonderer Status, den man nur bei zuverlässigem Wohlverhalten erwerben konnte. Nach eingehender Personalüberprüfung, an der auch das Ministerium für Staatssicherheit verdeckt beteiligt war, erhielt man so das Recht, ins Ausland zu Kongressen usw. zu fahren. Das Recht wohlgemerkt; ob eine Reise zustande kam, hing immer noch von tausend Imponderabilien ab, zum Beispiel Finanzen, „wissenschaftspolitischen“ Entscheidungen (West-Berlin war z. B. weitgehend tabu, Israel nahezu völlig), der Ticket- und Visabürokratie u. a. Visa durfte z. B. nur die zentrale Dienststelle beantragen, deren Personal am Zustandekommen absolut uninteressiert war (außer wenn es sich um einen mächtigen Chef handelte), und häufig genug scheiterte eine Reise, weil das Visum so spät beantragt war, daß es erst nach dem Kongreß eintraf.

Der objektiv wissenschaftsfeindliche Charakter der Reisekaderregelungen zeigte sich am schlagendsten in der Bestimmung, daß man älter als 26 Jahre sein mußte, um den Status zu erlangen! In manchen Fächern hat man schon einen wesentlichen Anteil

seiner kreativen Phase hinter sich, wenn man dieses Alter erreicht hat.

Kein Reisekader zu sein bedeutete, vom neuesten Stand und von informellen Kenntnissen ausgeschlossen zu sein. Ich habe diesen Mangelzustand schmerzhaft durchlebt und schlußfolgerte aus meiner und vieler Kollegen Erfahrung, daß es in den modernen Naturwissenschaften mit hoher Wahrscheinlichkeit unmöglich ist, vorzügliche Leistungen zu erreichen, wenn man nicht internationale Wissenschaftskontakte wahrnehmen kann.

Umgekehrt vermittelte der Reisekaderstatus Herrschaftswissen und langfristige persönliche Beziehungen. Der aufstrebende Wissenschaftler konnte (nicht immer!) in internationale Spitzeninstitute im Ausland geschickt werden und dort fachliches Know-how und persönliche Bindungen erwerben. Für viele von ihnen hat sich das heute in Startkapital verwandelt: Sie kennen ihre Evaluatoren, haben hinreichend auffallende Publikationen als Autor und Teilautor in guten Zeitschriften, einen guten Ruf in internationalen Kreisen und damit große Vorteile gegenüber denen, die schon früher unbekannt bleiben mußten und auch heute nur schwerlich eine Chance haben, den Aufstieg zu schaffen. Das Zwiespältige an dieser Situation ist, daß dieses Auslesekriterium nunmehr objektiv gerechtfertigt zu sein scheint. Es ist wirkliches Kapital, nicht nur bürokratische Macht, die den Ausschlag gibt, und es wurde vom Einzelnen hart erarbeitet. Die Ungerechtigkeit liegt nicht darin, daß der einzelne die Chancen hatte, sondern daß sie den anderen verwehrt war.

Zum Ausgleich der Chancen darf man jetzt nicht in die wohlbekannte sozialistische Uravnilovka („Gleichmacherei“) verfallen und denen die weitere Entwicklung sperren, die einige Chancen hatten. Vielmehr muß man die Zukurzgekommenen aufholen lassen. Ich möchte aus dieser Sicht die vom Wissenschaftsrat vorgeschlagenen speziellen Förderungsmaßnahmen junger Wissenschaftler (Gastaufenthalte, Installierung informeller Forschungsgruppen usw.) viermal unterstreichen; dazu auch die Klammeranfügung „und in der Vergangenheit benachteiligte Wissenschaftler“. Fördermaßnahmen sollten so ausgelegt sein, daß sie zur Rückkehr in die Heimat „DDR“ anregen, obwohl man so etwas natürlich nicht administrativ erzwingen kann.

In der Spätphase der DDR kam es noch zu einer Art inneren Reisekaderstatus, nämlich zum Status des „Geheimnisträgers“. Nur sorgfältig ausgewählte und sicherheitsüberprüfte Mitarbeiter durften Kenntnis und Einsicht von Verschlusssachen und „vergegenständlichten Geheimnissen“ erhal-

ten. In den letzten Jahren war dieses System so weit vervollkommen, daß man ohne diesen Status keine Forschungspläne, Planstellenaufstellungen, Investitionsvorhaben, langfristige Projekte mehr zu Gesicht bekam, geschweige denn darauf einwirken konnte. Das führte zur Entfremdung des am Gegenstand arbeitenden Wissenschaftlers gegenüber den gesellschaftlichen Verflechtungen seiner Ar-

beit. Er konnte nicht mehr verstehen, warum gewisse Vorhaben eingestellt und andere begonnen wurden und konnte sich mit seinen Ideen und Fragestellungen nur nach vollzogenen Beschlüssen darauf einstellen. Hartnäckiger Widerstand gegen Themenänderungen waren dann oft die Folge, auch dann, wenn solche Veranlassungen objektiv gerechtfertigt waren.

IV.

Reisekaderstatus, Geheimnisträgerschaft und ähnliche bürokratisch definierte Qualifikationen hatten nach meiner Meinung in der späten Phase der DDR das Kennzeichen der Parteizugehörigkeit als Adelstitel für Herrschaftsbefähigung ergänzt und vervollständigt. Hatte die Parteimitgliedschaft für manchen vielleicht noch ein ethisches Moment, nämlich das Einstehen für die Vision einer gerechten Gesellschaft (was sich allerdings angesichts der harten Realität zunehmend verflüchtigte), so verlangten die vorher genannten Titel nur noch zuverlässiges Funktionieren. Man mußte zum Beispiel zusichern, seine privaten und dienstlich-freundschaftlichen Kontakte zum Westen unter Genehmigungspflicht zu stellen. Man hatte nach jeder Westreise einen ausführlichen Bericht über alle Begegnungen und ihre Umstände zu geben. Ich kenne diese Berichte nur aus Erzählungen von Kollegen. Sie verlangten zahlreiche Details und wurden zum Teil auf Datenerfassungsbögen kodiert und mithin vermutlich geheimdienstlich gespeichert und verwertet. Außerdem weiß ich, daß nach gewissen Mitteilungen ohne Wissen der vorgesetzten Stelle durch das Ministerium für Staatssicherheit Kontakt aufgenommen wurde zwecks genauerer Berichterstattung und gegebenenfalls späterer Anwerbung des Berichtenden oder von Personen, die durch die Berichte interessant geworden waren.

Beides, Reisekaderstatus und Geheimnisträgerschaft, waren Einstiegsschienen und Druckmittel für die Zusammenarbeit mit der „Sicherheit“. Nur Personen mit eisernen Grundsätzen und festem Charakter werden diesem Druck widerstanden haben. Ich weiß, daß viele sehr unter den Verstrickungen gelitten haben, und appelliere an die Milde des Urteils von außen. Es war schwer, die nach einem sorgfältig bedachten Einschleichsystem gestaffelten kleinen und wachsenden Liebesdienste an einem bestimmten Punkt zu verweigern, wenn der Lebensplan und der berufliche Jugendtraum daran hingen.

Andererseits haben die vielen kleinen und großen Kompromisse die ethische Basis unserer Berufung ausgehöhlt und das Versagen auch der Naturwissenschaft vor dem System verursacht. Wir waren als „Intelligenz“ relativ zur handarbeitenden Bevölkerung privilegiert, und wir haben uns durch diese kleinen, billigen Privilegien vom Widerstand abhalten lassen und die Solidarität unter uns versäumt. Das Schandmal unseres Versagens ist der Fall Robert Havemann. Niemals hätten wir zulassen dürfen, daß dieser Naturwissenschaftler wegen seiner politischen Überzeugungen von Lehrstuhl und Leitungsfunktionen, aus der Akademiemitgliedschaft und schließlich noch aus seinem Labor vertrieben wurde und isoliert von der Gesellschaft seine letzten kranken Tage verbringen mußte!

V.

Es gibt noch andere Erbmale des Versagens der Naturwissenschaften im östlichen Teil Deutschlands. Auch sie sind so schwerwiegend wie die moralischen Schwächen.

Wir haben aus einer Haltung des „Ich kann ja doch nichts ändern!“ zugelassen, daß die Gesellschaft und speziell die Wirtschaft immer tiefer in die Innovationskrise und die ökologische Krise geriet. Wir Biologen und Mediziner haben zum Beispiel wider-

standslos akzeptiert, daß die verheerenden Kennziffern der ökologischen Misere verschleiert, verschwiegen oder mit geschlossenen Augen gar nicht erhoben wurden. Wir wußten aus den Veröffentlichungen der internationalen Wissenschaft über die anwachsenden globalen Gefahren für Luft, Wasser, Boden, Ernährung und Gesundheit und haben die Vogel-Strauß-Politik der Geheimniskrämerei zum Teil mitgetragen, zum Teil geduldet, zum Teil zugelassen.

Nur wenige in leitenden Stellungen haben hier Widerstand geleistet, und das nur hinter verschlossenen Türen und in Gestalt von Petitionen vor dem absoluten Herrscher. Ein Augenbrauenrunzeln des KreisparteiSekretärs der Akademie brachte sie zum Schweigen. Daß die Ausstattung mit Forschungsmitteln unzureichend war, wurde immer wieder angemerkt, allerdings durch demütige Kratzfüße abgeschwächt. Daß das ganze Land in eine Katastrophe geriet, das haben wir als Stand mitzuverantworten. Wir wußten um die ominösen Vorzeichen, und wir wußten auch genau, in welcher Form damit umzugehen wäre: Zumindest eine wissenschaftlich exakte Bestandsaufnahme war notwendig, wurde aber unterdrückt.

Ich muß auch auf unser Versagen vor der Jugend eingehen. Ich selbst habe mich der Verantwortung entzogen, als sich die völlige politische Gleichschaltung der Universitäten Ende der sechziger Jahre abzeichnete. Ich bin zur Akademie gegangen, um nicht in Gewissenskonflikte zu kommen. Die Akademie der Wissenschaften war viele Jahre lang ein Rückzugsfeld für unbequeme Wissenschaftler oder Wissenschaftler mit politischen Skrupeln. Ich wollte als Person überleben und habe das kleinere Übel gewählt. Ich habe da nichts Unrechtes getan, aber Tausende solcher Ausweichmanöver zusammen haben die Verantwortungsflucht der ganzen Gesellschaft ergeben. Im Bereich der Universität hat es dazu geführt, daß der akademischen Jugend

ein angepaßtes Verhalten vorgelebt wurde: Der Assistent, der die politischen Pflichtübungen absolvierte; der Dozent, der schweren Herzens den Einsatz im Zivilverteidigungslager befehligte (und seine Skrupel auch durchblicken ließ); der Professor, der salbungsvolle politische Kottaus verlas — alle im Bestreben, wenigstens einen letzten Rest an Bewegungsfreiheit für die Wissenschaft zu retten (von den persönlichen Ambitionen einmal abgesehen).

Wir alle haben unserer geliebten Wissenschaft über den Winter geholfen, haben aber an der Verlängerung des Winters mitgewirkt. Der Jugend wurde ein sichtbares, aber zweifelhaftes Vorbild geboten, und der Verfallsprozeß dauerte zu lange — wir dürfen uns nicht wundern über das Ergebnis, mit dem wir jetzt dastehen, nämlich einer Wissenschaft, die so mittelmäßig ist, daß ihre Zerschlagung offenbar von vielen für das kleinere Übel gegenüber einer Reform gehalten wird. In einem höheren Sinne wird Verramschen für billiger gehalten als Sanieren. Nicht nur im Westen, von wo arrogante Töne zu uns dringen. Auch bei uns — in Regierung, Parlament und Öffentlichkeit — ist das Prestige der Forschung und Wissenschaft, auch der Naturwissenschaft, der Universitäten und der Akademien gesunken, und es hat keinen Sinn, daß wir uns empören und uns für ungerecht behandelt erklären. Wir waren Opfer und Täter, Mitverursacher und Betroffene unserer Krise, und das müssen wir offen aussprechen.

VI.

Ich komme zur Einschätzung des Leistungsstandes unserer Naturwissenschaft. Vorher aber noch einige Worte zum früheren Mittelvergabe- und Bewertungssystem der Forschung. Im Prinzip hatten wir ein modernes Grantsystem. Die Anträge und Begründungen lesen sich nicht prinzipiell anders als bei der DFG oder bei ausländischen Geldgebern. Anträge und Berichte sind eine mißliche Sache, weil sie im Grunde keine eigentlichen wissenschaftlichen Aktivitäten sind. Sie sind der gewaltigen Breitenentwicklung der wissenschaftlichen Forschung geschuldet, die wir doch sonst als Fortschritt feiern. In früheren Jahrhunderten brachte man Anträge vor Herrschern oder Mäzenen bei Hof oder im Salon mündlich vor, verband das mit geselliger Causerie. Es ist fraglich, ob das immer angenehmer war als der heutige Papierkrieg. Und für Berichte haben wir die Form der wissenschaftlichen Mitteilung, Originalpublikationen usw., so daß jede Bürokratie auch hier ein Notbehelf ist, damit die über die Bestätigung oder Neuvergabe Entscheidenden

nicht noch inhaltliche Tiefenstudien auf einem Gebiet außerhalb ihrer präzisen Kompetenz treiben müssen.

Der Hauptnachteil unseres Systems war, daß das Vergaberecht weitgehend mit der administrativen Struktur zusammenfiel. Gegen die Leitung bekam man kein Thema durch, und ein Thema, das nicht mehr genehm war, hatte alle Mühe, sich über Wasser zu halten. Weiterhin war ein Kardinalübel, daß nur formal über Mittel, Geräte, Planstellen, Literatur usw. verhandelt wurde. Der wissenschaftlichen Forschung wurde ein völlig unpassendes System von Jahresplänen und Fünfjahresplänen aufgeprägt (daß es auch in der Wirtschaft nicht funktionierte, steht auf einem anderen Blatt).

Das Entwürdigendste waren die Berichte. Zur Einschätzung gab es eine Nomenklatur, die von BES1 zu BES3 reichte und die die internationale Bedeutung eines Forschungsergebnisses — ähnlich wie

eine Schulnote — einschätzen sollte. BES1 hieß z. B. „weltstandsbestimmende Leistung“, BES2 „den Weltstand mitbestimmend“ und BES3 „weltstandserreichende Leistung“. Da kaum Forschungsvorhaben genehmigt wurden, wenn sie nicht als Ziel BES1 oder BES2 aufwies, mußte der beantragende Forscher bei der Eröffnung seine Erwartungshaltung kräftig aufblasen und hatte später, da im Sozialismus die Nichterfüllung eines Planes das größte Übel war, die unangenehme Aufgabe, die „geplante“ Leistung in der geplanten (oder überbotenen) Qualität zu erbringen. Das Ergebnis war eine Inflation von internationalen Spitzenleistungen in den Abschlußberichten — und dabei kaum Zitierungen in der internationalen Literatur, kein Nobelpreis, kaum anerkannte Spitzenlei-

stungen. Ich habe einmal versucht, eine realistische Beurteilung eines Ergebnisses in den Bericht zu schreiben: Er wurde mir nicht abgenommen, und ich bekam die Auflage, in Nacharbeiten das gewünschte Ergebnis zu erzielen — auf dem Papier!

Ich kann nur betonen, daß selbst unter diesen Bedingungen gute Leistungen vollbracht wurden durch den Einsatz von Wissenschaftlern, die alles für ihren Beruf gaben. Sie waren Meister der Improvisation, um mit bürokratischen wie technischen Hindernissen und Versorgungsmängeln fertig zu werden. Manche wichtige Biochemikalie und mancher Rechner wurden aus dem Reisetaschengeld erworben und auf illegalem Weg am Zoll vorbei in die DDR gebracht.

VII.

Im Herbst 1989 brach das politische System zusammen. Es kam zu großen Umwälzungen in Wirtschaft und Gesellschaft. Die Wissenschaft blieb dabei recht konservativ und wurde nur langsam von den Veränderungen erfaßt. Im administrativen Bereich wurden nur sehr zögernd demokratische Verfahren eingeführt. Das gegenseitige Abstützen von „Seilschaften“ verhinderte grundlegende Veränderungen in der Wissenschaft, wie sie eigentlich das Kennzeichen einer wirklichen Revolution wären. In manchen Instituten fanden politische Vertrauensabstimmungen über die Leitung statt. Sie gingen meistens mit einem positiven Votum aus, weil die ratlosen Mitarbeiter das Institut angesichts der drohenden „Evaluationen“ nicht völlig kopflös machen wollten. Es ist auch vorgekommen, daß nach vernichtendem Mißtrauensvotum die Betroffenen trotzdem in ihren Funktionen blieben, da keine rechtliche Handhabe für ihre Ablösung vorhanden war.

Dann kam die stürmische Vereinigung. Sie brachte die Wissenschaft aus ihren gewachsenen Anpassungen in völlig inkompatible Strukturen. Sie legte auch eine kardinale Fehlentwicklung der DDR-Wissenschaft bloß: zuviel Personal. Es war eben einfacher, eine neue Hilfskraft einzustellen als einen Computer zu importieren, und außerdem war es Staatspolitik, Vollbeschäftigung zu garantieren, so daß der in den kreativen Bereichen so nötige „Durchlauf“ administrativ behindert oder unmöglich war. Als überwiegend öffentlicher Dienst geriet die Wissenschaft unter Sparzwang. Entwicklungen und Korrekturen, die unter normalen Bedingungen

bei vorhandener Einsicht und Beschlußlage Jahre gedauert hätten, werden in wenigen Monaten durchlaufen.

Hier kommt ein soziales Problem hinzu, das durch die Wirtschaftslage noch erheblich gesteigert wird. Jeder sieht ein, daß die Personalausstattung reduziert werden muß. Geschieht das schockartig, dann bestimmt die Administration, wer entlassen wird. Sie macht sich selbst unentbehrlich und wirft vor allem den akademischen Mittelbau — Hilfskräfte, Ingenieure, technische Assistentinnen usw. — auf die Straße. Unter den Bedingungen der Massenarbeitslosigkeit und des Konkurses zahlreicher Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe haben diese Menschen nur geringe Chancen, in absehbarer Zeit wieder eingegliedert zu werden. Besonders die älteren Mitarbeiterinnen werden also nach jahrzehntelangem Einsatz für die Forschung zu Arbeitslosen mit geringen Vermittlungschancen. Das ist eine große Ungerechtigkeit, denn diese Generation hat bereits das Leiden der Teilung und des administrativen Kommandosystems ertragen und wird jetzt um ihren Lebensplan gebracht. Das Effektivitätsprinzip kollidiert mit dem sozialen Gewissen.

Es fehlt oft an Verständnis und Solidarität aus dem Westen. Mit dem Blick auf die Weiterexistenz der „alten Seilschaften“ wird die Wissenschaftslandschaft der DDR zur „Wüste“ erklärt. Sachlich ist an diesen Urteilen einiges richtig. Ich habe ja selber zuvor Argumente dafür geliefert, allerdings nicht so apodiktische. Trotzdem möchte ich an die Kollegialität appellieren. So hochnäsig kann nur formulieren, wem das Verständnis für die Geschichte und

Verstrickungen unserer Wissenschaftlergenerationen abgeht.

Hätte Stalin 1945 in Jalta auf einer Südzone bestanden und nicht drei Millionen Soldaten auf die Eroberung von Berlin konzentriert, sondern wäre er

von Budapest und Wien weiter nach Bayern marschiert, dann wären die, die jetzt so leichtthin urteilen, heute in unserer Lage. So hat uns Geopolitik und Geographie in diese Lage gebracht, und wir können, denke ich, auf Solidarität rechnen, wenn wir uns aus ihr befreien wollen.

VIII.

Wie kann man helfen, was soll man tun? Hier gibt es keine Rezepte und Pläne; aber man kann einige Prinzipien angeben.

Zuerst: Die Grundlagenwissenschaft war in der ehemaligen DDR so ungleichgewichtig verteilt, daß man den Brocken nicht in Länderhoheit geben kann. Dann haben die einen (Mecklenburg) gar nichts, und die anderen (Berlin) finanzieren überproportional, d. h. subventionieren strukturmäßig ins Leere.

Dann: Alle Erfahrungen zeigen, daß Neugründung vor Umbau gehen muß. Wie Max Planck erkannt hat: Die Verteidiger der alten Konzepte werden nicht überzeugt werden, sie werden aussterben. Daher ist es wichtig, die großen Institute so aufzufangen, daß verjüngte Neugründungen möglich und förderbar sind. Es sollte möglich sein, kleine Institute oder Forschergruppen zu bilden. Bewähren sie sich, dann können sie wachsen, wenn die augenblickliche Wirtschaftskrise überwunden ist. Bewähren sie sich nicht, dann kann man sie nach fünf oder zehn Jahren eingehen lassen.

Dabei sollten den Jüngeren und den früher benachteiligten Älteren besondere Chancen geboten werden. Sind die Strukturen schlank genug, dann können diese Wissenschaftler auch leitende Positionen übernehmen und müssen nicht Jahrzehnte Klettererfahrung im Finanzierungs- und Verwaltungsgehölz der Bundesrepublik mitbringen.

Nach dem Ersten Weltkrieg gab es eine Notgemeinschaft deutscher Wissenschaft, eine Stiftung, die die gleiche Aufgabe erfüllt hat, die heute vor uns steht: den Zusammenbruch an sich lebenswerter Strukturen durch zeitweilige politische und wirtschaftliche Wirren zu verhindern. Sie wurde, wenn ich genau orientiert bin, von der Wirtschaft finanziert. Nach meiner Meinung brauchten wir eine solche natio-

nale Stiftung. Sie könnte neu wachsende Gruppen finanzieren und gezielt für junge Leute (und, ich wiederhole immer wieder: früher benachteiligte ältere) Stipendien, Reisen und Ausrüstungen vergeben. Man sollte großzügig bei der Zulassung sein; die Spreu schnell vom Weizen zu sondern, dürfte in der Wissenschaft kein Problem sein.

Wir stehen vor der Regeneration der Wissenschaft nach zwei Generationen bürokratischer Entartung. Das Dilemma ist, daß dieser Prozeß nicht naturwüchsig verlaufen kann, sondern gesteuert werden muß und damit wieder in die Gefahr der Administration gerät. Wir müssen an unterbrochene Traditionen wieder anknüpfen; wir müssen verhindern, daß ein Kahlschlag der Jugend und des Unter- und Mittelbaus stattfindet.

Evaluation ist dringend nötig; wir selbst aber schaffen das nicht allein. Wir müssen auch die Leitungsebene verjüngen. Kein Forscher über fünfzig sollte sich sperren, wenn es möglich ist, daß er in die zweite Reihe tritt. Auch den Vorruhestand kann man so gestalten, daß man noch an der Forschung teilnehmen kann und nicht der Jugend die Arbeitsmöglichkeit versperrt.

Aber Evaluation muß mit Fingerspitzengefühl erfolgen; sie sollte Entflechtung zum Hauptziel machen. Einfach „50 Prozent müssen raus, dann könnt ihr weitermachen“ zu sagen, ist nicht hilfreich, weil die Entscheidungen, wer gehen muß, dann von den falschen Gruppen getroffen werden. Mit Fingerspitzengefühl auch, weil der Evaluationsvorgang bei Problemen des Ausmaßes, wie wir sie vorliegen haben, etwas sehr Demütigendes haben kann. Für viele Kollegen wird er bedeuten, daß ihr Lebensplan gescheitert ist, ohne daß sie eine Chance erhalten haben, nach ihren eigenen kreativen Grenzen zu suchen.

IX.

Meine Einstellung zu den gegenwärtig in der Nachfolge des Einigungsvertrages ablaufenden „Abwicklungen“ ist sehr zwiespältig. Die Betroffenen gestehen zumindest verbal die Notwendigkeit der Erneuerung ein, berufen sich aber auf die Universitätsautonomie und wollen das selbst, ohne Eingriff des Staates, gestalten. Die Administration wirft ihnen vor, daß sie über ein Jahr Zeit gehabt hätten, damit anzufangen, und daß sie bewiesen hätten, daß ein geschlossenes System sich nicht selbst erneuern kann. Die ganze Verhandlung kommt mir wie ein Zivilverfahren vor, in dem der Richter befangen und selber Partei ist, während der Beklagte verlangt, daß er über das Streitobjekt selbst Recht sprechen darf.

Von spontaner Erneuerung ist in der Tat bis jetzt nicht viel zu bemerken. Umbenennungen und Proklamationen herrschen vor. Auch die Studentenbewegung ist merkwürdig defensiv. Sie hat im Sommer vor der Volkskammer vehement demonstriert — für ihre Stipendien und Wohnheime. Das ist legitim. Aber ich habe den Studenten schon damals, vor der Volkskammer, meine Verwunderung darüber gesagt, daß sie gar keine Transparente über neue Studiengänge, Seminare, Lehrinhalte, Konzepte, Philosophien und pädagogische Programme mit sich führen. Von der studentischen Jugend wäre zu erwarten, daß sie vielleicht übers Ziel hinaus schießt, nicht aber, daß sie in der zweiten Reihe für soziale Absicherung streitet. Ich muß das auch jetzt wiederholen, wo ihr Kampf sich offenbar hauptsächlich um die Fortführung und Anerkennung ihres Studienganges dreht. Entsprechend eng ist die

studentische Solidarität. An den Aktionen nehmen die unmittelbar Betroffenen teil, während die anderen Fakultäten sich zurückhalten.

Andererseits halte ich die Abwicklung ganzer Institute und Fakultäten für einen sehr bedenklichen Eingriff. Die „Autonomie der Universität“, die nun wirklich jahrzehntlang nur ein Fetzen Papier war, kann nicht durch ein Staatsdekret mit Abwicklung unliebsamer Dozenten und Professoren administrativ in Gang gesetzt werden. Da wird nur wieder neue Beflissenheit und Ergebenheit gegenüber der Obrigkeit das Ergebnis sein.

Mein Ideal wäre eine Art Sängerwettstreit auf der Wartburg: Jeder, der sich um einen Lehrauftrag bewirbt, sollte Gelegenheit zu einem öffentlichen Auftritt, schriftlich — z. B. in der „Leipziger Volkszeitung“ — und mündlich in einem großen Hörsaal bekommen, wo er sein Programm darlegen kann. Dann können Bürgerschaft und Studentenschaft sich einschreiben, bei wem sie zuhören möchten, und nach einem Semester Lehrtätigkeit wird nach sehr intensiver Anhörung über die Professorenstellen entschieden. Ich bin sicher, daß die Holzköpfe, Dogmatiker und Schönredner bei einer solchen Prüfung durchfallen und trotzdem nicht behaupten können, sie hätten keine Chance gehabt.

Zum Abschluß möchte ich wiederholen, was ich in meiner Abschiedsrede in der Volkskammer gesagt habe: Die deutsche Einigung ist ein Epochenwechsel; sie ist zu wichtig, als daß sie für eine große Zahl Betroffener zur Erinnerung an ein gebrochenes Versprechen, an einen Dolchstoß werden darf!

Zur Ausgangslage der politischen Bildung in den neuen Bundesländern

I. Die Gefahr einer Flucht aus dem Politischen

Der vielkommentierte Paradigmenwechsel der Sozialwissenschaften in den siebziger Jahren war ein mattes Säuseln gegenüber dem Paradigmenwechsel, wie er derzeit in Wissenschaft und Schule der ehemaligen DDR vor sich geht. Das gilt auch für alles, was mit politischer Bildung zu tun hat. Vom Erfolg der politischen Bildung hängt aber zu einem nicht geringen Teil die Übernahme demokratischer Werte und somit ein Stück Zukunft für uns alle ab.

In den fünf neuen Ländern wird mit Hochdruck an neuen Lehrplänen und Unterrichtskonzepten der politischen Bildung — genauer: des Geschichtsunterrichts und der „Gesellschaftslehre“ — gearbeitet. Der Eifer freilich überdeckt manche Unsicherheit: Soll es z. B. spezifische, auf die besonderen Verhältnisse der fünf neuen Bundesländer zugeschnittene Lehrpläne und Lehrbücher geben, oder soll man sich an das halten, was in den alten Bundesländern gebräuchlich ist? Überwiegend scheint der letztere Weg betreten zu werden. Die Geschichtslehrbücher der Bundesrepublik werden vielerorts direkt übernommen, bei der Lehrplanarbeit geben die westdeutschen Lehrpläne die Muster ab. Möglichst rasch soll der Zug auf neuem Gleis weiterfahren.

So verständlich diese Verfahrensweise angesichts des Zeitdrucks ist, unter dem die Schulverwaltungen stehen, so ist doch die Gefahr mit Händen zu greifen, daß an der falschen Stelle angesetzt wird. Westdeutsche Lehrpläne und Lehrbücher können nur dann eine pädagogisch sinnvolle Funktion ausüben, wenn die Ausgangslage der Schüler hüben wie drüben dieselbe oder doch sehr ähnlich ist. Was aber, wenn sie sehr verschieden ist? Dann werden die Schüler drüben an der falschen Stelle „abgeholt“.

Damit hängt aber noch eine andere, vielleicht größere Gefahr zusammen — die Gefahr einer drohenden Entpolitisierung¹⁾ der politischen Bildung. Die

ersten Anzeichen dafür waren bereits bald nach der „Wende“ zu erkennen, als die alte Staatsbürgerkunde mancherorts durch eine Art Philosophie- oder Ethikunterricht ersetzt wurde; erste Versuche einer nichtmarxistischen politischen Bildung setzten bei einer altertümelnden Gemeinschaftserziehung (Verhalten im Straßenverkehr, richtiges Zähneputzen usw.) an. Auf anderer Ebene zeugte die rasche Umbenennung von ML-Instituten in „Institut für Gesellschaftslehren“ von derselben Verlegenheit, was denn nun eigentlich an die Stelle der alten Muster gesetzt werden sollte.

Diese raschen, verlegenen Ersatzlösungen mögen Oberflächenerscheinungen gewesen sein. Die Gefahr des Apolitischen reicht jedoch tiefer und hat viele Gesichter:

— Viele Schüler, jahrelang mit einer Staatsideologie gefüttert, dürften — deutlich gesagt — zunächst einmal die Nase voll haben und ihre Abneigung leicht auf die Politik und das Gemeinwesen allgemein übertragen.

— Viele Lehrer, jahrelang an autoritäre Führung gewöhnt, werden vermutlich nicht so rasch ihre Furcht los, etwas „Falsches“ zu sagen, gerade auch unter den ungeklärten Lehrplanbedingungen in der gegenwärtigen Übergangsphase. (Das eigentümlich Verdruckste in vielen Diskussionen auf Tagungen in der ehemaligen DDR ist nicht nur mir, sondern auch vielen anderen aufgefallen.)

— In einem politischen System, das dem Kollektiven prinzipiell den Vorrang vor dem Privaten gab, hat sich ein großer Nachholbedarf an privater Lebensgestaltung aufgestaut. Das fördert die Abwendung von der Politik.

— Habitualisierte Verhaltensweisen — wie z. B. das Sich-Unauffällig-Machen — können in der Regel nicht von heute auf morgen abgelegt werden.

— Auf Situationen raschesten Normen- und Wertewandels pflegen die meisten Menschen mit ver-

¹⁾ Der Begriff „Entpolitisierung“ paßt, streng genommen, nicht ganz, weil er voraussetzt, daß es zu einem früheren Zeitpunkt eine politische Bildung in der DDR gegeben habe, die diesen Namen verdiente. Wenn wir das Politische aber als

Strittiges, noch nicht Entschiedenes verstehen, das alternative Lösungen zuläßt, dann waren Indoktrination und ideologische Schulung geradezu das Gegenteil von politischer Bildung.

mehrter Unsicherheit zu reagieren. Auch dadurch wird die Abwendung vom Politischen gefördert.

— Für die Bewohner der ehemaligen DDR war etwas anderes mit „Politik“ verbunden als für die Bewohner der Bundesrepublik: dogmatische Lehre, ein umfangreiches, bis tief in den Alltag reichendes politisches Ritual (freiwillige Verpflichtungen, Versammlungen aller Art, Aufmärsche, Festspiele, Feiern, Fahnenkult usw.), große Vorsicht bei Meinungsäußerungen, Allgegenwärtigsein von Überwachung — lauter Momente, die eher eine emotionale Abwendung als eine Hinwendung zur Politik begünstigen.

Schlechte Zeiten mithin für politische Bildung! So könnte man jedenfalls vermuten. Diese allgemeine Einschätzung genügt aber noch nicht, um zu einem

genaueren Bild der Vorbedingungen für eine künftige politische Bildung zu gelangen. Es ist nötig, über (mindestens) vier Komplexe eines möglichen jugendlichen Mentalitätswandels näheren Aufschluß zu bekommen:

1. über die emotionalen Einstellungen Jugendlicher gegenüber der „Wende“ im Herbst 1989;
2. über das Maß von Fremdheit zwischen der Jugend hüten und drüben, wie es sich durch vierzigjährige Trennung entwickelt hat;
3. über das Maß der Verwurzelung des marxistisch-leninistischen Denkens bei DDR-Jugendlichen, und
4. über die Aufnahmebereitschaft gegenüber dem westlichen System parlamentarischer Demokratie.

II. Zur politischen Mentalität Jugendlicher in der ehemaligen DDR

Um erste Auskünfte über diese Fragen zum Zwecke didaktischer Weiterarbeit in die Hand zu bekommen, habe ich im Juni/Juli 1990 eine Befragung von DDR-Jugendlichen zwischen 17 und 27 Jahren durchgeführt. Es handelte sich dabei nicht um eine repräsentative Umfrage, sondern um eine Ein-Mann-Initiative²⁾ mit begrenzten Möglichkeiten, die man vielleicht als Momentaufnahme einer in Fluß befindlichen politischen Mentalitätsentwicklung bezeichnen kann³⁾. Besonders erfreulich war die Bereitschaft zu ausführlichen Antworten. Viele Fragebögen waren auf der Rückseite, am Rand oder in Form beigefügter Briefe so ausgiebig kommentiert, daß sich fast schon ein Interviewcharakter ergab. Offenbar haben viele Jugendliche die Fragen als eine Art Gesprächsangebot verstanden.

²⁾ Es haben mir dabei etwa 20 Kolleginnen und Kollegen aus der DDR wichtige Hilfe geleistet, indem sie die Fragebögen an Jugendliche weiterleiteten. Ihnen sei an dieser Stelle herzlich gedankt. Auf diesen Verteilungsmodus geht es vermutlich zurück, daß die Schüler und Studenten gegenüber den Berufstätigen stark überrepräsentiert sind. Es ist deshalb bei der Bewertung der Ergebnisse in Rechnung zu stellen, daß — wie aus Umfragen des Zentralinstituts für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig bekannt ist — Studenten in stärkerem Maße als der Bevölkerungsdurchschnitt PDS wählen. Dem ZIJ ist es auch zu verdanken, daß wir Anhaltspunkte für einen schon 1988 einsetzenden Prozeß der Auflösung jugendlicher Sozialismusbindungen in der DDR haben. Vgl. Walter Friedrich, Mentalitätswandel der Jugend in der DDR, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 16—17/90, S. 25—37.

³⁾ Es wurden 416 Fragebögen verschickt, der Rücklauf betrug 177, d. h. 42,5 %. Die Befragten waren zwischen 17 und 27 Jahre alt; 56 % waren männlich, 44 % weiblich; 80 % waren Schüler oder Studenten, 20 % berufstätig. Bei der Verteilung gab es regionale Schwerpunkte, die hauptsächlich in Sachsen und Mecklenburg lagen.

1. Emotionale Einstellungen gegenüber der „Wende“

Die Vorstellungen von den Ereignissen im Herbst 1989 und den durch sie ausgelösten Gefühlen sind bei den meisten Zeitgenossen — nicht nur im Westen — von den Bildern des Fernsehens geprägt worden, die um die Welt gingen: Jubel, sprachlose Erschütterung, Weinen, die „Wahnsinn!“-Ausrufe. Aber Bilder können täuschen. Die meisten Menschen — auch die Jugendlichen — in der DDR waren „weit vom Schuß“, irgendwo in der Provinz und gar nicht sehr beteiligt; sie erfuhren die Geschehnisse genau wie die Bürger im Westen erst aus dem Fernsehen, wechselten von einer Passivität in die andere. Wenn etwas *mit* einem geschieht, reagiert man in der Regel anders — verdrossener —, als wenn man es selbst macht. Nicht wenige aber waren ja auch selbst aktiv geworden. So erschien es mir keineswegs von vornherein ausgemacht, daß die Einstellungen gegenüber den Herbstereignissen auch nur einigermaßen einheitlich wären.

Meine Frage 1.1 lautete: „Wie würden Sie Ihre damaligen Gefühle gegenüber den Herbstereignissen bezeichnen?“ Ich gab als Antwortvorgabe fünf graduelle Abstufungen. Das Ergebnis lautete:

Begeisterung	17,6 %
Freude und Befriedigung	26,7 %
Zurückhaltende Zustimmung	33,0 %
Zweifel	22,1 %
Enttäuschung, Ablehnung	0,6 %

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sich die große Mehrheit zu den Herbstereignissen bekennt; aber es ist nicht die Begeisterung, nicht einmal die

Freude und Befriedigung, sondern die zurückhaltende Zustimmung, die am häufigsten angekreuzt wurde. Aus den vielen Kommentaren zu dieser Frage wird deutlich, wie dieses eigentümlich gebrochene Resultat zu verstehen ist: Kaum einer der Kommentare ist frei vom Motiv „Zukunftsangst“, das in mehreren Varianten auftritt — als Sorge um eine rechtslastige politische Entwicklung, als Enttäuschung, daß die in der „friedlichen Revolution“ maßgebenden Kräfte so rasch von den Parteien verdrängt wurden, und als Sorge um die berufliche Zukunft. Dieses Motiv wird auch von denen geäußert, die „Freude und Befriedigung“ empfunden haben; bei den Zweifelnden wird es stark hervorgehoben. Die äußerst geringe Zahl der Ablehnenden bedeutet übrigens nicht — worauf ich hier schon hinweisen möchte —, daß die Spuren des alten Regimes so gut wie verschwunden seien (vgl. dazu Kapitel II. 3.).

Mit dem Ankreuzen der Stichwörter war aber noch nicht geklärt, in welchen Verständnisrahmen die Befragten die Herbstereignisse einordneten. Bei meinen Zusatzfragen stellte sich heraus, daß die große Mehrzahl das Ende der DDR als den „Zusammenbruch des Honecker-Regimes“ verstanden (80 %). Nur eine Minderheit (13,6 %) sah darin vor allem den Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“ und eine noch kleinere Zahl (6,4 %) ein Symptom für die „weltweite Krise des marxistischen Sozialismus bzw. der Planwirtschaft“⁴⁾. Offenkundig herrschte eine Neigung zur engsten diesbezüglichen Interpretation vor. Man mag daraus schließen, daß die Aufmerksamkeit der DDR-Jugendlichen stark auf das eigene Land und weit weniger stark auf die Weltereignisse gerichtet war — was recht normal und nicht weiter bemerkenswert wäre; es kann aber auch bedeuten, daß hier eine Art Schadensbegrenzungsmechanik am Werk war: Wenn man das Honecker-Regime — das übrigens oft mit den Epitheta „Altmännerriege“ oder „verrottet“ bezeichnet wurde — abschreibt, muß man noch lange nicht den gesamten marxistischen Sozialismus in Frage stellen.

Auch bei den Zweifelnden oder Enttäuschten wollte ich herausfinden, worauf sich ihre Enttäuschung richtete: auf den Verlust einer Idee, einer Hoffnung, auf den Verlust realer Errungenschaften oder auf die persönliche Zukunftsunsicherheit. Nach den Kommentaren zur ersten Frage war damit zu rechnen, daß die Zukunftsunsicherheit an erster Stelle stehen würde. Das war keineswegs der Fall; 57 % bezeichneten den Verlust einer Hoffnung, ei-

⁴⁾ Diese Frage sollte nur von denjenigen beantwortet werden, die die vorhergehende Frage in zustimmendem Sinn beantwortet hatten (N = 139).

ner Idee, als den Grund ihrer Enttäuschungsgefühle⁵⁾. Das ist ein bemerkenswerter Tatbestand, denn er signalisiert, daß — auch angesichts einer weitreichenden Zustimmung zu den Herbstereignissen — Merkmale einer Sinnkrise bei den Jugendlichen anzutreffen sind. Die angesprochene Hoffnung oder Idee kann nur der Sozialismus sein, und der Verlust wird als schmerzlich empfunden. Einige Kommentare: „Obwohl ich mich über die Revolution freute, ist es traurig, daß eine Idee wie der Sozialismus an der Habgier und der Herrschsucht der Menschen scheiterte!“ — „Mir persönlich tun die Leute wie Marx, Engels und Lenin leid, weil ihre Ziele, eine bessere Gesellschaft aufzubauen, mißbraucht wurden.“

Offenkundig ist die Idee des Sozialismus, die Menschheitsutopie, erheblich stärker im Bewußtsein der jungen Leute verankert als die Bindung an das SED-Regime und den DDR-Sozialismus. Hier ist ein Punkt, von dem man sagen kann, daß die sozialistische Erziehung nicht ohne Wirkung geblieben ist. Die Bindungen scheinen aber eher im Humanen und Ideellen als im Realpolitischen, eher in den psychischen Tiefenschichten als an der Oberfläche zu liegen⁶⁾.

Die folgende Frage hat ein besonderes Gewicht: „Haben Sie das Gefühl, in den vergangenen Jahren irgendwie betrogen worden zu sein?“ 83,7 % antworteten mit „Ja“, 16,3 % antworteten mit „Nein“⁷⁾. Das Ergebnis ist deutlich genug! Man möchte sagen: Wiederum eine betrogene Generation in Deutschland, zum zweitenmal in einem halben Jahrhundert . . . Gerade die „Jugend 1945“ hatte sich als betrogen empfunden, und zwar nicht nur die Hitlergläubigen⁸⁾. Auch jetzt, 1990, sind es

⁵⁾ An der Beantwortung dieser Frage beteiligten sich 79 Jugendliche, also weit mehr, als es gemäß Frage 1 hätten sein dürfen, da sich die Frage ja nur an diejenigen richtete, die vorher Zweifel oder Enttäuschung bzw. Ablehnung geäußert hatten. Auch dies scheint mir ein Hinweis darauf zu sein, daß die Positionen nicht lupenrein voneinander zu trennen sind.

⁶⁾ Mindestens für die Jugendlichen wird damit eine in der (alten) Bundesrepublik verbreitete Auffassung korrigiert, die Götz Dahlmüller, Philosoph in Hildesheim, so formuliert: „Ein solch abgrundtiefer Haß auf alles, was auch nur irgendwie nach Sozialismus riecht, findet sich schwerlich selbst bei den ausgebufften Konservativen bei uns“ (zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 1990, S. 25).

⁷⁾ Bei den „Nein“-Stimmen gab es mehrere Kommentare von 17–19jährigen, die schrieben, sie selbst könnten aufgrund ihrer Jugend ja nicht von Betrogenen sprechen, aber für die Älteren träfe das in eklatanter Weise zu. Andere Jugendliche erkannten recht klar die Zweischneidigkeit des Betrogenen-Motivs, indem sie deutlich sagten, daß ja immer zwei dazugehörten, einer, der betrügt, und einer, der sich betrogen läßt.

⁸⁾ Vgl. Rolf Schörken, *Jugend 1945. Politisches Denken und Lebensgeschichte*, Leverkusen 1990; Matthias von Hellfeld/Arno Klönne, *Die betrogene Generation*, Köln 1985.

in der DDR nicht nur die enttäuschten Anhänger des Sozialismus, die mit „Ja“ geantwortet haben, vielmehr zieht sich dieses Gefühl durch die verschiedenen Positionen. Natürlich ist das Betrogen-sein-Motiv eine subjektive Deutung. Deshalb ist es nötig, Näheres darüber zu erfahren. Worum fühlte man sich betrogen?

12,5 % gaben an: um reale Berufsmöglichkeiten, 23,4 %: um Lebensgenuß und 64,1 %: um Lebenszeit und Lebenssinn. Hier wird bestätigt, was sich schon vorher andeutete: Die Wende wurde (auch) als Sinnkrise erlebt. Eine große Mehrheit der Befragten wählt die radikalste Deutung: Wer sich um Lebenszeit und Lebenssinn betrogen fühlt, fühlt sich um das schlechthin Einmalige, nicht Nachholbare betrogen. Diese Antwort macht glaubhaft, daß die Abneigung gegen die SED-Herrschaft sehr tief in die Psyche hinabreicht. Vermutlich wird deshalb die Aufarbeitung lange Zeit in Anspruch nehmen. Von dieser Aufarbeitung hängt Entscheidendes ab: Wenn es bei dem Gefühl des Beleidigtseins bleibt, wird die Abwendung vom Politischen die Folge sein. Andererseits kann auch der Impuls daraus erwachsen: „Ein weiteres Mal lasse ich mich nicht betrügen!“ – und das wäre keine schlechte Voraussetzung für einen wachsam demokratischen Bürger.

2. Wie tief ist die Kluft, die durch die Jugend geht?

Zu den Alpträumen der älteren Generation, die die Einheit Deutschlands noch als Selbstverständlichkeit erlebt hatte, gehörte die Vorstellung, daß sich die Jugend in beiden Teilen Deutschlands einander völlig entfremden würde und eine Verständigung auf die Dauer gar nicht mehr möglich sei. Plausible Gründe für solche Sorgen gab es in Fülle: Feindschaftserziehung gegenüber dem „Klassenfeind“, Beargwöhnung selbst harmlosester Westkontakte, Abqualifizierung westlicher Medieneinflüsse in der DDR u. a. m. Inzwischen hat sich die Sorge im Großen und Ganzen als hinfällig erwiesen. Es gibt offenkundig keine unüberwindbaren Schwierigkeiten zwischen der Jugend hüben und drüben. Dennoch: Sind da nicht Widerhaken im gegenseitigen Verständnis geblieben, geht die Jugend hier mit der Jugend dort wirklich von gleich zu gleich um? Fühlt sich die Jugend in der ehemaligen DDR in gewisser Weise nicht doch als etwas Eigenes? Mit anderen Worten: Gibt es so etwas wie eine DDR-Identität als verbindendes Gefühl bei dieser Jugend?

Die ganz überwiegende Zahl der Befragten (84,7 %) hat „Stolz“ auf die DDR empfunden. An erster Stelle wird hier der Sport genannt, an zweiter Stelle die „sozialen Errungenschaften“ (gesicherter Arbeitsplatz, Kinderbetreuung, niedrige Lebens-

haltungskosten), es folgen „Bildung und Kultur“ sowie „Ausländerfreundlichkeit“. Sehr deutlich wird an den Antworten, daß dieser Stolz ganz unideologisch verstanden wird: „In erster Linie ist es das Heimatgefühl. Ich bin hier geboren, ich lebe hier, ich gehöre hierher.“ Oder: „Ich bin in Leipzig aufgewachsen, habe hier Freunde, stehe hier meine Ängste aus, erlebe hier meine Freuden. Ich glaube, eine gewisse Verbundenheit mit der DDR als Land (ohne an die Regierung zu denken) hat fast jeder hier.“ Die Verbundenheit unter denselben Lebensbedingungen ist es, die eine Art DDR-Identität geschaffen hat; hier wird die vierzigjährige Sonderentwicklung in ihren Wirkungen greifbar, und zwar unterhalb der ideologischen Ebene.

Über das Sonderbewußtsein der DDR-Jugendlichen geben auch die Antworten auf die Frage, wie sie denn die „Wessies“ einschätzten, eine recht drastische Auskunft. An keiner Stelle des Fragebogens sind die Antworten so einheitlich wie bei den Fragen: „Gibt es bestimmte Dinge an den ‚Wessies‘, die Ihnen auf die Nerven gehen?“ und „Gibt es Dinge, die Ihnen an den ‚Wessies‘ gefallen?“ Zur ersten Frage wird ausnahmslos gesagt: Arroganz, Überlegenheitsgefühle, Überheblichkeit, Bemitleiden der DDR-ler, „Be-positive-Getue“ und Ähnliches, was auf derselben Linie liegt. Was an den „Wessies“ gefällt, wird bezeichnet mit Wörtern wie locker, lässig, flippig, nicht so verklemmt, weltof-fen, kontaktfreudig, natürlich, wortgewandt, Fähigkeit zu freiem Vortrag, rhetorisch überlegen.

Indirekt wird in den Antworten zur zweiten Frage ein gewisses eigenes Unterlegenheitsgefühl spürbar: Offenbar hat man den Eindruck, gegenüber den „Wessies“ ein bißchen steif und gehemmt zu wirken⁹⁾. Auch wird in manchen Kommentaren Verletzbarkeit erkennbar, die gewiß aus ähnlichen Wurzeln erwächst. Deutlich ist jedenfalls, daß es (noch?) ein Wir-Gefühl unter den Jugendlichen der DDR gibt und die „Wessies“ (noch?) als etwas Fremdes betrachtet werden – wobei die Fremdheitsschwelle aber nicht sehr hoch ist, u. a. auch deshalb nicht, weil (wie an anderen Stellen der Befragung klar wird) eine einheitliche internationale Jugendkultur in Musik, Kleidung, Sprachge-baren und Lebensstil rasche Verbindungen schafft.

3. Zur Verwurzelung marxistisch-leninistischer Denkstrukturen

Der „ML“ – wie der Marxismus-Leninismus in der DDR kurz genannt wurde – gab nicht nur das

⁹⁾ Die Parallele zur Einschätzung der „Amis“ nach 1945 in den Westzonen ist mit Händen zu greifen: einerseits sehr unsicher gegenüber ihrer „Arroganz“, andererseits beeindruckt von ihrer „Lockerheit“ – typisches Beispiel für ein Imperiummuster.

oberste Normensystem ab, sondern war unmittelbar für die Staatsbürgerkunde und den Geschichtsunterricht maßgebend. Er bestimmte Ziele und Inhalte der Lehrpläne und die Struktur der Lehrbücher. Das einheitlich eingeführte Lehrbuchwerk „Geschichte 5–10“ des Verlags Volk und Wissen zum Beispiel war nach den Denkstrukturen des ML aufgebaut, ohne dies freilich deutlich zu sagen, so daß den Schülern das ML-Geschichtsbild als etwas scheinbar Natürliches, der Realgeschichte Innewohnendes erscheinen mußte.

Aber es gab bei den Schülern auch Abwehrmechanismen gegenüber dem Monopolanspruch des ML. „Ich schaltete meine Ohren sofort auf Durchzug“, schreibt eine 18jährige Schülerin in einem Fragebogen, „aber jetzt allmählich meine ich, mich mit den Dingen doch einmal beschäftigen zu müssen.“ Solche Stimmen dürfen aber nicht den Blick davor verschließen, daß gerade die Sinngewandtheit des ML — eine seiner großen Stärken — viele begabte und an Fragen des Gemeinwesens interessierte Schüler erreichte. Sie sind jetzt mit einer Situation konfrontiert, in der das alles nicht mehr gilt. Aber: Gilt es wirklich nicht mehr? Ist der ML nicht eine Lehre, deren theoretische Bedeutung weit über die Wellenschläge der Gegenwartereignisse hinausreicht? Seine ungewöhnliche Fähigkeit, auch

in ausweglosen Situationen seine Anhänger in ihren Überzeugungen zu stärken, hat der ML ja oft genug bewiesen — während des Spanischen Bürgerkriegs, im Dritten Reich und in Nachkriegskrisen.

Für eine künftige politische Bildung ist es von besonderer Bedeutung zu wissen, was von den Denkstrukturen des ML bei den jungen Leuten die „Wende“ überlebt hat. Es gibt möglicherweise Bewußtseinsbestände, die vom ML „besetzt“, und andere, die „frei“ sind für Neues. Dies muß man, wenigstens in einigen Umrissen, abschätzen können, wenn man didaktisch weiterarbeiten will.

Angesichts der hohen Zustimmung zur „Wende“ überrascht es, daß immerhin 78,1 % die Frage: „Bedeutet für Sie die Herbstereignisse 1989 das Ende der marxistischen Geschichtsauffassung?“ mit „Nein“ beantworteten. Offenkundig sind für die Mehrzahl der Befragten die realpolitische Situation und die Ideologie etwas sehr Verschiedenes.

Kann man mithin davon ausgehen, daß der ML noch festgegründet im Bewußtsein sitzt? Das wäre zu vereinfacht gesehen, wie die Antworten auf die folgende Frage zeigen, mit der ich ein differenzierteres Bild anzielte als mit der vorigen, pauschal gehaltenen Frage. Gefragt wurde, ob die genannten Teillehren des ML für unhaltbar oder nach wie vor für gültig angesehen wurden:

	unhaltbar	gültig
1. Die Lehre von der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen	42,7 %	57,3 %
2. Die Lehre von der Geschichte als Abfolge von Klassenkämpfen	28,3 %	71,7 %
3. Die Imperialismuslehre	63,3 %	36,6 %
4. Die Lehre von der bürgerlichen Ideologie	53,4 %	46,6 %
5. Die Lehre von der führenden Rolle der Arbeiterklasse	82,7 %	17,3 %

Auffallend an dieser Bewertung ist der sehr hohe Wert für „unhaltbar“ bei der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Dazu steht in einem Gegensatz die hohe Gültigkeitsbewertung beim Klassenkampf und auch noch bei der ersten, verwandten Frage nach der gesetzmäßigen Abfolge der Gesellschaftsformationen in der Geschichte. Bei Frage 3 und 4 ist das Ergebnis zwar nicht sehr signifikant, aber doch so, daß hier eine Mehrheit für „unhaltbar“ plädiert.

Das Ergebnis erscheint unstimmig, freilich nur auf den ersten Blick. Die drei letzten Teillehren besitzen Realitätsnähe und sind aus dem eigenen Erfahrungsbereich bis zu einem gewissen Grad überprüf-

bar, zum mindesten aber erreichbar. Man konnte sich aus dem eigenen Erleben ein Urteil zu Punkt 5 bilden; bei Punkt 3 ist es immerhin möglich, aus dem zeitgeschichtlichen Horizont Unstimmigkeiten der Lehre zu erkennen — etwa imperialistische Politik, hinter der keineswegs der Kapitalismus als Treibkraft steht. Ähnliches gilt für die Ideologielehre, die ja die Antwort schuldig bleibt auf die sich aufdrängende Erfahrung etwa von der Überlegenheit westlicher Wissenschaft. Die beiden ersten Teillehren kann man dagegen viel schwerer für „unhaltbar“ erklären, weil sie nicht nur eine Gesamtübersicht über die Weltgeschichte voraussetzen, sondern weil eine Kritik nur möglich ist, wenn man über alternative Denkmodelle verfügt.

Man kann, wenn man dieser — freilich sehr schmalen — Zahlenbasis folgt, von einer asymmetrischen Abtragung des ML sprechen. Bestimmte Momente oder Teillehren scheinen recht stabil zu sein; entweder, weil ihnen eine starke Sinngebungskompetenz innewohnt oder weil sie wegen ihres hohen Theoretisierungsgrads nur schwer von der Kritik des „ungeübten“ einzelnen zu erreichen sind. Dazu gehören in erster Linie die obersten, auf den gesamten Geschichtsprozeß und gleichzeitig auf die Zukunftsgestaltung zielenden Vorstellungen einer gerechten Menschheitsordnung und vom zwar mühevollen, aber doch gesetzmäßigen Weg dorthin. Ganz anders sieht es mit den Momenten der Doktrin aus, die näher an der praktischen Politik gelagert sind. Diese scheinen sich in voller Auflösung zu befinden. Der ML ähnelt im Bewußtsein der Jugendlichen der ehemaligen DDR einem Gebäude, das baufällig ist: Einzelne Stockwerke sind noch begehbar, andere nicht mehr. Man darf vermuten: Es bröckelt weiter.

4. Aufnahmebereitschaft gegenüber der westlichen parlamentarischen Demokratie

Wenn alte Bewußtseinsbestände ihre Wirksamkeit verlieren, bedeutet dies noch nicht, daß automatisch etwas Neues an ihre Stelle träte. Die westlichen Demokratien galten jahrzehntelang als Feind. Nun findet man sich plötzlich, noch atemlos, als Teil dieser Welt. Viele Menschen haben das als eine Art Überwältigung oder Überrumpelung erlebt. Zum Zeitpunkt der Befragung hatte die DDR-Bevölkerung ihre ersten Erfahrungen mit Parlamentarismus und Mehrparteiensystem gemacht — genauer gesagt: mit einem Vierteljahr erster Gehversuche der neuen Volkskammer nach den Märzahlen 1990. Es handelte sich dabei um eine sehr transitorische Phase des neuen demokratischen Systems. Vermutlich haben sich auch angesichts der raschen politischen Weiterentwicklung die Einstellungen inzwischen wiederum verändert. Die Befragung hält eine Momentaufnahme fest, aber vor allem macht sie auf eine Gefahr aufmerksam, der die politische Didaktik große Wachsamkeit widmen muß.

Es geht um die Frage, wie die politische Entwicklung *nach* den Herbstereignissen beurteilt wurde. Dabei wird eine Umkehrung der günstigen Bewertungen der Herbstereignisse sichtbar. Etwa die Hälfte der Befragten (48 %) hat keine Antwort gegeben. Von der anderen Hälfte kommen überwiegend, nämlich zu 68 % skeptische bis äußerst ablehnende Beurteilungen; nur ein Viertel der Beantworter fühlt sich in seiner günstigen Anfangsbeur-

teilung der Herbstereignisse bestätigt, 6,4 % drücken sich unentschieden aus¹⁰).

Diese Zahlen signalisieren einen deutlichen Stimmungseinbruch. Die anfängliche Freude und Befriedigung hat sich nur selten als dauerhaft erwiesen. Neue Motive des Zweifels, ja der Ablehnung sind hinzugekommen. Die meisten der genannten Motive sind aus Presse und Medien bekannt und überraschen nicht besonders: Man fürchtet sich vor der Macht der D-Mark; man möchte nicht so rasch wiedervereinigt werden; nicht wenige sind ganz gegen eine Wiedervereinigung; man bedauert, daß die Initiativgruppen des Herbstes von der Bildfläche verschwunden sind. Es kommt aber noch ein weiterer Komplex hinzu: Das neue Parteiwesen und die Arbeit der Volkskammer werden durchweg vernichtend beurteilt.

„Geschrei über Bonzen-Privilegien der SED — und nun Politiker, die sich in ihrer Selbstherrlichkeit sonnen und als erstes an ihre Privilegien denken. Statt SED-Diktatur jetzt eine arrogante CDU, die die Opposition ausgrenzt. Größter Fehler war die Abschaffung des Runden Tisches.“ — „Mit dieser Regierung wird genauso Macht und keine Demokratie vertreten wie mit der unter Honecker.“ — „Ich bin traurig, daß die Ideale des Neuen Forums von CDU/CSU, die in den Oktobertagen nicht auftraten, verraten und mit Geld übergangen wurden.“ In diesen und anderen Kommentaren wird deutlich, daß die CDU mit dem großen Geld identifiziert wird. Für die SPD sieht das Bild nicht besser aus: Sie kommt überhaupt nicht vor.

Die ersten Schritte der westlichen Demokratie auf dem Boden der DDR haben jedenfalls nicht für die Demokratie geworben, sondern förmlich einen Fundus für negative Einstellungen angelegt. Aus der Aufbruchstimmung des Herbstes 1989 ist im Sommer 1990 eine mürrische Passivität gegenüber den demokratischen Gehversuchen geworden.

Mir scheinen darin zwei unterschiedliche Momente zum Ausdruck zu kommen: Zum einen war diese Mißstimmung eine unmittelbare Spiegelung der vielfach problematischen, zeitweise ganz unglücklichen Arbeit der Volkskammer nach den Märzahlen; zum anderen aber — und dieser Tatbestand ist für die politische Bildung bedenkenswert — kommt in den negativen Urteilen auch ein gut Teil Unverständnis für Meinungsunterschiede, parlamentar-

¹⁰) Bezieht man diese Ergebnisse nicht nur auf die Zahl derer, die sich zu diesem Problem geäußert haben, sondern auf die Gesamtzahl der 177 zurückgesandten Fragebögen, bekommt der Trend ein noch dramatischeres Gesicht, denn dann sind es nur 13,55 % der Befragten, die ihr günstiges Urteil über die Wende bis zum Sommer 1990 beibehalten haben.

schen Streit, Parteientaktik und zeitraubendes Ringen um Lösungen zum Ausdruck. Man ist ungehalten über mangelnde Einigkeit, wünscht entschlossenes Handeln, hat wenig Sinn für unterschiedliche Interessenlagen. Ich halte dies auch für die Nachwirkung einer jahrzehntelangen Konsenserziehung¹¹⁾, die wahrscheinlich tief eingewurzelt ist und sich der Reflexion nicht leicht öffnet. Man kann

im Grunde nicht recht verstehen, warum sich die Parteien im Parlament stundenlange Redeschlachten liefern und es so schwer ist, handlungsfähige Mehrheiten zustandezubringen. (Ich erinnere mich sehr wohl, daß in den Jahren 1948/49 die Grundeinstellungen im Westen gegenüber der frühen Arbeit der Länderparlamente und des Bundestages gerade bei der Jugend ganz ähnlich waren.)

III. Zusammenfassung der Ergebnisse und didaktische Konsequenzen

1. Die Jugend der ehemaligen DDR ist, was ihr politisches Denken betrifft, eine „Jugend auf dem Wege“. Im Spektrum der politischen Mentalitäten hat es im Sommer 1990 sehr wenig feste Positionen links und rechts gegeben, aber viel Unsicherheit und Nachdenklichkeit bei der großen Mittelgruppe. Nicht zu verkennen ist der Stimmungsumschwung im Frühjahr 1990 von einer eher optimistischen zu einer vorwiegend pessimistischen Lageeinschätzung. Insgesamt herrscht eine starke Turbulenz vor. Zweifel an der Richtigkeit der Entwicklung gibt es selbst bei denen, die die Herbstereignisse freudig begrüßten, andererseits lassen nach wie vor überzeugte Marxisten die Honecker-Regierung und den SED-Sozialismus ohne Bedauern „abfahren“.

2. Es kann kein Zweifel sein, daß es so etwas wie eine „DDR-Identität“ bzw. — um diesen totgeredeten Begriff zu vermeiden — ein Gemeinsamkeits- und Zusammengehörigkeitsgefühl der DDR-Jugendlichen im Sommer 1990 gegeben hat. Dieses versteht sich nicht als politische Ideologie, sondern läßt sich am besten mit Wörtern bezeichnen, die die Befragten selbst gewählt haben: „Heimat“, „unser Land“, „gemeinsame Lebensbedingungen“, „Solidarität“. Dieses Gemeinsamkeitsgefühl wird sich auch nach der staatlichen Vereinigung nicht über Nacht in Luft auflösen.

3. Es ist im Verhältnis der DDR-Jugend zu den westlichen Jugendlichen eine Spannung erkennbar, die aber nicht besonders tief geht und bereits in spöttischen Bemerkungen ihr Ventil findet. Bemerkenswerter dürfte ein gewisses Minderwertigkeitsgefühl, verbunden mit eigener Verletzbarkeit, auf Seiten der DDR-Jugend sein.

4. Für den überwiegenden Teil der Befragten gilt, daß die Festigkeit marxistisch-leninistischer Überzeugungen — wenn es sie denn je bei größeren Teilen der Jugend gegeben hat — stark abgebröckelt

und teilweise schon aufgelöst ist. An bestimmten Punkten — z. B. der angeblichen Überlegenheit der Planwirtschaft, der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der Diktatur des Proletariats — scheint sie bereits völlig unglaubwürdig geworden zu sein und darf als erledigt gelten. Dagegen kann keine Rede davon sein, daß sich die Idee des Sozialismus als politische Konzeption humanen Zusammenlebens ähnlich aufgebraucht hätte. Die Aufzehrung des ML verläuft unregelmäßig: Je allgemeiner die Idee, um so stärker ist die Beharrungskraft; je konkreter das Erscheinungsbild, um so deutlicher ist die Ablehnung. Auf jeden Fall aber gilt: Die Jugend befindet sich noch mitten in der Auseinandersetzung.

5. Der wichtigste Befund auf diesem Feld scheint mir kein intellektueller, sondern ein emotionaler zu sein: das weit verbreitete Gefühl des Betrogenwordenseins. Gefühle dieser Art sitzen tief und sind langfristig wirksam. Mit einiger Sicherheit führen sie dazu, daß das blauäugige Aufschauen zu politischen Führern, verbunden gar noch mit letzten Heilserwartungen, sein Ende hat. Andererseits begünstigt dieses Gefühl die völlige Abwendung von der Politik.

6. Bei vielen Antworten fällt eine Denkfigur auf, die nicht ungefährlich ist. Sie lautet vereinfacht: „Der Sozialismus ist davon ausgegangen, daß der Mensch gut ist. Das war eine Illusion, die gescheitert ist. Jetzt müssen wir lernen, daß der Mensch böse und egoistisch ist.“ Hier herrschen Mißverständnisse vor, denn die Demokratietheorien des Westens beruhen weder in ihren historischen Ursprüngen noch in ihren heutigen Ausprägungen auf der Vorstellung von der Wolfsnatur des Menschen. Hier bleiben, ohne daß den Betreffenden das bewußt ist, die Feindbilder des alten DDR-Sozialismus auf verdeckte Weise noch in Kraft.

7. Ein Antiparteienaffekt ist in der ehemaligen DDR nicht erst im Entstehen begriffen, er ist bereits da. Von hier könnte eine problematische Wirkung ausgehen, die sich auf die gesamte pluralisti-

¹¹⁾ Das heißt einer bis mindestens 1933, im Grunde aber noch weiter zurückreichenden Vorstellung, daß in der Politik vor allem anderen zunächst einmal Einigkeit zu herrschen habe.

sche Gesellschaft bezieht. Zweifellos ist hier Wachsamkeit geboten, gerade auch für die politische Bildung.

Aus dieser Bestandsaufnahme ergeben sich einige *Konsequenzen für eine zukünftige politische Bildung* in den fünf neuen Ländern.

Die alte Staatsbürgerkunde der DDR ist abgeschafft, mit Recht; es besteht teilweise die Tendenz, sie ersatzlos abzuschaffen, zu Unrecht. Das *Stundenvolumen* muß unbedingt erhalten bleiben. Es kann nicht Verzicht geleistet werden auf ein Schulfach, das etwa der Sozialkunde oder „Politik“ in den alten Ländern der Bundesrepublik entspricht und das neben und mit dem Geschichtsunterricht dafür sorgt, daß die Jugendlichen in der DDR ihre enorme Verspätung im Weltverstehen aufholen und die ohnehin immer komplexer werdenden Zusammenhänge des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der Gegenwart besser begreifen lernen. Geschieht das nicht, ist der Weg des Ausflippens ins Unpolitische schon vorgezeichnet.

Die gegenwärtig in den neuen Bundesländern mit Hochdruck betriebene Lehrplan- und Lehrbuchangleichung kann leicht dazu führen, daß man nur eine Autorität gegen eine andere austauscht — gerade die Lehrpläne sind das „autoritärste“ Element im Gesamtspektrum der Didaktik. Was die Schüler in der ehemaligen DDR vor allem anderen benötigen, ist ein neuer *Unterrichtsstil* mit erheblich mehr Schülerinitiative, Selbstermutigung, Freiräumen des Lernens. Methodisch gesprochen: Es ist ein Schub an Projektunterricht, Gruppenunterricht, Beteiligung der Schüler an der Auswahl der Unterrichtsthemen nötig. Dies umso mehr, als der Erziehungsstil an den Schulen der DDR — in merkwürdigem Gegensatz zum amtlich verordneten Materialismus — durchaus noch viele Züge eines älteren deutschen „idealistischen“ Erziehungsstils hatte: Zurücktreten des Individuellen, Überwiegen von Sollensgeboten, Über-Ich-Ausrichtung, Appell an Pflichten, unbezweifelbare Sachautoritäten. Freilich — ein neuer Erziehungsstil ist nicht Sache obrigkeitlicher Anweisungen; er muß von innen heraus wachsen.

DDR-Jugendliche kommen schwer zurecht mit der Vielgestaltigkeit, Widersprüchlichkeit und Undurchschaubarkeit des politischen Lebens. Sie möchten gern wissen, „wo es lang geht“. Was not tut, ist der Aufbau einer *Konfliktkultur*. Im Westen hat sich die politische Bildung seit den siebziger Jahren um eine solche Konfliktkultur sehr verdient gemacht: Konflikte nicht einfach ablehnen als Störungen von Harmonie, sondern sie als Motiv gesell-

schaftlicher Dynamik verstehen und nutzen lernen. Aber auch: Konflikte aushalten können. Diese Fähigkeiten in einer gewissen Breite durchzusetzen, hat in der Bundesrepublik die Demokratie deutlich stabilisiert. Das wird heute nicht einmal mehr von denen bestritten, die seinerzeit viel lieber strikte Konsensmodelle bevorzugt hätten.

Welche didaktischen Folgerungen sind aus dem charakteristischen Abbröckelungsprozeß des ML zu ziehen? Bestimmte Momente des marxistischen Geschichtsbildes sind ja im Bewußtsein vieler Jugendlicher noch deutlich vorhanden. Soll man sie sich selbst überlassen? Die Antwort ist einfach: Wenn man die Heranwachsenden zu einem erhöhten Maß an Selbstbestimmungsfähigkeit erziehen will, so setzt dies eine erhöhte Urteilsfähigkeit voraus. Diese aber kann man nicht erreichen, wenn man der aufarbeitenden *Auseinandersetzung* ausweicht. So klar diese Folgerung ist — die Wirklichkeit sieht gegenwärtig anders aus, weil die Bereitschaft groß ist, den Problemen auszuweichen oder sie einfach liegenzulassen. Sicher ist, daß die Aufarbeitung Schwierigkeiten mit sich bringt. Es ist hier nicht der Ort, ein förmliches Programm zu entwickeln. Vielleicht genügt es zunächst, ein paar realistische — d. h. im Geschichtsunterricht zu verwirklichende — Möglichkeiten zu skizzieren:

Man sollte sich vor zu großen Brocken hüten. Den ganzen historischen Materialismus pauschal aufzuarbeiten, dürfte im normalen Schulalltag nur selten möglich sein. Der Geschichtsunterricht aber könnte Aufarbeitung an begrenzten, ohnehin zum Stoff gehörenden Themen durchführen, etwa so, daß in den Klassen 8, 9 und 10 je eine Unterrichtseinheit angesetzt wird, die an Hand von Themen wie Französische Revolution, Industrielle Revolution, Weimarer Republik, Nationalsozialismus, Kalter Krieg u. a. m. die Ergebnisse des ML und die Darstellung der neu eingeführten Geschichtsbücher aus dem Westen vergleicht und dabei die Erkenntnisleistungen, aber auch -verengungen des ML sichtbar macht.

Neben die Sichtbarmachung der Erkenntnisleistungen und -verengungen gehört dann auf einer weiteren Ebene der Aufarbeitung die politische Funktion einer bestimmten Geschichtsvorstellung für die Herrschaftslegitimation. Beispiel: Was bedeutete ein bestimmtes Bild vom Faschismus für die Legitimation und Stabilisierung der SED-Herrschaft, und welche Bilder vom Faschismus konnten solche Legitimation stören? Schließlich darf nicht darauf verzichtet werden, die Erfassung und Beeinflussung des einzelnen via Geschichtsbild zum Gegenstand des politisch-historischen Nachdenkens zu machen.

Hierher gehört dann etwa die Sichtbarmachung von Heroisierungen im ML-Geschichtsbild. Der ML-Geschichtsunterricht beruhte weitgehend noch auf einer Vorbild- und Identifikationsdidaktik! Diese durch eine kritische Geschichtsdidaktik zu ersetzen, darf man als wichtigste Aufgabe des Geschichtsunterrichts in den neuen Bundesländern bezeichnen.

Ein Problem freilich kann auch der kritischste Geschichtsunterricht nicht lösen: Er kann nicht die sinnstiftende Funktion des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes ersetzen wollen durch die Lieferung neuer „letzter Werte“. Mit diesem Vakuum — wenn es denn ein Vakuum ist und nicht die Chance einer neuen Art von Freiheit — müssen die Jugendlichen „drüben“ leben lernen.

Wilfried Schubarth/Ronald Pschierer/Thomas Schmidt: Verordneter Antifaschismus und die Folgen. Das Dilemma antifaschistischer Erziehung am Ende der DDR

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/91, S. 3–16

Der Mythos von der DDR als „Hort des Antifaschismus“ ist mit dem gesellschaftlichen Wandel im Herbst 1989 endgültig zusammengebrochen; die Öffentlichkeit erweist sich als hilflos gegenüber zunehmenden rechtsextremistischen Aktivitäten vor allem von Jugendlichen. Ursachen für deren Anfälligkeit für nationalsozialistische Ideologiefragmente sind unter anderem in dem von Gesellschaft und Schule der ehemaligen DDR praktizierten Antifaschismus zu suchen.

Die gesellschaftliche wie individuelle Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus wurde wesentlich durch den Mythos von den „Siegern der Geschichte“ bestimmt. Fragen nach den Ursachen für die Verführbarkeit großer Teile des deutschen Volkes, nach seiner Schuld und Mitschuld wurden auch im Geschichtsunterricht und in der Jugendarbeit bewußt in den Hintergrund gedrängt, während der Widerstandskampf einen immer größeren Platz einnahm. Kritische Wortmeldungen von Schriftstellern nahm man nicht ernst, rechtsextremistische und neonazistische Erscheinungen wurden verharmlost, sozialwissenschaftliche Untersuchungen dazu verboten bzw. verschwiegen.

Eine solche Untersuchung war die Studie „Zum Geschichtsbewußtsein Jugendlicher“ vom Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig aus dem Jahre 1988, die hier vorgestellt wird. Sie enthält unter anderem detaillierte Aussagen zu Einstellungen Jugendlicher gegenüber der Zeit des Nationalsozialismus und konstatiert ein nicht geringes Akzeptanz- bzw. Sympathiepotential für nationalsozialistische Ideologiefragmente. Mit der „Wende“ 1989 nahm die Verbreitung rechtsextremer und ausländerfeindlicher Orientierungsmuster unter ostdeutschen Jugendlichen spürbar zu. Neueste Untersuchungen signalisieren ein größeres autoritär-nationalistisches Einstellungspotential bei den Jugendlichen der ehemaligen DDR, als es in Westdeutschland nachweisbar ist.

Hans-Helmuth Knütter: Antifaschismus und politische Kultur in Deutschland nach der Wiedervereinigung

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/91, S. 17–28

Der Antifaschismus hatte konstitutive Bedeutung für die DDR. Das gilt auch nach der „Wende“, allerdings mit geänderter Funktion. In den Anfangsjahren der DDR bzw. SBZ diente der Antifaschismus der Errichtung einer sozialistischen Ordnung. In den folgenden Jahren wurde der Antifaschismus zunehmend als ideologisches Propagandainstrument nach außen benutzt: Es ging darum, die Bundesrepublik Deutschland als „faschistisch“ zu diffamieren und eine Kontinuität zum „Dritten Reich“ nachzuweisen. Zwar gelang es nie, eine „Volksfront“ auf antifaschistischer Grundlage herbeizuführen; in einzelnen Fällen konnten aber von seiten der DDR politische Entscheidungen beeinflußt werden.

Die Zeit der „Wende“ seit dem Herbst 1989 zeigt, daß der Antifaschismus nach wie vor seine Bedeutung hat; er gewinnt allerdings eine neue Qualität. Die sozio-ökonomische Komponente — nämlich die Rechtfertigung des Sozialismus — geht zurück, die moralische wird stark in den Vordergrund gespielt. Otto Reinhold, ehemals Direktor des Instituts für Gesellschaftswissenschaften des ZK der SED, hatte im August 1989 die Existenz der DDR damit gerechtfertigt, daß es sich hier um einen „antifaschistischen und sozialistischen Staat“ handle. Im Januar 1990 versuchte die SED/PDS in einer großen antifaschistischen Demonstration gegen angeblich nationalistische Schmierereien am sowjetischen Ehrenmal in Treptow, den Antifaschismus als Mittel der Integration nach innen sowie des Prestigegewinnes und der Legitimation nach außen einzusetzen. Hier allerdings zeigten sich die Grenzen der Möglichkeiten dieser Instrumentalisierung, da die Absicht allzu offenkundig war und deswegen von allen anderen politischen Richtungen zurückgewiesen wurde.

Neuerdings wird versucht, auch den bürgerlichen und militärischen Widerstand (20. Juli 1944) in den „antifaschistischen“ Widerstand einzubeziehen, aus dem dieser bisher ausgeschlossen war, da es bei jenen bürgerlichen und militärischen Widerstandskämpfern ja nicht um die Herstellung einer sozialistischen Ordnung, sondern geradezu um deren Vermeidung ging.

Man kann feststellen, daß der Antifaschismus zum Ersatzsozialismus wird, allerdings mit geänderter Zielsetzung: Früher diente er als Vorwand, um eine sozio-strukturelle Umgestaltung der Gesellschaft zu rechtfertigen, heute hingegen soll er den diskreditierten und erschütterten Sozialismus stabilisieren.

Jens Reich: Wissenschaft und Politik im deutschen Einigungsprozeß

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/91, S. 29–36

Die Stellung der Naturwissenschaften im sozialistischen System war höchst zwiespältig. Im Stalinismus war sie einerseits ein Bollwerk des ideologischen Widerstandes gegen die entartete marxistische Weltanschauung, andererseits aber auch Hilfskraft bei der Durchsetzung des Modernisierungsprogrammes. Für den Wissenschaftler ergab sich daraus ein Loyalitätskonflikt zwischen Mitmachen und Rückzug ins Schneckenhaus geduldeten Spezialistentums.

Im nachstalinistischen bürokratischen Befehlssystem wurde unter Zurückdrängung ideologischen Zelotentums die Naturwissenschaft als Hilfskraft der technologischen Funktionsfähigkeit des Systems fest eingebunden, wobei das kreative Potential stark zugunsten mittelmäßiger Erfüllungsforschung beschnitten wurde. In der späten DDR-Phase setzte eine verstärkte Politisierung ein, verbunden mit absoluter Dominanz der SED im Entscheidungsprozeß sowie der Staatssicherheit im Kontroll- und Überwachungsprozeß. Das Karrieresystem war auch in den Naturwissenschaften politisch bestimmt, wenn auch fachlich verbrämt. Es äußerte sich in den Konstruktionen des Reisekaderstatus und der Geheimnisträgerschaft, die beide objektiv wissenschaftsfeindlich waren und der Durchsetzung der führenden Rolle des bürokratischen Parteiensystems besser dienten als die alleinige Parteizugehörigkeit als Bekenntnisfaktor. Zum Karrieresystem gehörte ein im Verhältnis zur Partei- und Wirtschaftshierarchie mäßiges, aber immer noch deutlich über den Bevölkerungsdurchschnitt hinausreichendes Privilegiensystem. Beide zusammen dienten der Korruption der ethischen Standards der „wissenschaftlich-technischen Intelligenz“, die auch weitgehend gelang. Zeugnis dafür gibt die unsolidarische Duldung der Mißhandlung kritischer Wissenschaftler wie Robert Havemann sowie die schweigende Billigung des ökonomischen und ökologischen Verfalls, an dem die Naturwissenschaften Mitschuld tragen.

Im weiteren wird eine allgemeine Analyse des Leistungsstandes der DDR-Wissenschaft gegeben, und es werden Vorschläge diskutiert, wie man der drohenden Ausblutung der „DDR“-Wissenschaft entgegenwirken kann, ohne die diskreditierten Strukturen zu stabilisieren. Nachdruck wird auf den Primat der Neubildung kleiner Forschungseinheiten gegenüber der Umbildung bestehender (im Sinne der wissenschaftstheoretischen Positionen Max Plancks) gelegt, wobei auf den Schutz des wissenschaftlichen Nachwuchses des akademischen Mittelbaus und auf Chancenkompensation für die vorher benachteiligten älteren Wissenschaftler hingewiesen wird.

Deutschland hatte in den Wirren nach dem Ersten Weltkrieg seine Wissenschaft durch eine Notgemeinschaft gerettet. Es sollte jetzt nicht in sparsame Abwicklungsmentalität verfallen, sondern nach Modellen suchen, die die Sanierung lebenswerter Strukturen ermöglicht.

Rolf Schörken: Zur Ausgangslage der politischen Bildung in den neuen Bundesländern

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 9/91, S. 37–45

Ausgehend von der Gefahr einer verbreiteten Politikverdrossenheit in der ehemaligen DDR macht der Beitrag die Notwendigkeit einer gezielten politischen Bildung deutlich. Um zu einer genaueren Einschätzung der Ausgangslage zu kommen, werden Ergebnisse einer Befragung von DDR-Jugendlichen zur politischen Mentalität referiert, die im Sommer 1990 durchgeführt wurde und die eine Reihe von Eigentümlichkeiten zeigen, die man bei den zu entwickelnden Konzeptionen der politischen Bildung beachten muß.

Dazu gehören die auffallend positiven Einstellungen zur „Wende“ 1989, die aber von einer sehr abwertenden Haltung gegenüber den ersten Gehversuchen eines Mehrparteiensystems begleitet werden; ferner die Existenz einer – ganz unideologisch zu verstehenden – „DDR-Identität“, ein charakteristisches Abbröckelungsprofil des Marxismus-Leninismus und teilweise auch das Weiterbestehen verdeckter Feindbilder.

Aus dieser Ausgangslage werden didaktische Folgerungen gezogen: Notwendig ist ein weitreichender und langfristiger Aufbau einer Konfliktkultur, ein neuer Unterrichtsstil und thematische Auseinandersetzungen mit den Erkenntnisleistungen und -verengungen des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes. Mit Lehrplanangleichungen und der Übernahme von Lehrbüchern ist es nicht getan.

Korrekturhinweis:

Der Untertitel des Aufsatzes von Gabriele Wurzel/Ernst Merz: „Gesetzliche Regelungen von Fragen der Gentechnik und Humangenetik“ (B 6/91) muß heißen: „Gentechnikgesetz und Embryonenschutzgesetz“ (statt „Gentechnikgesetz und Humangenetikgesetz“).